

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Unser heutiges Gespräch führt uns in die aktuelle deutsche Politik; darin mag ein gewisses Risiko liegen, zumal das Thema präziser klingt, als es ist. Der Gesprächsgegenstand ist jedenfalls nicht so genau umrissen wie zum Beispiel der Gemeinsame Markt, die Bildungsreform oder die Frage der Finanzpolitik. Das Schlagwort der 'neuen Mitte' hat Gewicht durch die Äußerung des Bundeskanzlers selbst bekommen, aber es betrifft den Standort aller drei Parteien unseres parlamentarischen Systems.

Das ist auch der Grund, weshalb wir zum Referenten einen der führenden Abgeordneten der Opposition gebeten haben, zumal aus den Kreisen der CDU der Vorwurf zu hören war, das Wort von der 'neuen Mitte' stamme aus ihrem eigenen ideologischen Arsenal. Darüber hinaus könnte es tatsächlich mehr als ein ideologisches Schlagwort bedeuten; damit könnte auch eine echte politische Positionsverschiebung in unserer Gesellschaft gemeint sein.

Deshalb scheint es mir um so interessanter, wenn wir diese Positionsverschiebung zunächst aus dem Blickwinkel der Opposition, also kritisch und mit Distanz zu sehen bekommen. Dabei brauche ich wohl nicht zu betonen, daß Herr von Weizsäcker die Gewähr für eine unpolemische Kritik bietet und daß selbstverständlich das Gespräch nicht über den Kopf der Regierungskoalition und der sie tragenden Parteien hinweggehen darf.

Wir wollen hier keine philologische Interpretation diskutieren. Es geht uns um eine Analyse der Innenpolitik. Das wird nicht ohne Kontroversen möglich sein. Aber Fairness und Sachverstand werden, wie es in unserem Gesprächskreis üblich ist, den Ton bestimmen. Dies um so mehr, als um die 'neue Mitte' herum nicht nur die SPD und die FDP, sondern vor allem die Opposition gruppiert sein müßte. Man könnte sogar fragen, ob es sich dabei um die 'neue Mitte' unseres gesamten organisierten politischen Kraftfeldes handelt.

Lassen Sie mich dazu eine Analogie aus einem ganz anderen Bereich anführen. Einige von Ihnen wissen, daß ich ein leidenschaftlicher Hobby-Maler bin. In der Malerei gibt es nun eine uralte Regel, wonach die Farbkombination eines Bildes dann gut ist, wenn alle Farben, die das Bild enthält, zusammengemischt ein neutrales Grau ergeben, genauso wie alle Regenbogenfarben auf eine Scheibe aufgetragen ein neutrales Grau sichtbar werden lassen, wenn man die Scheibe dreht. Diese Regel sollten wir auch in unserem heutigen Gespräch nicht vergessen. Wenn also die zentrale Gruppierung mit zuviel Rot oder mit zuviel Schwarz arbeitet, ergibt sich ein falsches Bild, und wir erhalten weder Maß noch Mitte. Aber Mitte und Maß haben auch in der Politik eine bedeutungsvolle Beziehung.

Generell können wir fragen: Wohin weist der Kompaß unserer Innenpolitik? Und bezugnehmend auf den Untertitel "Schlagwort oder Strukturwandel?" ergibt sich die Frage, ob die Proklamation der 'neuen Mitte' eine Veränderung der Gesellschaft in der Bundesrepublik anzeigt.

Freiherr von Weizsäcker

Dieser Kreis ist überwiegend von der Wissenschaft her besetzt. Sie haben aber einen Nicht-Wissenschaftler und Parteimann eingeladen zu referieren. Ich werde von meiner Position ohne Einschränkung Gebrauch machen und weder systematisch noch mit wissenschaftlicher Begründung reden, noch auf die Parteilichkeit verzichten. Wenn die Einführung von seiten der Opposition gegeben werden soll, dann hat das seinen Grund wohl in erster Linie darin, daß die heutige Regierung und ihr Chef mit dem Begriff der 'neuen Mitte' sozusagen in Angriff gegangen sind. Jetzt muß sich dieser Begriff bewähren oder entmythologisieren lassen.

'neue Mitte': Schlagwort oder Strukturwandel? Ich werde zunächst über Strukturwandel sprechen, und zwar erstens in bezug auf die Herausforderungen, Probleme und Aufgaben, die sich der Politik heute stellen; zweitens in bezug auf soziologische Entwicklungen und drittens in bezug auf die Struktur der Parteien. Haben innerhalb dieser drei Bereiche Strukturwandlungen stattgefunden? Wenn ja: welche? Die zweite Frage wird sein: Kann man diese Strukturwandlungen als 'neue Mitte' definieren oder nicht? Drittens frage ich, ob eine Partei oder Regierung, die sich selbst als 'neue Mitte' deklariert, damit ein zulässiges und vielleicht auch temporär wirksames politisches Werbemittel benutzt, also ein Schlagwort, oder ob sie damit auf einen Strukturwandel hindeuten kann. Nachdem ich diese Frage verneint haben werde, komme ich viertens auf das, was meiner Meinung nach allein den Begriff der Mitte in einem politisch relevanten Sinn verdient - wenn überhaupt.

Gesellschaftliche und politische Strukturwandlungen

Ich nenne nur einige Strukturwandlungen ohne Systematik. Die Herausforderungen, vor denen jede politische Führung steht, die Aufgaben, die die Politik zu bewältigen hat, sind ständig im Wandel begriffen. Auch heute können wir, wenn wir einen Zeitraum von 10-30 Jahren ins Auge fassen, solche Wandlungen feststellen. So haben wir es anstelle der Produktion des Nötigen im Rahmen eines Wiederaufbaues heute mehr mit Problemen von Überflußproduktion und ihren Begleiterscheinungen bis hin zum Umweltschutz zu tun. Während wir früher keinen Verkehr und zerstörte Zentren hatten, haben wir heute Verkehrsverstopfungen und ungelöste Ballungen. Während es früher mehr um die Befriedigung materieller Bedürfnisse ging, reden wir heute davon, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Ich führe hier die Wendung des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung nicht zuletzt deshalb an, weil er damit nicht nur die Bibel, sondern auch die Grundsatzkommission der CDU zitiert hat - freilich ohne diese Fundstelle anzugeben.

Es geht heute also um Sinnfragen, während es früher mehr um materielle Bedürfnisse ging. Wir haben hinsichtlich der Lebensrisiken - also von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter - zweifellos ein hohes Maß an Absicherung erreicht. Aber der materiell und technisch gut funktionierenden Absicherung steht eine eher schwindende menschliche Solidarität gegenüber. Ist Solidarität ein Mittel des Kollektivs, um die Lebensrisiken wirtschaftlich und technisch abzudecken, oder ist Solidarität ein umfassenderer Begriff, der den Menschen im ganzen angeht?

Auch im Bereich der Außenpolitik unseres Landes lassen sich Beispiele solcher Wandlungen anführen, etwa - schlagwortartig gesagt - der Übergang von der Konfrontation der Supermächte in eine mindestens begrenzte Bemühung um Kooperation; der Übergang in eine Phase der Entspannungspolitik mit oder ohne Gleichgewicht. Dadurch entwickelt sich die Aufgabe der Politik in neue Richtungen weiter.

Soziologische Veränderungen

Was Strukturwandlungen auf dem Gebiet der soziologischen Entwicklungen angeht, so sind auch das alles bekannte Daten. Es findet ein Rückgang der selbständig Tätigen vom kleinsten Gewerbe bis zum industriellen Mittelstand statt. Wir sind bekanntlich, statistisch gesprochen, eine Arbeitnehmersgesellschaft geworden. Der tertiäre Sektor der Dienstleistungen, der im Jahre 1950 noch etwa 28 Prozent ausmachte, erhöhte sich bis zum Jahre 1970 auf 50 Prozent. Innerhalb dieses Sektors ist die Gruppe derer, die wir in der Wissenschaft, im Lehrberuf, in der Information und auch in der Unterhaltung zusammenfassen können, also die Gruppe derer, die Meinungen und vielleicht auch Sinnbezüge vermitteln, besonders angestiegen.

Um noch einen ganz anderen Bereich anzuführen: Die Katholiken sind politisch nicht mehr so kohärent, wie sie es früher waren; das heißt, die politische Relevanz der Kirche ist zurückgegangen. Wenn jemand katholisch ist, dann ist damit in einem weit geringeren Maße als früher sicher, was er wählen wird.

Strukturwandlungen der Parteien

Nun zu den Parteien. Ich bin der Meinung, daß es weder bei der CDU noch bei der FDP Strukturwandlungen zu verzeichnen gibt. Die Veränderungen, die man da konstatieren kann, vollziehen sich im üblichen Rahmen.

CDU

Zunächst bei der CDU. Diese Partei ist im Jahre 1945 die einzige echte Neuschöpfung gewesen. Sie wurde konzipiert und trat auch alsbald in das politische Leben ein als erste und einzige wirkliche Volkspartei. Bekanntlich macht Brandt den Unterschied, daß er bei der SPD mehr von der Partei des Volkes als von einer Volkspartei spricht. Dahinter steckt offensichtlich auch eine Absicht. Wenn ich von der CDU als einer Volkspartei spreche, dann meine ich damit eine Partei, die die verschiedenen Berufsstände, Interessen, Konfessionen und so weiter zu übergreifen, zu integrieren sucht und Vertreter aller dieser verschiedenen Positionen aufnimmt.

Natürlich bin ich ein Anhänger der Meinung, daß derjenige, der erhalten will, was besteht, die Kraft haben muß, das Bestehende zu erneuern. Sicher kann man gegenüber der CDU - wie auch gegenüber anderen Parteien, die sehr lange in der Regierungsverantwortung stehen - die Frage vorbringen, ob sie sich immer ganz auf der Höhe dieser Erneuerungskraft befunden hat. Dennoch läßt sich aus dieser Frage nicht zugleich die Feststellung ableiten, daß sich hier ein Strukturwandel vollzogen hat. Es gibt zwar - ich glaube, Eppler hat es einmal gesagt - die These, die CDU sei deswegen einem Strukturwandel unterlegen, weil sie gleichgeblieben sei. Aber das scheint mir eine Überspitzung desselben Gedankens zu sein, den ich eben vorgebracht habe.

FDP

Bei der FDP ist der Durchzug an Mitgliedern und wohl auch an programmatischen Äußerungen besonders groß gewesen. Es gibt heute in dieser Partei gewiß eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern und Thesen, vor denen es vielen FDP-Angehörigen und -Wählern, vielleicht auch -Führern, aus dem Jahre 1950 geschauert hätte. Dennoch sehe ich keinen vernünftigen Grund, bei der FDP von einem Strukturwandel zu sprechen.

Sie vertritt seit längerem die These, daß ihre Aufgabe darin bestehe, immer wieder zu einem gewaltlosen Wechsel der Regierungen zu verhelfen. Das bringt sie stets von neuem in die gleiche Schwierigkeit. Wenn sie sich also gerade darum bemüht, mit der einen der beiden großen Parteien einen Wechsel herbeizuführen, indem sie der anderen Partei den Rücken dreht, so muß sie sich sofort wieder in ein Spannungsverhältnis zu dem neuen Partner versetzen und gewissermaßen zu dem zurücktendieren, den zu verlassen sie eben als ihr Programm verkündet hat.

Das ist eine Art Lebensgesetz für eine kleine dritte Partei, die es sich zur Aufgabe macht, immer wieder für einen gewaltlosen Wandel zu sorgen. Verstößt sie gegen diese Notwendigkeit, dann unterliegt sie nur allzu schnell der Gefahr, mit dem größeren Partner zu verschmelzen und daran zugrunde zu gehen.

Nun hat Herr Eschenburg einmal gesagt, in der Weimarer Zeit sei das Zentrum die Mitte gewesen, und heute sei die FDP die Mitte. Das scheint mir eine reichlich formale Beschreibung zu sein. Ich will zwar nicht bestreiten, daß es der politische Wunsch der FDP ist, sich selbst so zu verstehen, aber ich halte es doch für wenig sinnvoll, daraus ableiten zu wollen, daß die FDP die Mitte sei.

Herr Flach hat da schon etwas stärker in die Saiten gegriffen, als er davon sprach, daß die politische Entwicklung unseres Landes sich in der dialektischen Konkurrenz zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem sozialen Liberalismus entscheiden werde. Diese These würde nur dann stimmen, wenn Flach Grund hätte - den ich ihm nicht zubilligen kann;- , die FDP zu überschätzen und die CDU entsprechend zu unterschätzen. Mit anderen Worten: Zu einem solchen Konkurrenzverhältnis, in dem sich die Zukunft des Landes entscheidet, würde es doch nur dann kommen können, wenn die FDP einfach die CDU beerbt. Dazu wird es nicht kommen - vielleicht sogar im Interesse beider Parteien.

Im übrigen hat die FDP in ihrem Verständnis vom liberalen Element in der Politik auch nicht die politische Härte, die in der wachsenden prinzipiellen und auch ideologischen Auseinandersetzung notwendig sein wird, in der sich nach meinem Eindruck die Politik weiter abspielt. Es wird in der FDP einerseits eine Politik der Anpassung geben - Herr Maihofer etwa spricht davon, daß statt Freiheit und Sicherheit Wohlfahrt und Gerechtigkeit zusammen mit der Demokratisierung der Gesellschaft auf dem Programm stünden. Das mag richtig sein oder nicht; jedenfalls sind es Vokabeln, die wohl bei den Sozialdemokraten besser aufgehoben sind und vor allem auch nicht zu jener Art von Dialektik führen, von der Herr Flach spricht. Andererseits werden wir in der FDP jenen weltanschaulichen Pluralismus

und auch jene Verweisung von Sinnfragen und weltanschaulichen Fragen ins Private antreffen, von der ich meine, daß sie sich in der Politik in der nächsten Zeit kaum durchhalten läßt.

Vielleicht kennen Sie den Vortrag von Werner Heisenberg, in dem er von der geistigen Gestalt der Gesellschaft gesprochen hat als von einer religiösen Substanz im weitesten Sinne, die die eigentlich prägende Kraft jeder Gesellschaft in allen Epochen der Geschichte gewesen sei. Gegenüber solchen Tendenzen wird sich die FDP im allgemeinen eher zurückziehen. Sie ist in diesem Bereich, soweit ich das beurteilen kann, nicht für eine entsprechende politische Auseinandersetzung gerüstet und bereit.

Zusammengefaßt ist zu sagen: Es gibt bei der FDP sicherlich beachtliche Erfolge; es mag auch gute Minister geben, es mag die geschickte Ausnutzung von Schwächen der großen Parteien geben, und es gibt sicher auch den Wunsch, die Mitte zu sein. Aber für eine Volkspartei oder für eine 'neue Mitte' in einem prägenden, politisch relevanten Sinn reicht es, wie ich meine, bei der FDP nicht. Daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern.

SPD

Bei der SPD liegen die Dinge etwas anders. Hier können wir am ehesten von Strukturwandlungen sprechen, und zwar sehe ich zwei, die einander gefolgt sind. Die erste steht im Zusammenhang mit Godesberg und mit der Rede von Wehner im Jahr 1960. Sie bedeutete ein Ja zu den Westverträgen und ein Ja zur Marktwirtschaft à la Schiller und damit den Weg der SPD zur zweiten Volkspartei.

Es gibt dann einen zweiten Wandel. Das ist der Weg der zunächst außerparlamentarischen Opposition durch die Institutionen; das heißt, der Weg der "neuen Linken" durch die SPD oder in sie hinein - je nachdem.

Allenfalls von der ersten dieser beiden Wandlungen ließe sich reden als vom Weg der SPD in die Mitte oder von einer Beteiligung der SPD an einer Mitte mit neuem Charakter.

Nun stammt aber die These der 'neuen Mitte' aus dem Mund der SPD-Führung. Brandt hat in der Regierungserklärung seine Regierung als die 'neue Mitte' bezeichnet. Eppler hat kurz darauf die Sache mehr personalisiert, indem er sagte, die Mitte, das sei früher Adenauer gewesen, heute sei es Brandt. Peter Glotz hat einen großen Artikel unter der Überschrift "Der Sozialismus der neuen Mitte" geschrieben. Darüber ist dann eine längere publizistische Auseinandersetzung in Gang gekommen, die, soweit ich es sehe, nur Zustimmung, aber keinen Widerspruch ergeben hat. Gelegentlich wird auch innerhalb der SPD einfach von der SPD selbst als der 'neuen Mitte' gesprochen.

Die 'neue Mitte' ein Etikettenschwindel

Stimmt das im Sinne eines Strukturwandels? Meine Antwort ist: Davon kann überhaupt keine Rede sein. Hier ist ein Werbefeldzug im Gange; hier werden Kampfworte benutzt. Das ist legitim und üblich in der Politik, und es kann auch da und dort erfolgreich sein. Aber von der SPD und dem demokratischen Sozialismus als der 'neuen Mitte' zu sprechen, das ist halt einer der in der Politik üblichen Etikettenschwindel.

von Bismarck

Sowohl Herr Körber als auch Herr von Weizsäcker haben deutlich gemacht, daß das gestellte Thema zwar noch keinen präzisen Rahmen für unser Gespräch setzt, aber doch eine Fülle von Möglichkeiten für eine konstruktive Debatte bietet. Immerhin ist ein so qualifizierter Kreis, wie der hier versammelte, daran interessiert, an dieser Diskussion mitzuwirken. Die Stimmen, die mich vor diesem Gespräch aus Bonn erreicht haben, ließen erkennen, mit welch gespanntem Interesse man darauf wartet, was hier herauskommt - möglicherweise eine Bluttransfusion für die konkreten Überlegungen der Parteien.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir uns in einer ersten Runde mit dem Begriff der 'neuen Mitte' beschäftigen. Herr von Weizsäcker hat einige zur Diskussion anregende Thesen zu dieser Begriffsbestimmung aufgestellt. Diese wären in Frage zu stellen, zu ergänzen oder zu bestätigen.

Eine nächste Diskussionsrunde könnte sich auf das Stichwort "Strukturwandel" konzentrieren. Welche Art von Strukturwandel hat in den Parteien, in der Gesamtgesellschaft stattgefunden? Hierhergehörte auch eine soziologische Analyse des Wählerpotentials, insbesondere der Wechselwähler.

Wenn es uns gelingt, 'neue Mitte' unter uns leidlich klar zu bestimmen, so erhebt sich für eine dritte Gesprächsrunde die Frage, welche konkreten Aufgaben sich für die Innenpolitik im Hinblick auf so etwas wie 'neue Mitte' stellen? Bei welchen Aufgaben muß diese 'neue Mitte' berücksichtigt werden? Welchen Herausforderungen sehen wir uns mit einer solchen Analyse gegenüber?

Ich bin mit Ihnen einer Meinung, Herr von Weizsäcker, daß der Streit um die Mitte ein propagandistischer Streit ist. Ich kenne das aus der SPD: Dort gibt es einige wenige, die zugeben, daß sie Linke sind; aber alle anderen wollen Mitte sein - auch die Rechten. Das gleiche zeigt sich in anderen Parteien. Auch in der CDU/CSU will ja niemand rechts sein, obwohl ich eine Reihe von Repräsentanten dieser Partei kenne, die ich ganz gewiß nicht zur Mitte rechnen würde.

Den Artikel von mir, den Sie zitierten, hatte ich überschrieben: "Demokratischer Sozialismus als linker Reformismus." Daraus hat die Redaktion dann gemacht: "Der Sozialismus der neuen Mitte." Das ist natürlich Unsinn. Die SPD ist nicht die 'neue Mitte' und sollte auch gar nicht versuchen, sich in die Mitte zu drängen. Die 'neue Mitte', das ist in der Tat die Koalition.

In der Interpretation dessen, was Willy Brandt darüber in Hannover gesagt hat, würde ich behaupten: Verglichen mit der Koalition von Großagrariern und Industrie, die es im späten 19. Jahrhundert gegeben hat und die demokratiefeindlich war, hat sich in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts eine Koalition des linken Teils des Bürgertums mit den Sozialdemokraten gebildet. Es müßte soziologisch genauer beschrieben werden, was das für Schichten sind - neue Mittelschichten etwa im Unterschied zu den alten Mittelschichten, die Sie vertreten, Herr von Weizsäcker. Dies scheint mir ein historischer Prozeß zu sein, auf den auch Willy Brandt hinweisen wollte.

Nun stimme ich Ihnen weiter zu, daß sich in der SPD in den sechziger Jahren Entscheidendes verändert hat. Wir haben nämlich versucht, einen Teil jener Gruppen, die sich Ende der sechziger Jahre als Gegenkultur gegen die technische Zivilisation verstanden haben, zu integrieren. Das betrifft vor allem die Söhne der Adenauer-Wähler der fünfziger und sechziger Jahre, die gegen ihr eigenes Milieu protestierten und immer noch protestieren. Zu einem Teil haben wir sie mit Erfolg in diesen demokratischen Staat integriert. Dafür bekamen wir allerdings von der CDU parlamentarisch nur Prügel.

Worauf ist die Entscheidung der Wähler im November 1972 zurückzuführen? Wollten Sie die Mitte wählen oder den demokratischen Sozialismus oder was sonst? Dazu stelle ich folgende Thesen auf: Die SPD hat als linke Partei - nicht als 'neue Mitte' - versucht, auf drei Herausforderungen zu reagieren, von denen Sie zwei ebenfalls genannt haben. Das erste ist die ökologische Krise - Sie haben das Stichwort Umwelt erwähnt. Dabei muß man nicht mit allem übereinstimmen, was in der MIT-Studie steht und in den Diskussionen darüber vorgebracht wurde. Dahinter steht jedenfalls ein schwerwiegendes Problem. In diesem Zusammenhang kann es beispielsweise notwendig sein, die Investitionen stärker zu kontrollieren; darüber wurde in Hannover eine große Diskussion geführt.

Die zweite Herausforderung beinhaltet das, was Claus Offe "Loyalitätssicherung" nennt. Wir haben in den letzten 50 Jahren eine Art distributiver Pazifizierung betrieben, indem wir durch Verteilung den protestierenden Schichten mehr materielle Güter zukommen ließen. Der Wohlfahrtsstaat erreicht aber einen bestimmten Sättigungsgrad, von dem ab eine Pazifizierung mit rein materiellen Gütern nicht mehr möglich ist. Die Folge ist, daß bestimmte Schichten aus der politischen Rationalität herausfallen. Damit muß sich zur Zeit vor allem die Sozialdemokratie

auseinandersetzen, die Partizipationsangebote macht und die Demokratisierung der Gesellschaft postuliert. Hier sind wir Bruno Heck dankbar, weil er eine klare Grenze gezogen hat, als er sagte, daß die CDU das nicht wolle. In diesem Punkt unterscheiden sich unsere beiden Parteien in der Tat; denn wir sehen darin ein echtes politisches Ziel, wenn wir es auch manchmal mit untauglichen Mitteln zu realisieren versuchen.

Drittens gibt es unseres Erachtens im Kapitalismus echte Wachstumswidersprüche. Wir haben es eben nicht mehr mit den alten Überproduktionskrisen des 19. Jahrhunderts zu tun, die Marx noch diagnostizierte. Heute geht es um eine weltweite Inflation, die - das ist die These - mit der Unmöglichkeit zusammenhängt, Produktions- und Nachfragestruktur zu harmonisieren.

Im Gegensatz zu den Konservativen hat die SPD auf diese drei Herausforderungen - wenn auch auf unterschiedlicher Problemhöhe und mit verschiedener Präzision - reagiert, und zwar mit dem Orientierungsrahmen, dem "Langzeitprogramm" und der daran anschließenden Diskussion. Beim letzten Punkt war die Auseinandersetzung am wenigsten befriedigend; da wurde noch allzuviel von "Grundwiderspruch" und von sehr abstrakten Alternativen geredet und viel zu wenig in die wirklichen Probleme hineingegangen. Immerhin hat die SPD sich diesen Problemen gestellt. Deshalb hat ein großer Teil der Gesellschaft, unter anderem der neue Mittelstand - der übrigens in Frankreich im Mai 1968 interessanterweise auf der Seite der Revolutionäre stand;- , die Koalition gewählt.

Nebenbei gesagt: Jochen Steifen hat recht - in Hannover hat sich eine neue Mehrheit innerhalb der SPD eingespielt, die in der Tat nahezu 80 Prozent umfaßt. Natürlich gibt es auch innerhalb dieser Mehrheit Unterschiede. Die Plattform von Godesberg aber ist erweitert und neu abgestützt worden.

Meine Prognose ist, daß wir in Zukunft eine andere politische Gegensatzachse erhalten werden. Darin folge ich - wenn ich auch seine Begriffe nicht übernehme - Herman Kahn, der gesagt hat, daß es erstens in der Politik eine Manifestation der Gegenkultur geben wird. Diese zeigt sich seit 1968, und ich halte es für denkbar, daß Teile aus der SPD dahin absplittern. Zweitens spricht Kahn von der "verantwortlichen Mitte". Ich verzichte auf das "verantwortlich", weil ich nicht unterstellen will, daß andere politische Gruppierungen nicht verantwortlich handeln. Drittens wird es eine rechte Gruppierung geben. Wenn ich den letzten Wahlkampf betrachte, dann hat die eine Seite offensichtlich versucht, die Ressentiments der unteren Mittelschicht mit dem Geld des mittleren und kleineren Kapitals zu verbinden. Wenn diese Verbindung aufrechterhalten wird, Herr von Weizsäcker, wird die 'neue Mitte' sicher noch länger regieren.

Lassen Sie mich abschließen mit einem Zitat von Herman Kahn, der sicher kein Sozialdemokrat ist. Kahn hat gesagt, und ich stimme ihm darin zu: "Es hat den Anschein, als ob der historische Konservatismus sowohl in seiner ehrwürdigen agrarischen, religiösen und hierarchischen Jory'-Spielart als auch in seiner bürgerlichen, industriellen, durch das Laisser-faire bestimmten .Whig'-Form des 19. Jahrhunderts in allen jenen westlichen Ländern eine Niederlage erlitten hat, in denen eine bestimmte Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht wurde, deren Kennzeichen die Massenproduktion ist."

Aus diesem Grunde bin ich auch der Ansicht, daß der 19. November nicht nur eine wahlpolitische Niederlage war, die man 1976 einfach korrigieren kann, sondern eine geistige Niederlage markiert, die von der CDU erst überwunden werden muß.

Mohler

So einfach ist die Geschichte des Mai 1968 in Frankreich nicht, Herr Glotz. Die Leute, die Sie meinen, sympathisierten zunächst mit den Barrikaden und haben dann ein paar Wochen später an der Wahlurne de Gaulle die größte Mehrheit beschert, die er je hatte. Frankreich ist in der Politik eben viel komplizierter als Deutschland.

Krause

Wenn wir über die Mitte sprechen, weiß offenbar niemand so recht, worüber der andere redet.

Herr von Weizsäcker hat den Diskussionsverlauf innerhalb der Sozialdemokratie ein wenig oberflächlich beschrieben. Vor dem Beginn des Wahlkampfes haben Brandt und andere tatsächlich gemeint, mit dem Begriff der Mitte könne man den eigentlichen gesellschaftlichen Standort der SPD bestimmen. Das war sicherlich Wahlpropaganda. Inzwischen hat sich in der SPD aber eine Wandlung vollzogen, und wir müssen uns fragen, warum Willy Brandt in Hannover deutlich gemacht hat, daß es bei der 'neuen Mitte' nicht mehr - wie es zuerst hieß - um den "aufgeklärten Bürger", sondern um die Koalition geht.

Bei der weiteren Diskussion um die 'neue Mitte' ging es dann nicht mehr nur um Wahlpropaganda, Herr Glotz, sondern auch um das Selbstverständnis der SPD. Die Partei sollte mit diesem Begriff, der ursprünglich aus dem Arsenal der CDU stammt, in den politischen Raum auch der FDP hineingeführt werden.

Zweifellos hat die Sozialdemokratie die große Masse der Bevölkerung, die Herr von Weizsäcker die Mitte nennt, politisch und gesellschaftlich okkupiert. Den Begriff der Volkspartei haben Sie doch gewissermaßen aus unserem Wortschatz genommen. Dabei können Sie jetzt sicher nur schwer nachweisen, was da Mitte, was links und was rechts ist. So wie Sie den Begriff der 'neuen Mitte' darstellen, haben Sie praktisch alles miteingeschlossen. Die 'neue Mitte' bleibt so undefiniert.

Schließlich: Was steht hinter Ihrer Vorstellung, die kleine Mitte, die die FDP umwirbt - das ist ja wiederum nur ein kleiner Bereich aus Ihrer kleinen Mitte - sei ausschlaggebend für das Wahlverhalten? Wer gehört dieser Mitte an? Wenn Sie darunter die technische Intelligenz verstehen, dann ist das für Ihre Partei gefährlich, weil sich in Frankreich und in Italien gezeigt hat, daß diese Gruppe eher nach links tendiert - im Gegensatz zur Vergangenheit, etwa in der Weimarer Republik. Meinen Sie damit aber den alten Mittelstand, wie es vorhin bei Ihnen deutlich wurde, dann stellt sich, wie das Beispiel der Weimarer Republik zeigt, das Problem der politischen Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die rechts von der Mitte der CDU steht und die Ihnen doch große Schwierigkeiten macht.

Lübbe

Wenn ich die Interessen der CDU zu vertreten hätte, so würde ich Herrn von Weizsäcker mit Nachdruck davor warnen, bei dem Begriff der 'neuen Mitte' von einem Schwindeletikett zu reden.

Natürlich handelt es sich um einen politischen Neologismus, der der Sprache der politischen Werbung angehört und Wirkungen erzielen soll. Aber um ein Schwindeletikett handelt es sich nicht. Schon eine Weinfirma, die ihr Geschäft auf Dauer stellen will, wird im Regelfall nicht mit Schwindeletiketten arbeiten. Ähnliches gilt für eine Partei.

Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß dieser politische Neologismus geradezu genial gewählt worden ist und für die CDU eine große Gefahr darstellt - Schwindeletiketten würden keine Gefahr bedeuten. Die Funktionen, die der Begriff erfüllt, liegen auf der Hand: Indem man die Parole von der 'neuen Mitte' ausgibt, kann man zunächst jene kritische Wählermasse in der Mitte beruhigen, die sich durch den Zugang der neuen Linken zur SPD irgendwie beunruhigt fühlt. Zugleich aber - das ist die zweite Funktion - werden mit diesem Begriff die neuen Linken in der Partei selbst daran erinnert, daß die Schlacht nur in der Mitte gewonnen werden kann. Drittens wird damit beansprucht, daß hier etwas Neues gewollt ist - wenn auch, was ja beruhigend ist, in der Mitte.

Von diesem Neuen nenne ich einige Punkte, die deutlich machen, warum die CDU herausgefordert ist. In dem Sinn, wie es Herr Glotz charakterisiert hat, könnte man mit gelinder Übertreibung sagen, daß sich mit dem Schlagwort der 'neuen Mitte' Programme verbinden, die traditionellerweise Inhalt konservativer Richtungen, also rechts von der Mitte gewesen sind.

Das ergibt sich aus der Verbindung des Begriffs 'neue Mitte' mit dem Begriff der Lebensqualität. Hier wird plötzlich Erinnerung an eine Vergangenheit legitim, die in einigen, wenn auch begrenzten Hinsichten bessere Vergangenheit war. Diese bessere Vergangenheit zu konservieren, wird Inhalt progressiver Neuer-Mitte-Links-Programme. Man entwickelt einen Geschmack für Güter, die nicht produziert, sondern nur konserviert werden können. Man kann ja mit der Parole von der 'neuen Mitte' Bibelsprüche wie "der Mensch lebt nicht vom Brot allein" verbinden. Man kann Aristoteles zitieren - die Ideale des "guten Lebens". Alles das hat eine konservative Tradition und ist sozusagen von der 'neuen Mitte' und damit von der linken Gruppierung aneignungsfähig geworden. Es werden damit Legitimitätsbasen für die 'neue Mitte' geschaffen. Der CDU wird Wasser abgegraben, das ideologiepolitisch früher ihre Mühlen trieb.

Und noch etwas Spezifisches: Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts - zu Beginn war es anders - ist das, was wir Kultur- und Zivilisationskritik nennen, bei uns primär Monopol der rechten Kräfte gewesen. Das war auch noch in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts der Fall. Wer hat damals die Kultur- und Zivilisationskritik vertreten? Zum Beispiel Hans Freyer. Die Schilderungen des desolaten Freizeitverhaltens in den USA, wo die Bürger am Samstagnachmittag in die kalifornischen Berge fahren und unter staubigen Akazien Coca Cola trinken - das war Kritik von rechts und nicht von links. Heute ist Kulturkritik, wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wie im Vormärz, wie vor 1813, Inhalt linker Programme geworden.

Freiherr von Weizsäcker

Ich hänge nicht an der Bezeichnung Schwindeletikett, Herr Lübke. Andererseits schließen sich Erfolg und das, was ich unter Etikettenschwindel verstehe, keineswegs aus; ganz im Gegenteil, es ist politisch immer wieder höchst erfolgreich gewesen - allerdings nie langfristig. Und an einen langfristigen Erfolg dieser Werbekampagne glaube ich keinen Augenblick.

Mit dieser Werbekampagne wird das Bewußtsein des Wählers manipuliert. Es werden innerparteiliche Auseinandersetzungen mit diesem Begriff harmonisiert, eingepackt und verkleistert. Damit soll jene heimatlose kleine Mitte in der Mitte beruhigt werden, daß alles harmonisch sei, obwohl es keineswegs so ist und wohl auch gar nicht harmonisch weiter verlaufen soll. Insofern wird mit dieser Marke ein Tatbestand bezeichnet, den der Name 'neue Mitte' nicht deckt. Dafür gebrauche ich den, wie ich meine, harmlosen Begriff Etikettenschwindel.

Korn

Es scheint mir fast paradox, daß unsere Diskussion Mitte nicht als das große soziale Sammelbecken der Angestelltengesellschaft versteht, sondern soziologisch als eine Minderheit und politologisch als die Nahtstelle zwischen Links und Rechts, diesseits und jenseits deren eine heimatlose Minderheit von floating voters den Pendelausschlag bestimmt. Ich stimme Herrn Lübke zu, daß seit den fünfziger Jahren die Kultur- und Zivilisationskritik eher eine Sache der Kulturkonservativen war und daß sich hier ein politischer Ortswechsel abzeichnet. Große linke Ideologen wie etwa Marcuse sind inzwischen Kulturkritiker geworden. Sind sie also jetzt konservativ, heimatlose Mitte oder was sonst? Lesen Sie Marcuses Beitrag in einer Denkschrift amerikanischer Wissenschaftler zu Johnsons Programm der greater society.

In den fünfziger Jahren, als die Marktwirtschaft ihre großen Erfolge hatte, und deshalb, soziologisch gesehen, in breitem Maße die Mitte der Bevölkerung für sich gewann - das ist ja durch die Wahlergebnisse und die damalige CDU-Mehrheit bewiesen;- , habe ich journalistisch das betrieben, was seither Kulturkritik heißt. Ich habe es, wie Sie wissen, in einer bürgerlichen Zeitung getan. Es war mir damals klar, daß für das ökonomische Wunder mit Kultur gezahlt werden mußte und gezahlt wurde. Man hatte es als sogenannter Kulturkritiker schwer - zumal wenn man den Versuch machte, jede Moderne als Fortsetzung von Tradition zu sehen;- , dem Vorwurf zu begegnen, die ganze Kultur, oder was sich so nennt oder organisiert, sei entweder restaurativ oder dekorativ und also hohl, denn sie habe keine Basis und keine Kraft, die Lebensverhältnisse zu formen und, wo es sein muß, zu ändern.

Damals handelte man sich ausgerechnet von Adorno, der im Grunde genommen nichts anderes tat, den bösen Satz ein: "Sie kritisieren die Kultur, der Sie selbst Ihre Existenz verdanken." Damit waren natürlich die Probleme der Position eines Mitherausgebers der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mitgemeint und mitgetroffen.

Ich komme aus Hessen und erhalte dort täglichen Anschauungsunterricht aus dem Kultusministerium. Ich sehe mit vielen ändern, auch mit alten Sozialdemokraten, den Verderb der Schulen mit an. Ich habe Diskussionen beigewohnt, in denen Sozialdemokraten den Vertretern des Herrn von Friedeburg sagten: "Ich bin seit dreißig Jahren Sozialdemokrat. Wie lange ist er es, wie lange sind Sie es? Was nimmt diese Schulpolitik der sogenannten Rahmenrichtlinien dem Arbeiter aus der Hand?"

Was geschieht sonst kulturpolitisch in diesen siebziger Jahren? Hierher gehört der neue Suggestivbegriff "Qualität des Lebens". Er bezeichnet bei aller Unbestimmtheit gerade das, was sich nicht produzieren und nicht machen, sondern allenfalls erhalten und fördern läßt.

Ich habe hier gelernt, daß es eine Minorität der Mitte gibt, die mit ihrem Votum darüber entscheiden könnte, wie es in der Kulturpolitik künftig laufen wird. Aber diese Mitte wird immer heimatlos sein und sich an dem orientieren, was die beiden "Blöcke" der großen Parteien machen, sei es im Bund, sei es in den Ländern, sei es in den Kommunen. Bei meinem Kampf um die Erhaltung der Substanz sehe ich einstweilen noch nicht, daß wirklich Hilfe von der SPD käme. Ob sie von der CDU kommen könnte, weiß ich nicht. Die CDU müßte dann lernen, die Dinge anders zu sehen und zu formulieren und Kultur anders zu verstehen denn als Reservat für Feierstunden.

Mayer

Sie sagten, Herr Lübke, die Zivilisationskritik sei in den fünfziger Jahren weitgehend von rechts her betrieben worden. Herr Korn weist dagegen mit Recht auf Adorno hin. Die Wirkung der Frankfurter Schule, die Auseinandersetzung seit der Dialektik der Aufklärung von Horkheimer und Adorno, hat das Problem der linken Kulturkritik nicht nur als Auseinandersetzung mit dem Positivismus, mit der Weiterwirkung faschistischer Ideologien gestellt, sondern sie hat damit auch eine ganze junge Generation ideologisch bestimmt.

Kriele

Nicht die SPD und auch nicht die Koalition der sozialliberalen Parteien sind als Mitte zu kennzeichnen, sondern die jetzige Regierung hat sich als 'neue Mitte' definiert. Damit ist zugleich gesagt, daß Regierung und Fraktion in der praktischen Gesetzgebungsarbeit einer linken Partei vergleichsweise mehr auf dem rechten Flügel der Partei stehen. Umgekehrt müßte eine rechte Partei - wenn sie die Mehrheit gewinnen will - ihre Regierung mehr auf dem linken Flügel der Partei ansiedeln. Wenn beide Parteien ungefähr gleich stark sind, dann wird der Kampf in der Mitte entschieden, und die Mitte-Wähler haben ein doppeltes Gewicht gegenüber den Randwählern. Die Randwähler wählen entweder oder sie enthalten sich. Die Mitte-Wähler dagegen können pendeln und sind deshalb doppelt gewichtig.

Nun sagte Brandt auf dem SPD-Parteitag in Hannover mahnend zu seinem linken Flügel: Wer die Mitte hat, hat die Mehrheit. Umgekehrt ließe sich sagen: Wer die Mitte verliert, hat die Mehrheit verloren. Die Mitte ist heute nicht mehr die CDU. Das hängt sicher auch damit zusammen, daß die Begriffe Bewahrung und Fortschritt nicht einfach mehr einen Gegensatz darstellen. Eppler hat das in dem Satz formuliert: Wer bewahren will, muß verändern.

Freiherr von Weizsäcker

Den hat er auch bei mir abgeschrieben.

Kriele

Es kommt nicht darauf an, Herr von Weizsäcker, schöne Sätze in die Welt zu setzen, sondern die Mitte orientiert sich daran, wer die Probleme besser artikuliert und in Programm und Tat umsetzt.

Eppler macht das deutlich am Beispiel des Bodensees, überhaupt an der ökologischen Krise. Das gilt aber auch für die Marktwirtschaft, die den seinerzeit aufgestellten Bedingungen und Forderungen nur noch zum Teil genügt.

Kuhlwein

Noch einen Satz zur Kontroverse zwischen Eppler und von Weizsäcker. Hier besteht doch ein erheblicher Unterschied. Wenn mein Parteifreund Eppler feststellt, wer konservieren wolle, müsse verändern, dann unterscheidet sich die Richtung seiner Veränderungen sicherlich erheblich von den Intentionen, die Herr von Weizsäcker dabei hat. Verändert wird ja immer. Die Frage ist nur, wohin zielen Veränderungen, und wer bestimmt darüber, wie sie aussehen?

Mohler

Nur eine kleine Pedanterie. Als Historiker des Konservatismus möchte ich sowohl die SPD als auch die CDU davor warnen, die Vaterschaft für den Spruch: "Wer bewahren will, muß verändern" für sich in Anspruch zu nehmen. Die früheste Quelle, die ich dafür in Deutschland kenne, ist leider Moeller van den Brück.

Kriele

Wenn man ein solches Problem anfaßt, wird zunächst experimentiert und dabei kommt mancher Unsinn heraus. Das ist die Schwierigkeit der neuen Linken. Aber diese neue Linke erzeugt beim Wähler nicht das Mißtrauen, das man unterstellt hat, und zwar deshalb nicht, weil die SPD ein so breites Spektrum hat. Man sagt sich: Wenn auch mancher Unsinn geschieht, zum Beispiel in der Hochschulpolitik, so wird das doch bei der Breite der Partei abgefiltert, es läuft durch einen Filter der Diskussion, bis es institutionalisiert, also Gesetz wird.

Wenn man sich die Gesetzgebung und die praktische Regierungsarbeit der Koalition anschaut, dann frage ich mich, an welchem Punkt etwas gefährlich links, freiheitsgefährdend, gerechtigkeitsgefährdend, demokratiegefährdend gewesen ist.

Die Union hat im Wahlkampf den Fehler gemacht, anstatt auf die Sachprobleme einzugehen, mit plakativen Begriffen zu kämpfen. Dabei hatte sie die Mitte okkupiert. Die SPD definiert sich ja gar nicht als Partei der Mitte, sondern als linke Volkspartei. Dagegen haben die Wahlwerber der CDU ständig mit dem Begriff der Mitte operiert. Da gab es die "Aktion der Mitte", da gab es die "aktive", die "engagierte Mitte", da gab es Blätter und Zeitschriften, die äußerst polarisiert, emotionalisiert und aggressiv waren und die sich "Mitte" nannten. Darauf sind die Wähler nicht hereingefallen.

Für eine funktionsfähige Demokratie ist es von großer Bedeutung, daß man immer wieder um die Mitte ringen muß, damit die Politik vernünftig bleibt. Aus diesem Grunde würde ich es begrüßen, wenn die CDU anfinde, um die Mitte zu werben, und zwar nicht mit den alten Methoden, mit denen sie sie abschreckt, sondern indem sie auf die konkreten Herausforderungen mit Alternativ-Programmen antwortet

von Bismarck

Nur zur Information: Beim SPD-Parteitag in Hannover hat Willy Brandt wörtlich gesagt: "Der Begriff 'neue Mitte' beschreibt nicht den Standort der Partei, sondern den Standort der sozialliberalen Koalition und ihrer geschichtlichen Funktion. Die 'neue Mitte' ist kein taktisches Mittel, sie beschreibt vielmehr die Substanz unseres Bündnisses."

Klein

Daß die CDU sich auf neue Herausforderungen wirksamer einzustellen habe als bisher, ist ein Postulat, Herr Kriele, das nach dem 19. November in erster Linie in unseren eigenen Reihen erhoben wurde. Nur würde ich aus der Tatsache, daß am 19. November ein größerer Teil der von Herrn von Weizsäcker definierten Mitte den Koalitionsparteien ihre Stimme gegeben hat, noch nicht folgern, daß die Mitte nicht mehr die CDU sei. Ich schließe nicht aus, daß sich in der weiteren Entwicklung dergleichen ergeben kann, wenn wir der eingangs erhobenen Forderung nicht Rechnung tragen.

Gegenwärtig dürfte sich die Situation von der der sechziger Jahre noch nicht unterscheiden, wo sich nach einem gewissen Einpendeln aller maßgeblichen politischen Gruppierungen auf einen Mittelwert die politische Mitte einmal mehr nach der einen, einmal mehr nach der anderen Seite verteilte. Man kann ja auch nicht aus den Wahlergebnissen der Jahre 1965 oder 1969 folgern, daß in den darauf folgenden Legislaturperioden die SPD, weil sie damals die Wahlen verloren hatte, nicht Mitte gewesen ist.

Wie kann man Mitte definieren? Ich versuche, dies als Verfassungsjurist von der Verfassung aus zu tun. Sicher ist eine Verfassung kein politisches Programm. Das gilt auch für unser Grundgesetz. Aber die Verfassung setzt einen Rahmen, in dem von rechts bis links auf einer gewissen Bandbreite auseinandergehende oder zueinander strebende politische Entwicklungen möglich sind. Eine Verfassung, wie jedes Gesetz, fängt nicht nur gesellschaftliche Strömungen ein - was sie ebenfalls tun muß, um wirksam sein zu können;-, sondern sie sucht auch sozialen Entwicklungen eine Richtung zu geben, das heißt ihren Lauf in gewisser Weise zu bestimmen.

Von daher meine ich, daß das politische Konzept unserer Verfassung um Sache und Begriff der "individuellen Freiheit" zentriert. Nach dem Willen der Verfassung soll Mitte dort zu suchen sein, wo das Postulat der individuellen Freiheit am wirksamsten vertreten wird. Natürlich übersehe ich nicht, daß in einem der zentralen Artikel unserer Verfassung, dem Artikel 20, neben dem Prinzip des Rechtsstaats, in dessen Mittelpunkt die Freiheit steht, das Prinzip der Demokratie und gerade auch das des Sozialstaats erwähnt sind. Aber nach der Konzeption unserer Verfassung sind Demokratie und Sozialstaat um der Freiheit des einzelnen willen institutionalisiert und mobilisiert.

Daher, Herr Glotz, sind wir in der CDU - und ich meine, auf diesem verfassungspolitischen Hintergrund mit Recht - skeptisch gegenüber allen Formen der Demokratisierung. Demokratisierung ist für uns nur insoweit diskutabel, als sie den individuellen Freiheitsspielraum zu erweitern in der Lage ist. Dies ist nur begrenzt der Fall. Das wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß Demokratie eine Herrschaftsform ist, die zwar Herrschaft zu minimisieren trachtet; sie ist aber ein Strukturprinzip, das im Sinne von Herrschaftsminderung und dadurch Freiheitsmehrung nur dort anwendbar ist, wo Herrschaftsstrukturen bestehen. Wo sie nicht bestehen, muß die Einführung demokratischer Strukturen freiheitsmindernd wirken. Das Musterbeispiel dafür ist die Universität.

Nach diesem Versuch, die politische Mitte zu definieren, wäre es sicher reizvoll zu fragen, ob denn der Ist-Bestand, den wir bei einer soziologischen Analyse heute vorfinden, mit dem Sollen noch übereinstimmt. Dieses ist für mich eigentlich die bedrückendste und schwierigste Frage, vor der wir heute stehen. Läßt sich das verfassungsrechtliche Soll noch verwirklichen, oder steht dem eine zunehmend geringer werdende Einschätzung des Wertes der individuellen Freiheit im allgemeinen Bewußtsein entgegen? Wenn dies der Fall sein sollte, dann, und nur dann, könnte man annehmen, daß die Mitte neu definiert werden muß.

Lompe

Wenn Sie von Freiheit sprechen, Herr Klein, klingt bei Ihnen unterschwellig wieder der Kollektivismusvorwurf an, mit dem Sie sich etwa gegen politische Planung wenden. Freiheit aber, die mehr als ein leeres Schlagwort sein will - auch Freiheit zur Teilhabe;-, ist heute überwiegend nur noch durch den planenden, demokratischen Staat realisierbar.

Freiheit im Beruf ist nur möglich, wenn entsprechende Berufschancen vorhanden sind. Für den Arbeitslosen ist Berufsfreiheit nutzlos. Lernfreiheit und freie Wahl des Ausbildungsplatzes helfen nur demjenigen, der unter anderem finanziell in der Lage ist, die gewünschte Ausbildung zu absolvieren und dem entsprechende Ausbildungsstätten zur Verfügung stehen. Die altliberale Freiheitsvorstellung hilft uns da nicht viel weiter, wo der individuelle Freiheitsraum immer mehr durch außerstaatliche Mächte eingeschränkt wird.

Kuhlwein

Sie geben zu bedenken, Herr Klein, daß Ihre Interpretation des Grundgesetzes zunehmend weniger Resonanz finden könnte. Ich zähle mich zum linken Flügel in der SPD und habe mit dem Begriff der 'neuen Mitte' bisher nur wenig anfangen können. Lassen Sie mich etwas provokativ definieren: Von einer Partei der Mitte kann man dann sprechen, wenn sie eine Politik macht, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegt. Die Meßlatte dafür geben die Wahlentscheidungen ab. Natürlich finden auch gegenseitige Lehr- und Lern-Prozesse zwischen Politikern und Wählern statt. Wenn also eine Partei ihre

Politik nachhaltig gegen die Mehrheit der Bevölkerung treibt, ist sie nicht mehr die Partei der Mitte und verliert die Wahlen. Umgekehrt wird eine Partei, deren Politik der Mehrheit entspricht, so wie die Mehrheit sie versteht oder so wie sie durch Lehr- und Lernprozesse vermittelt wird, dafür auch eine Bestätigung in den Wahlergebnissen finden.

Ich stimme nun Jochen Steifen zu, daß die Mehrheit der Bevölkerung an einer Planung und Lenkung gesellschaftlicher Prozesse interessiert ist. Natürlich wird in unserer Gesellschaft ohnehin geplant. Die Frage ist nur, in welche Richtung geplant wird, nach wessen Interessen geplant wird, und wer darüber bestimmt, wie geplant wird. Das, was in den Langzeittendenzbeschuß der SPD eingegangen ist, besagt, daß Planungsentscheidungen künftig stärker demokratisiert werden sollen. Dabei ist noch nicht ausdiskutiert, wie sichergestellt werden kann, daß die Masse der Betroffenen an den Planungsentscheidungen teilnimmt.

Für uns linke Sozialdemokraten ist die Demokratisierung der Gesellschaft ein entscheidendes Kriterium bei gesellschaftlichen Veränderungen. Dabei kann es allerdings nicht in erster Linie darum gehen, Herr Klein, individuelle Freiheitsrechte, die ja immer auch die Rechte anderer eingrenzen, zu erhalten und auszuweiten. Vielmehr sind wir der Auffassung, daß der Verfassungsauftrag des Grundgesetzes gerade in diesem Punkt noch nicht erfüllt ist. Denn zur Zeit kann eine Minderheit der Bevölkerung ihre individuellen Freiheitsrechte nach dem Grundgesetz ausüben, während die Mehrheit dazu bisher nicht in die Lage versetzt ist. Die Mitbestimmung der breiten Masse über die Entwicklung der gesellschaftlichen Prozesse kann dazu führen, daß ein größerer Teil der Bevölkerung - möglichst alle - an diesen Prozessen teilnimmt und damit auch die individuelle Freiheitssphäre optimal ausgestaltet wird.

Freiherr von Weizsäcker

Ihre Formulierung, Herr Kuhlwein, daß die Politik, die im Interesse der Mehrheit der Wähler liegt, die Politik der Mitte sei, halte ich auch für eine Formel, mit der sich wenig anfangen läßt. Das wird Herr Steifen sagen, wenn sein Parteivorsitzender die Bundestagswahl gewonnen hat. Wenn er aber als Landesvorsitzender die Wahl verliert? Dann wird er doch weiterhin behaupten, seine Politik sei die Politik der Mitte und liege im Interesse der Mehrheit der Wähler - aber leider habe nur eine Minderheit der Wähler das gemerkt.

Kuhlwein

Das sind doch Lernprozesse.

Freiherr von Weizsäcker

Ja, natürlich. Da heißt es dann, es liege an falschen Informationen, an fehlenden Lernprozessen und daran, daß der Aufklärungsstand bei allen anderen Menschen außer bei ihm selber unterentwickelt sei. Das sagt ja jeder von uns irgendwie von seinen Mitmenschen. Aber das hilft uns kaum weiter bei dem Thema, um das wir uns hier streiten.

Kriele

Die Mitte soll also mit dem Begriff der Freiheit sachlich definiert werden, Herr Klein. Mit dieser Ideologie will die CDU als Partei der Freiheit die Gegenoffensive um die Mitte führen. Damit wird sie sich aber wohl noch mehr in die Defensive manövrieren.

Sie sagen, Herr Klein - und so steht es auch in Ihrem Buch über die Grundrechte: Die Freiheitsrechte sind um des einzelnen willen da. Das trifft aber nicht für alle Grundrechte zu und gilt nur für bestimmte Aspekte der Grundrechte. Es stimmt sicher für alle die Grundrechte, die sich historisch aus dem Habeas corpus-Prinzip entwickelt haben: Etwa der prozessuale Anspruch auf den gesetzlichen Richter, der Anspruch auf Religions- und Gewissensfreiheit, auf Meinungsfreiheit und so fort.

Es stimmt nicht für die Grundrechte, die die Wirtschaftsfreiheit konstituieren, also Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit und alles, was damit zusammenhängt. Denn diese Freiheitsrechte wurden den Produzenten und Händlern nicht um ihrer selbst, sondern um der Funktionsfähigkeit des Marktsystems willen gewährt. Sie wurden damit begründet, daß das Marktsystem seinerseits dem Verbraucher zugute

kommen soll. Dabei kann sich der einzelne durchaus auf diese Freiheitsrechte berufen, er hat auch den Vorteil davon und trägt die Risiken. Das hat Folgen für den immanenten Gemeinschaftsvorbehalt, von dem wir mehr oder weniger bei allen Grundrechten ausgehen müssen.

Bei den Marktgrundrechten sollen alle staatlichen Eingriffe dem Ziel dienen, zum Beispiel den Markt aufrechtzuerhalten. Das sind die Euckenschen Forderungen, die wir in den fünfziger Jahren nicht erfüllt haben: Verhinderung von Monopolen; wenn Monopole, dann staatliche Preiskontrolle; konsequente Kartellverhinderung; keine Preisbindung der zweiten Hand; keinen Haftungsausschluß; Verbot der Suggestionenreklame. Das alles sind keine Eingriffe in die marktwirtschaftlichen Freiheiten.

Andere Grundrechte, wie freie Berufswahl oder Eigentum, haben Aspekte nach der Freiheitsseite und nach der Marktseite hin.

Ferner gibt es Grundrechte, die sowohl der Freiheit des einzelnen dienen als auch der Herstellung eines politischen Konsensus, also Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und alles was erforderlich ist, um die verschiedenen Gesichtspunkte und Meinungen gleichermaßen zur Geltung kommen zu lassen. Hier vertraute man früher auf den Selbstregulierungsmechanismus des Marktes, der dafür sorgt, daß alle relevanten politischen Meinungen ihre Organe haben. Das ist aber heute nicht mehr der Fall. Hier läuft Ihr Freiheitsbegriff letztlich auf die Freiheit um Herrn Springers willen hinaus.

Die Berufung der CDU auf Freiheit wird auch von der Bevölkerung mehr in dem Sinne verstanden, daß damit Freiheit für die gesellschaftlich Mächtigen gemeint ist, um ihnen den Mißbrauch der Freiheit zu ermöglichen. Dieses Verständnis läßt sich mit Zusätzen von sozialer Gerechtigkeit kaum ausschließen schon gar nicht nach den Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre. Die soziale Marktwirtschaft war ja keine Euckensche Marktwirtschaft, sondern eine Laisser-faire-ökonomie, kombiniert mit sozialer Absättigung der verschiedenen Interessengruppen. Die CDU muß also sorgfältig darauf achten, daß Freiheit differenziert genug verstanden wird.

Die SPD läßt sich das Wort Freiheit nicht nehmen, aber sie kombiniert es mit Solidarität in einer Weise, die im Augenblick - das gilt auch für die FDP - den Wählern noch glaubwürdig erscheint. Der Streit um die Mitte geht in der Tat zentral um diesen Freiheitsbegriff und seine Implikationen. Wenn dieser Begriff aber polemisch gebraucht wird, also Freiheit gegen Demokratie, oder, wie es im letzten Wahlkampf hieß: Wir haben die Wahl zwischen CDU und SPD, zwischen Freiheit und Sozialismus, dann wählen die Leute SPD.

Freiherr von Weizsäcker

Ich bin nicht der Meinung, Herr Kriele, daß die CDU für die soziale Absicherung der Freiheit zu wenig aufgeschlossen gewesen ist und das nur etwas sozial verkleistert. Die Auseinandersetzung über die Freiheit wird in Zukunft nicht in erster Linie darum gehen, welchen sozial absichernden oder emanzipatorisch politischen Inhalt sie hat, sondern welchen positiven, konkreten Inhalt sie dem einzelnen Menschen für die Möglichkeiten des Wählens und des Mitentscheidens bietet, und zwar im Beruf, in der Freizeit, in allen Gruppen, Familien und Gemeinden, in denen er lebt. Bei dieser Auseinandersetzung wird es zu einer sehr prinzipiellen Konfrontation kommen.

Klein

Sie haben mir unterstellt, Herr Kriele, ich bestünde auf einem im Sinne des 19. Jahrhunderts verstandenen liberalen Freiheitsbegriffs, der alle jene sozialen Freiheiten unterschlägt, die aus dem Verständnis der heutigen Situation heraus notwendig sind. Dem muß ich widersprechen; denn ich habe auch in meinem Buch die Auffassung vertreten, daß neben Freiheit zur demokratischen Teilhabe die Freiheit zur sozialen Teilhabe einer der wichtigsten Aspekte von Freiheit, insbesondere auch des verfassungsrechtlichen Freiheitsbegriffs, ist. Selbstverständlich bedarf das Individuum zur Entfaltung seiner Freiheit heute der staatlichen Hilfe und dies in einem wachsenden Ausmaß.

Ausweitung der Freiheit für alle, wie ich sie verstehe, darf freilich nicht einmünden in die Restriktion der Freiheit weniger oder sich gar darin erschöpfen. Ein Musterbeispiel dafür ist das auf dem SPD-Parteitag in Hannover beschlossene Maklerverbot. Niemand gewinnt etwa dadurch an Freiheit, daß ein bestimmter Berufsstand verboten wird. Mißstände im Maklerwesen kann man im Sinne einer Förderung der Freiheit des einzelnen sehr viel wirksamer auf andere Weise bekämpfen, indem man etwa öffentliche Wohnungsvermittlungsstellen in Konkurrenz zu den freien Maklern einrichtet.

Kriele

So war es wohl auch gemeint.

Klein

Nein, der Beschluß auf dem SPD-Parteitag war anders gemeint.

Die sozialen Unterstützungsmaßnahmen dürfen also nicht auf eine Restriktion von Freiheit hinauslaufen. Vielmehr geht es darum, die Entfaltungschancen des einzelnen zu maximieren. Dazu gehören auch zusätzliche Partizipationschancen, die dem einzelnen nach Möglichkeit eingeräumt werden müssen. Herr von Weizsäcker hat eine Reihe ganz konkreter Beispiele genannt. Freiheitsorientierte Politik heißt für mich, den Raum der privaten Entscheidung zu erweitern. Insoweit ist auch ernsthaft darüber nachzudenken, in welchem Maße etwa im Bereich der Planung die Mitwirkung der jeweils Betroffenen möglich gemacht werden kann.

Allerdings sind die Möglichkeiten der Mitbestimmung durch die breite Masse eng begrenzt, und zwar im wesentlichen aus zwei Gründen. Einmal haben die Entscheidungen, um die es hier geht, einen Grad an Komplexität erlangt, der die Teilnahme vieler schlechterdings ausschließt. Ich denke dabei etwa an die Bauplanung. Im Zusammenhang mit einer Novellierung des Bundesbaugesetzes werden gegenwärtig intensive Überlegungen angestellt, inwieweit in der städtischen Planung die Betroffenen stärker beteiligt werden können. Da werden sich von der Sache her sehr schnell Grenzen zeigen.

Zum anderen führt die Mitbestimmung in großen Gruppen nahezu zwangsläufig zu einer Oligarchisierung. Dies ist deshalb der Fall, weil Menschen für die zur Entscheidung stehenden Fragen, bei denen sie zur Mitbestimmung aufgerufen sind, ein unterschiedliches Engagement an den Tag legen, ein unterschiedliches Interesse zeigen und auch ihre zeitlichen wie intellektuellen Möglichkeiten sehr verschieden sind. Demokratisierung beschwört die Gefahr von Gruppenherrschaft herauf, die der staatlichen oder öffentlichen Kontrolle weithin entzogen ist.

Aus diesem Grunde verläuft für mich die Grenze der Mitbestimmung oder der Demokratisierung auch dort - und zwar gerade im Interesse der Fähigkeit des Staates, private Entfaltungschancen (unter der Kontrolle der Öffentlichkeit!) zu vermehren;- , wo die staatliche Handlungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Das geschieht immer dann, wenn die elementare Funktion des Staates, nämlich Patron der Freiheit seiner Bürger zu sein, außer Kraft gesetzt wird. Diese Gefahr entsteht insbesondere dann, wenn der Staat seine politischen Ziele gegenüber syndikalistischen Strukturen durchzusetzen gezwungen wird. Das signifikanteste Beispiel dafür ist das Tarifsysteem, das ich grundsätzlich bejahe. Wir erleben aber nicht zuletzt in der gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Situation, wie schwierig es für den Staat geworden ist, gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen ein eigenes Konzept der Wirtschaftspolitik durchzusetzen, ganz abgesehen von den internationalen Verflechtungen, die hinzukommen.

Ich bin auch nicht der Meinung, Herr Kriele, daß Freiheit die Parole ist, die der CDU in den nächsten Jahren Wahlsiege bescheren wird. Ich bezweifle nämlich - erinnern Sie sich bitte meiner früheren Bemerkungen;- , ob die Wertschätzung der Freiheit in Deutschland dazu ausreicht. Daß sie, wie ich fürchte, dazu nicht ausreicht - in dieser Befürchtung bin ich durch einige Bemerkungen im Laufe dieser Diskussion bestärkt worden;- , ist für mich alles andere als tröstlich. Wenn ich auf die geschichtliche Vergangenheit unseres Volkes zurückblicke, dann war selten die Freiheit das wesentliche Antriebselement deutscher Geschichte.

Kuhlwein

Herr Klein kann einen mit seinen Ausführungen zu Mitbestimmungsfragen so recht provozieren. Mitbestimmung in großen Gruppen, sagen Sie, führe zu einer Oligarchisierung. Wie soll dann aber das gesamtstaatliche System demokratisch funktionieren? Eine Partei mit einer Million Mitglieder wäre dann auch viel zu groß, um Demokratie zu praktizieren.

Klein

Dort gibt es aber eine demokratische Legitimation. Das ist der Unterschied.

Kuhlwein

Es wäre jedoch zu fragen, ob man Modelle der Mitbestimmung in abgewandelter Form nicht auch für Gruppierungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen entwickeln kann.

Klein

Das ist sicher - in Grenzen - möglich. Ich habe das nie bestritten.

Kuhlwein

Wenn die Demokratie grundsätzlich zur Oligarchisierung tendiert, dann müssen wir die Frage stellen, ob sie für unsere Gesellschaft überhaupt die richtige Staatsform ist. Wenn wir aber die Demokratie als

Staatsordnung bejahen, dann müssen sich diese Prinzipien auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen lassen.

Sie fragen, ob die staatliche Handlungsfähigkeit durch Mitbestimmung in anderen gesellschaftlichen Bereichen beeinträchtigt wird. Heute bestimmen in sehr wichtigen Gebieten, zum Beispiel in der Wirtschaft, im wesentlichen oligarchische Gruppen. Dies stört nach Ihrer Auffassung offensichtlich die staatliche Handlungsfähigkeit nicht. Nach allem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, wissen wir aber, daß das ganz massiv der Fall ist. Multinationale Konzerne und Großbanken machen zum Beispiel durch ihre Kreditschöpfung staatliche Kreditpolitik praktisch unmöglich. Der Staat besitzt in wichtigen Bereichen der Gesellschaft keine Handlungsfreiheit mehr. Das ist der Grund, warum wir uns Modelle überlegen müssen, wie wir die staatliche Handlungsfähigkeit ausbauen und gleichzeitig demokratische Kontrolle entwickeln können. Das ist es, was die Linken in der SPD im Augenblick diskutieren.

Krause

Herr Klein sagt, die Mehrheit könne nicht steuern.

Klein

Es können nicht viele steuern, wenige müssen es tun, und es kommt darauf an, ihnen eine demokratische Legitimation zu vermitteln.

Krause

Darin besteht für Sie allein das Problem. Sonst würden Sie unseren Mitbestimmungsvorstellungen offenbar zustimmen, wenn ich das polemisch sagen darf.

Es geht nicht darum, daß jeder der 80 Prozent Lohnabhängigen an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen so teilhat, daß er in diesem oder jenem Bereich direkt mitbestimmt, was geschieht. Das Problem ist vielmehr, daß die wenigen, die heute wesentliche wirtschaftliche und damit gesellschaftliche Entscheidungen treffen, dazu nicht legitimiert sind. Es geht eben nicht an, daß solche Entscheidungen etwa von Herrn Abs oder von Herrn Horten getroffen werden, oder Erpressungsmethoden, wie von Asbach in Rüdesheim gegenüber den gesellschaftlich legitimierten Vertretern angewendet werden, und zwar ganz im Gegensatz zum Interesse der Gesellschaft.

Klein

Kann Demokratisierung zusätzliche Legitimation bewirken, wenn man sie als die Schaffung neuer autonomer Räume versteht? Ist Legitimation nicht nur durch eine Stärkung des demokratischen Staates erreichbar?

Sontheimer

Bei dem Begriff der politischen Mitte gibt es zwei Perspektiven. Einmal geht man vom Parteiensystem aus. Wenn man mehrere Parteien hat, kann man sie entsprechend der politischen Orientierung auf einem Spektrum anordnen. Da gibt es dann Gruppen, die links, andere, die rechts sind, und solche, die in der Mitte stehen.

In der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hat sich jenes Drei-Parteien-System herausgebildet, mit dem wir seit Mitte der fünfziger Jahre leben. Dabei ist klar, daß die CDU eher die rechte Seite in Anspruch nimmt, die SPD die linke und die FDP die Mitte. Wenn man die Parteien von ihren Programmen her inhaltlich charakterisiert, dann ist die FDP im gegenwärtigen Parlament eindeutig eine MittePartei, und zwar erst die neue FDP, die aufgrund ihrer inneren Wandlung jene Art von Dialektik anstrebt, von der Flach gesprochen hat.

Andererseits sagen solche Bezeichnungen nicht viel, und man kann wie Herr von Weizsäcker argumentieren, daß diese Mitte als Basis möglicherweise zu schmal ist. Vom Parteienspektrum her gesehen, ist jedoch nicht zu bestreiten, daß in der heutigen Situation die FDP zwischen CDU und SPD steht. Deshalb wird sie ja auch von der CDU als möglicher Koalitionspartner für eine künftige Regierung angesehen.

Eine andere Frage ist, was die politische Mitte von der Perspektive des Wählers her gesehen ausmacht. Die SPD hat seit 1960, seit Godesberg, den Versuch unternommen, aus ihrer Einengung auf eine bestimmte soziale Gruppierung, aus dem sogenannten Turm der 30 Prozent herauszukommen - mit Erfolg, wie wir wissen. Das ist ihr nur gelungen, weil sie neben den normalen

Zuwächsen, die sie bei der jungen Generation wohl ohnehin gehabt hätte, Wähler von der Mitte zu sich herüberzog. Das war kontinuierlich alle vier Jahre mit 3-4 Prozent der Fall. Die SPD hat sich also als Volkspartei nach der Mitte hin orientiert, um für diesen Block wählbar zu werden, der offenbar das Zünglein an der Waage für eine Änderung der Regierung abgeben kann.

Offentlichtlich waren in diesem mittleren Spektrum, das man nur ungenau beschreiben kann, mehr Wähler als bisher bereit, ihre Erwartungen an die SPD und auch an die FDP zu richten, und zwar in dem Sinne, daß diese Parteien die vor uns stehenden Aufgaben besser zu lösen imstande wären als die CDU. Insofern ist es richtig, wenn man gegenüber der CDU kritisch vermerkt, daß sie es, zumindest wenn man die Wahlpropaganda vor dem 19. November heranzieht, nicht vermocht hat, zu jenen neuen Fragen dieser Gesellschaft eine neue Antwort zu geben. Die CDU ist sozusagen in ihrer traditionellen Haltung stehengeblieben. Deshalb haben die Wähler der Mitte ihr die Gunst bis zu einem gewissen Grade entzogen.

Der Begriff Mitte ist also unscharf und bringt nicht viel Neues. Er ist in bezug auf die Politik der Regierung, das hat Herr Lübke deutlich gemacht, gewiß ein eindrucksvolles Mittel, um eine Politik zu rechtfertigen, die jene notwendigen Veränderungen in Angriff nimmt, um die Grundwerte dieser Gesellschaftsordnung zu erhalten und zu bewahren. Denn diese scheinen durch Entwicklungen bedroht, die in einer allzu freien Handhabung bestimmter Prinzipien dieser Ordnung gesehen werden können.

Wenn Herr Klein in diesem Zusammenhang sagt, die politische Mitte bestehe nach dem Verständnis des Grundgesetzes im Eintreten für die individuelle Freiheit, dann ist das gerade heute nicht mehr der Fall. Die Mitte wird heute durch Wähler bestimmt, die das Interesse an individueller Freiheit mit dem Interesse an individueller Sicherheit, also an all jenem verbinden, was man unter Sozialstaat versteht. Die CDU hat vor allem deshalb diese Wählerstimmen verloren, weil sie zu ausschließlich auf die individuelle Freiheit abstellt und ungenügend die Probleme berücksichtigt, die sich aus der uneingeschränkten Freiheit im Rahmen einer demokratischen Ordnung in der Industriegesellschaft ergeben. Deshalb muß die individuelle Freiheit neu definiert werden durch jene Zusätze, die man mit dem sehr vagen Begriff des Sozialstaates verbindet. Diese Erwartung hat die 'neue Mitte', und das weiß auch die CDU sehr genau.

Deshalb sind Formulierungen, wie sie etwa Franz Josef Strauß gebraucht hat, der als Gegenposition zum Begriff der 'neuen Mitte' den Begriff der "radikalen Mitte" setzt, weit eher ein Etikettenschwindel als die 'neue Mitte' von Seiten Willy Brandts. Strauß meint damit die radikale Verteidigung bestimmter Positionen, und er nennt seine Position einfach die der Mitte. Aber die Bürger sehen, wo sich bestimmte Personen ansiedeln und wie man sie politisch einschätzen muß. Da nützen irgendwelche Beteuerungen, man sei die radikale Mitte, gar nichts.

Altmann

Beim Aufstieg der Unionsparteien in den fünfziger Jahren war mit der von ihnen vertretenen Politik der Mitte weniger eine Absage nach links als vielmehr nach rechts gemeint. Das klingt bisweilen auch heute noch an, wenn etwa Herr Kohl sagt: "Auf keinen Fall nach rechts gehen, in der Mitte bleiben."

Mit dem wachsenden Erfolg Adenauers zeigte sich dahinter die Ideologie des Status quo.

Lompe

Sie sagen, Herr Sontheimer, der Begriff der 'neuen Mitte' könne strukturell gesehen eine gewisse Substanz erhalten, wenn man ihn vom Wähler her begreift. Dann ist damit aber nicht die Sozialdemokratie allein gemeint, sondern die sozialliberale Koalition. Herr von Weizsäcker hat das anklingen lassen, als er sagte, die CDU habe als einzige Partei keine strukturellen Wandlungen durchgemacht. Die Anforderungen und Einstellungen in der Gesellschaft haben sich aber geändert. Deshalb kann die CDU die neuen Probleme heute auch nicht lösen.

Wenn wir von der Entwicklung des Verfassungsrechts nach 1945 ausgehen, so war der Verfassungskonsens zur Zeit der Entstehung des Grundgesetzes sicher mehr "links" als die Praxis seiner späteren Auslegung. Heute geht der Trend zum Sozialstaat offensichtlich wieder in die ursprüngliche Richtung. Immer mehr Bürger finden sich zum Beispiel nicht mehr damit ab, daß etwa in der Hochkonjunktur ausgerechnet die öffentlichen Ausgaben für Infrastrukturverbesserungen eingeschränkt werden müssen, während die privaten Investitionen kaum gebremst werden können.

Herr von Weizsäcker meinte, die Probleme, die auf dem SPD-Parteitag diskutiert wurden - Vermögensbildung, Bodenrecht und so weiter;-, seien Fragen der Überflußgesellschaft. Das bestreite ich; vielmehr sind das zentrale Fragen, die wir zwanzig Jahre vor uns hergeschoben haben. Da hat

die CDU in gewisser Hinsicht den Kontakt zum Bürger und zum Wähler verloren. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, die sozialliberale Koalition als neue mittlere Gruppierung anzusehen. Sicher weichen gewisse Gruppen in der SPD von den Lösungsvorschlägen der jetzigen Regierung ab, sind stärker linksorientiert.

Die Ausgestaltung des Sozialstaat-Postulats, das einen Auftrag zur permanenten Reform, zur Verwirklichung der sozialen Demokratie unter Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien beinhaltet, ist aber eine Aufgabe, die die SPD als Gesamtpartei zuerst aufgegriffen hat. Unter diesem Gesichtspunkt kann man auch den Begriff der 'neuen Mitte' einigermaßen sinnvoll verwenden. Am 19. November hat es bei uns einen Ruck nach links gegeben. Damit kann die alte Mitte nicht mehr die 'neue Mitte' sein. Da die CDU nach Herrn von Weizsäcker keine Wandlungen vollzogen hat, kann sie heute auch nicht mehr die Partei der 'neuen Mitte' sein.

Mohler

Diese Diskussion steht unter der Voraussetzung, daß Mitte an sich etwas Gutes sei; so jedenfalls klingt es in allen Beiträgen mit.

Ich könnte diese positive Einschätzung verstehen, wenn wir in einer Gesellschaft lebten, die einen selbstverständlichen Mittelpunkt hat. In einer theokratischen Gesellschaft ist so etwas vorstellbar. Da geht man in die Kathedrale hinein, und genau in der Mitte befindet sich der Altar. Rechts stehen die klugen und links die törichten Jungfrauen. Ich kann es mir auch für einen absolutistischen Staat vorstellen: Das barocke Schloß ist mittellänglich; dort ist der Thron des Fürsten der unbezweifelbare Mittelpunkt des Staates. Die Romantik hat das mit ihren organistischen Staatsvorstellungen weiter fortzusetzen versucht. Das ist schon recht schwierig, wenn man den Staat als Körper begreift; denn das Herz, das wird Herrn Glotz freuen, schlägt auf der linken Seite. Dann kommt der Hegeische Versuch mit These, Antithese und Synthese.

Heute aber leben wir doch in einer pluralistischen Gesellschaft. Wo ist hier der Mittelpunkt, von dem aus Sie es als selbstverständlich annehmen, daß die Mitte eine Qualität an sich sei? Wir haben eine Gesellschaft mit konkurrierenden Gruppen, die sich zusammenraufen. Beharren Sie auf der Mitte, so können Sie nicht verhindern, daß für den Staatsbürger Mitte und Kompromiß identisch sind.

Um es deutlicher zu sagen: Politik der Mitte besteht dann darin, daß die eine Partei an einem Tag zu einem bestimmten Problem ja sagt, am nächsten Tag nein, und dann wieder ja. Welches Ergebnis dabei herauskommt, hängt jeweils davon ab, an welchem Tag die Abstimmung stattfindet.

Glotz

Charakterisieren Sie damit die Ostpolitik der Union?

Mohler

Ja.

Ich kenne Sie, Herr Glotz, seit langem als einen Mann mit entschiedenen Standpunkten, und ich bin erfreut, daß Sie das Wort der Mitte nicht für sich in Anspruch nehmen. Diese Betonung der Mitte ist Ausdruck einer verängstigten Gesellschaft, die den Weg des geringsten Widerstandes geht. Sie macht den Wähler, der nicht genau weiß, was er will, zum Mittelpunkt der Politik. Hier fiel das schöne Wort von der wahlentscheidenden Minderheit, um die sich offenbar in der Bundesrepublik alles dreht.

Manchmal hat man den Eindruck, daß das, was die Bundesrepublik zusammenhält, die Distanzierung von jenen berühmten "Extremisten links oder rechts" ist, die man in der Wirklichkeit oft mit der Lupe suchen muß. Wenn man genau hinsieht, sind es gewöhnlich außer ein paar alten Leuten vor allem jugendliche Gruppen, die sich darüber entrüsten, daß das, was sie von dem Establishment gesagt bekommen, nicht mit dem übereinstimmt, was das Establishment in Wirklichkeit tut.

Ich halte es für intellektuell unredlich, wenn wir so tun, als sei Mitte an sich etwas Gutes. Mir ist es lieber, wenn Herr Kuhlwein klar sagt, bei der Mitte handele es sich einfach darum, wer die Mehrheit für sich gewinnt, beziehungsweise wer die Sachprobleme löst. Das Wort von der Mitte ist nur noch eine Art Heiligenschein über dieser Diskussion.

Mayer

Von sämtlichen Vertretern der Sozialdemokratie hier wird betont, daß die 'neue Mitte' ein Konzept der sozialliberalen Koalition sei. Was bedeutet eine sozialliberale Koalition, die von einer Arbeiterpartei verantwortet wird, welche in dieser Koalition ausdrücklich sozialistische Elemente bisher nicht zu

erkennen gibt und in ihrem Programm auch nicht voranstellt? Ist das ein taktisches, ein pragmatisches Prinzip? Ist, wie Brandt in Hannover mit Recht gesagt hat, die 'neue Mitte' kein Programmpunkt für die Sozialdemokratie? Hier könnte man das Greshamsche Gesetz aus der Geld- und Finanzwirtschaft auf die politische Moral übertragen. Dieses Gesetz besagt: Wenn wir zwei Geldsorten - eine schlechtere und eine bessere - haben, verdrängt das schlechtere Geld unaufhaltsam das bessere. Dieses Problem zeigt sich zweifellos auch in der politischen Moral.

Wenn man das Prinzip der 'neuen Mitte' anwendet, besteht die Gefahr, daß die SPD den Charakter einer Arbeiterpartei verliert. In dieser Partei wollen wesentliche Schichten der Jungsozialisten und der Studenten marxistische Gesellschaftswissenschaft betreiben. Es besteht somit die Gefahr, daß zwischen marxistischer Gesellschaftswissenschaft auf der einen Seite und dem pragmatischen "schlechten Geld" der 'neuen Mitte' auf der anderen Seite das Greshamsche Gesetz wirksam wird und ein ideologischer Verfall einsetzt.

Wenn Sie also sagen, Herr Lübbe, das Prinzip der 'neuen Mitte' sei eine Gefahr für die CDU, so sehe ich darin eine viel größere ideologische Gefahr für die SPD. Wenn nämlich die 'neue Mitte' von der Struktur her bestimmte neue gesellschaftliche Zusammenhänge erkennen läßt, an die sich die Politik der sozialliberalen Koalition wendet, dann muß das auch als ein Ideologiephänomen im Überbau zum Ausdruck kommen. Das ist ein dialektischer Prozeß. Wie wird die 'neue Mitte' ideologisch in Erscheinung treten? Als Apologetik und als Affirmation!

Als Folge der sozialliberalen Koalition erleben wir einen Hang zum Harmoniedenken in der Kunst, in der Literatur, bei unseren Jungfilmern, im Theater. Darin besteht eine ideologische Gefahr für die Sozialdemokratie; denn sie ist nach wie vor in erster Linie eine Partei der Werktätigen und muß deshalb ihre Basis in der Arbeiterschaft sehen. In der Ideologie der 'neuen Mitte' kommen zweifellos diese Elemente des Nostalgischen, des Sehnsüchtigen, des Rückwärtsgewandten zum Ausdruck. Wir haben die Sehnsucht nach Jugendstil, Makartstil und Dixieland.

Mit tiefem Unbehagen erlebe ich, gerade aus Amerika zurückkommend, wie der dort geprägte Begriff der Lebensqualität bei uns verwendet wird. Wenn unter einer höheren Lebensqualität materieller Wohlstand verstanden wird, so ist das in Ordnung. Aber Lebensqualität im Sinne des kleinbürgerlichen "Glück im Winkel", im Sinne des Hineinwachsens in einen Quietismus, das ist für die Sozialdemokratie außerordentlich gefährlich.

Lübbe

Die SPD ist eine Kleinbürgerpartei.

Mayer

Sie ist nicht nur eine Kleinbürgerpartei. Es kommt vielmehr darauf an, ob das kleinbürgerliche oder das nicht kleinbürgerliche Element über die Zukunft entscheidet. Die Gefahr hier sehe ich nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für den Bestand der Bundesrepublik nicht zuletzt im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der DDR.

Die programmatische ideologische Diskussion in der Sozialdemokratie muß um Wahrheit, Erkenntnis und Wissenschaftlichkeit geführt werden, wobei durchaus gewisse pragmatische Elemente Berücksichtigung finden können. Dabei darf der Primat aber nicht auf dem Werben um Stimmen liegen, sondern muß eine langfristige Perspektive zum Inhalt haben. Anderenfalls kann die Manipulation mit Begriffen wie 'neue Mitte' und höhere Lebensqualität, die entweder überhaupt keinen Erkenntnischarakter oder nur einen apologetischen, quietistischen Charakter haben, mehr Schaden anrichten, als damit in einem einzelnen lokalen Wahlerfolg gewonnen werden kann.

Altmann

Man braucht kein Marxist zu sein, um Ihre Analyse für richtig zu halten, Herr Mayer. Von meinem Standpunkt aus würde ich Ihnen beipflichten.

Glötz

Das sollte Sie nachdenklich stimmen, Herr Mayer.

Mayer

Es ist nicht das erste Mal, daß ich mit Herrn Altmann übereinstimme.

Glutz

Sie kritisieren den Begriff Lebensqualität, Herr Mayer. Auf dem SPD-Parteitag ist eines klargeworden: Das Bruttosozialprodukt ist kein Indikator für Lebensqualität. Vielmehr haben Eppler und andere versucht, diesen Begriff inhaltlich zu füllen - also Zahl der Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner, Größe der Schulklassen und so weiter. Dies zu operationalisieren und zu konkretisieren, ist in der Tat sehr schwierig.

Es geht dabei um den Versuch - und das gilt auch für den Begriff der 'neuen Mitte';-, die notwendigen Lösungen, die große Eingriffe verlangen, beispielsweise in die sogenannte freie Wirtschaft, mehrheitsfähig zu machen. Da sind viele Menschen skeptisch. Das erklärt sozialpsychologisch, warum auch oder gerade sozialdemokratische Politiker diese Begriffe verwenden, und zwar nicht nur jene, die den Begriff Mitte gern als ein Etikett vor sich hertragen und damit Propaganda machen.

von Bismarck

Welches ist eigentlich der Alternativbegriff auf Seiten der CDU zum Begriff der Lebensqualität: Humanisierung der Leistungsgesellschaft?

Freiherr von Weizsäcker

Das weise ich weit von mir.

Kriele

Der Begriff Qualität des Lebens stammt meines Wissens von Galbraith, der in seinem Buch "Die moderne Industriegesellschaft" die These aufstellt: Es kommt nicht auf die Quantität der Waren, sondern auf die Qualität des Lebens an. Insofern gehört dieser Begriff in den Zusammenhang der Auseinandersetzung um den Wirtschaftsliberalismus.

Dazu scheint mir die Feststellung wichtig, Herr von Weizsäcker, daß die soziale Marktwirtschaft im Grunde auf das Laisser-faire-Prinzip kombiniert mit sozialer Absättigung hinausläuft. Man hat hier unzulässigerweise immer von Euckenscher Wirtschaftsordnung gesprochen. Nun ist diese Art des Wirtschaftsliberalismus in der Tat geeignet, den Lebensstandard beträchtlich zu heben, wie das in den fünfziger und sechziger Jahren geschehen ist, aber mit folgenreichen Konsequenzen, die Galbraith und andere Kritiker dieses Industriesystems darlegen. Dazu gehört zum Beispiel, daß sich die Marktwirtschaft, wenn man sie sich selbst überläßt, in großen Bereichen aufhebt, wie wir das in vielen Wirtschaftszweigen sehen.

Die entscheidende Frage ist: Wer kontrolliert wen und wie? Da kann man dann von Planwirtschaft und Klassenkampf sprechen - freies Feld für Ideologen. In der Diskussion, die darüber geführt wird, scheint mir der Begriff der Lebensqualität noch das konkreteste Kriterium zu sein, mit dem man messen kann, was man will. Für mich ist dieser Begriff gar nicht so schwammig.

Pirker

Können Sie uns einige Indikatoren Ihrer selbstverständlichen Qualität des Lebens sagen, die politisch relevant sind?

Kriele

Die wichtigste Frage betrifft die Rettung von Luft und Wasser, also das Problem des Umweltschutzes.

Pirker

Das ist kein Indikator.

Korn

Ich würde dieses Problem nicht auf die Ebene der Indikatoren reduzieren. Auch ich empfinde diesen Begriff keineswegs als schwammig. Denken Sie doch daran, daß der ganze Marcuse schwammig ist - dennoch ist ihm die halbe Universitätsjugend Amerikas nachgelaufen und unsere mit. Auch die Poesie läßt sich nicht auf Indikatoren bringen.

Kriele

Wenn man sich ansieht, was die Jusos auf dem kommunalpolitischen Kongreß zu den Nahverkehrsmitteln, zum Bodenrecht und so weiter entwickelt haben, dann ist das unter dem Gesichtspunkt der Qualität des Lebens durchaus vernünftig, mag der Anstoß zunächst auch die klassenkämpferische Idee gewesen sein. Die SPD setzt das dann in institutionell brauchbare Resultate um. Insofern wird die Linke in eine Partei integriert, deren Regierung die Mitte präsentiert.

Ich gebe übrigens zu, daß einige Vorschläge die Qualität des Lebens nur wenig erhöhen, so, wenn Sie zum Beispiel sagen, Herr Glotz: Da uns jetzt keine Mittel zur sozialen Absättigung mehr zur Verfügung stehen, füttern wir die Leute mit Partizipation ab.

Glotz

Wir füttern sie nicht ab, sondern sie verlangen die Partizipation und werden nur dann diesem Staat gegenüber loyal sein, wenn sie mehr mitbestimmen dürfen. Die Alternative zur Partizipation ist Gewalt, und zwar Gewalt von oben.

Kriele

Ich bejahe die Partizipation grundsätzlich, aber es kommt dabei auf die Modalitäten an. Am Anfang ist manches schiefgelaufen, wie die Erfahrung an den Universitäten zeigt.

Ich halte also Qualität des Lebens durchaus für ein brauchbares, praktisches und konkretes Kriterium, das auch einen Maßstab für die Mitbestimmung abgeben kann. Soweit Partizipation die Qualität des Lebens fördert, bejahe ich sie.

Krause

Lebensqualität wird hier nur unter dem Aspekt der Indikatoren diskutiert. Vielleicht könnte man einmal darüber nachdenken, daß Lebensqualität letztlich nur ein anderer Begriff für Sozialismus ist.

Kuhlwein

Für mich ist der Versuch, Sozialindikatoren einzuführen, ein Schritt, um vom Profitmaximierungsprinzip, das sich allein am Preis orientiert, abzukommen. Das marktwirtschaftliche System hat den Preis als Regulationsmechanismus - Angebot und Nachfrage - für Produktion und Investition. Es ist der Überlegung wert, ob man Sozialindikatoren als Alternative einführt, in welcher Form und in welchem Umfang auch immer.

Heute gehen bestimmte immaterielle Werte, etwa die Arbeitskraft der Hausfrau, die ihre Kinder erzieht, in keine Sozialproduktsrechnung ein. Das ist völlig ungerechtfertigt. Wenn man mehr Frauen - was unter Umständen emanzipationsfeindlich sein könnte - damit beschäftigte, ihre Kinder vernünftig zu erziehen, dann verringert sich letztlich das Sozialprodukt, obwohl sich die Lebensqualität für die Kinder und auch für die Mütter durchaus erhöht haben könnte.

Allerdings darf man bei den Sozialindikatoren nicht allein auf quantitative Momente abstellen, wie das vorhin anklang, als von Krankenhausbettenbesatz oder von Lehrer-Schüler-Relationen und ähnlichem die Rede war.

Pirker

Es sind inzwischen 120 Sozialindikatoren dieser Art entwickelt worden.

Kuhlwein

Nach erklärter Absicht der Sozialdemokraten gehört auch die Partizipation, das heißt die aktive Teilnahme aller Bürger an gesellschaftlichen Prozessen, zur Lebensqualität. Das ist ein Teil dessen, was wir Selbstverwirklichung nennen und was man vermutlich überhaupt nicht quantifizieren kann. Der Versuch mit Sozialindikatoren könnte also scheitern, weil er die immateriellen Werte oder die affektiven Lernziele der Gesellschaft nicht mitumfaßt, die aber in die Diskussion über Lebensqualität miteinbezogen werden müssen.

Sonthheimer

Das Wort Lebensqualität halte ich für die moderne Umschreibung des alten Benthamischen Grundsatzes vom größten Glück der größten Zahl. Die Menschen wollen ihre Vorstellungen vom glücklichen Leben realisieren. Dieses Glück der größten Zahl kann heute, im Gegensatz zum

klassischen Liberalismus, nicht mehr durch die Selbstentfaltung und Selbstbestätigung der Individuen allein gesichert werden, auch nicht mehr durch eine "invisible hand", die alles steuert, sondern die lenkende und steuernde Hand des Staates muß stärker als früher eingreifen, um wenigstens gewisse Qualitätsbedürfnisse abzusichern.

Lübbe

Sie befürchten, Herr Mayer, daß die SPD ihre traditionale Gestalt verlieren könne, wenn sie mit Begriffen wie 'neue Mitte' und Lebensqualität operiere. So ein wenig kann man bei Ihnen eine Sehnsucht nach der SPD von 1895 heraushören. Das verstehe ich gut. Ich bin zwar kein SPD-Mitglied von 1895, aber von 1953. Was veranlaßte mich damals, in die Partei einzutreten? Doch im Grunde dies: Die SPD war eine Partei der "kleinen Leute", das heißt der Massen der Arbeitnehmer, traditionsorientiert, fortschrittsbereit, antikommunistisch und national.

In dieser traditionellen Substanz ist die SPD tatsächlich partiell gefährdet. Den Begriff der 'neuen Mitte' verstehe ich einerseits als einen Warnruf an die linken Genossen, diese Substanz nicht zu gefährden, und als eine Beschwichtigung an die floatende, kritische Wählermasse der Mitte, daß die SPD weiterhin wahlfähig sei und als 'neue Mitte' im Willen zur Sicherung der Lebensqualität zugleich den Inhalt habe, der in keinem anderen Begriff präsenter ist. Lebensqualität ist, politisch gesehen, ein guter Begriff; das zeigt sich am besten daran, daß die CDU keinen adäquaten Begriff anzubieten hat.

Herr von Weizsäcker hat natürlich keine Warnung und keinen Trost nötig. Dennoch möchte ich einiges Tröstendes sagen; es gibt ja heute auch verzagte CDU-Mitglieder. Im Begriff der Lebensqualität wird ein Problemdruck zum Ausdruck gebracht. Die Probleme, die in diesem Begriff artikuliert sind, drücken in der Tat. Sie erzeugen auch Ängste, die mit Wünschen und Hoffnungen artikuliert und mit dem Begriff von Notwendigkeiten verbunden werden. Das alles ist von der SPD programmatisch formuliert worden.

Die Lösung der Probleme wird aber nicht als die Erfüllung von lauter Verheißungen und Wünschen, sondern als Zumutung wirksam. Für diese Zumutung des Notwendigen braucht man Basen der Legitimation. Die Zukunft der Parolen 'neue Mitte' und Lebensqualität wird davon abhängen, ob sie als solche Legitimationsbasen ausreichen. Sie sind gegenwärtig Warnrufe auch an die Linke, nicht zu vergessen, daß die Schlacht in der Mitte gewonnen wird.

Die Chance der CDU besteht darin, daß die Aussichten der SPD, das von ihr artikuliert Notwendige auch durchzuführen, relativ gering sind. Das hängt unter anderem - polemisch zugespitzt - mit ihrer permissiven Demokratisierung zusammen. Die Folge ist, daß sie fortschreitend politische Handlungs- und Gestaltungsmacht abschiebt; ich würde sogar so weit gehen zu sagen: partiell verantwortungslos abschiebt. Damit verliert sie an politischer Gestaltungskraft, was sich an vielen konkreten Beispielen zeigen läßt.

Nehmen Sie zum Beispiel die Hochschulpolitik. In bezug auf die Hochschulen ist es ja unsinnig zu sagen, hier sollen die von den Entscheidungen Betroffenen die Chance erhalten, an der Gestaltung dieser Entscheidungen mitzuwirken. Der Gesamtstaat und seine Organe als die allein demokratisch Legitimierten haben gegenüber der Universität als einem Ausbildungs-Dienstleistungs-großbetrieb Ansprüche geltend zu machen, die sie heute nicht mehr geltend machen können. Das geschieht unter dem Segen der Demokratisierungsparole.

Ein anderes Beispiel ist der Nahverkehrstarifverbund etwa im Großraum Hannover. Dort kann man vom Flugplatz Hannover-Langenhagen für 80 Pfennig bis nach Kröpke fahren: das ist ein Skandal. Die Folge ist, daß sich das Nahverkehrssystem in Hannover um keine Spur verbessert hat, und daß der Omnibus ein elendes Ding ist, das selten fährt. Auf diese Weise wird in Hannover pro Jahr der Investitionswert von drei Gymnasien verplempert und in 50-Pfennig-Beträgen unters Volk geworfen.

Das gilt auch für andere Probleme, etwa im Hinblick auf die Gewerkschaften. Es ist allgemein bekannt, daß die Kosten der ökologischen Maßnahmen von jedermann, und das heißt in erster Linie von den lohnabhängigen Massen getragen werden müssen. Von wem denn sonst? Das Verursachungsprinzip hat doch lediglich die Funktion, die ökologischen Kosten sozusagen in die Kalkulation einzubringen und damit auf die Produkte umzulegen. In dieser Hinsicht ist eine große Augenwischerei im Gange. Ein Mann wie Eppler weiß das natürlich und sagt auch vor der IGMetall: Die Sicherung der Lebensqualität hat für Euch Konsequenzen: Die Konsumrate wird relativ sinken müssen. Loderer aber tritt ihm entgegen mit dem Satz: Unsere Tarif- und Sozialproduktverteilungspolitik wird sich nicht um einen Deut ändern.

An solchen Beispielen wird sichtbar, was durch eine permissive Demokratisierungspolitik, die demokratische Verantwortlichkeit nicht durch "Beteiligung" stärkt, sondern diffundiert und ungreifbar

macht, potentiell angerichtet wird. Es könnte sich ein Zustand herausbilden, in welchem die demokratisch verantwortlichen Instanzen, insbesondere die Regierungen und die öffentliche Verwaltung, nicht mehr handlungsfähig genug sind, die von der Wählerschaft als bedrohlich erkannten Probleme zu lösen. Hier würden der CDU neue Chancen zuwachsen. Jede Partei wird langfristig mit Zustimmung rechnen können, die sich durch Parolen permissiver Demokratisierung nicht hindern läßt, zur Lösung der Probleme das legale und legitime Handeln der demokratisch verantwortlichen staatlichen und administrativen Instanzen einzufordern und anzubieten.

Ich glaube auch, daß die Zumutung relativer Einschränkungen, die mit einer solchen Politik verbunden wären, langfristig den Konsens der bewegten Jugend finden wird. Man kann ja die radikale neue Linke als ein Phänomen der Verzweiflung charakterisieren. Sie ist, partiell, ein Reflex der moralischen Sensibilität derer, die haben erfahren müssen, daß unsere Parteien einschließlich der SPD nicht über hinreichende Handlungskraft verfügen, um zu tun und zuzumuten, was zur Lösung von Problemen mit offenkundigem Bedrohlichkeitscharakter notwendig ist. Wer immer das erlösende Wort findet, das Legitimität für unvermeidliche Zumutungen relativer Verzichte, ja Opfer, stiftet, wird langfristig die bewegte Jugend auf seiner Seite haben. Die CDU ist von dieser Chance keineswegs prinzipiell ausgeschlossen.

Zum Bild der radikalen 'neuen Linken' gehört übrigens, daß sie, wenn immer sie Macht gewänne, an ihrer Legitimität für die Zumutung des Notwendigen keinerlei Zweifel hätte.

Pirker

Sie braucht auch keinen Konsensus.

Claessens

Ein wichtiges Moment, mit dem wir heute strukturell zu kämpfen haben, ist die Theorielosigkeit unserer Parteien. Sprach man in der Vergangenheit die Chefideologen der Parteien darauf an, daß sie mal einige Dinge lesen oder sich mit ihnen beschäftigen müßten, dann hatten sie meist die glaubwürdige Ausrede, sie hätten keine Zeit. Das scheint sich gerächt zu haben.

Wir haben es mit der Welle eines neuen Lebensgefühls zu tun. Darüber geben sich zwar viele Philosophen und Literaten Rechenschaft, es wird aber programmatisch nie ehrlich behandelt.

Dieses Lebensgefühl zeigt sich in einer kapitalismus- und bürokratiekritischen Haltung. Es entsteht ein neues Problembewußtsein, das nichts mit naiver Maschinenstürmerei oder ähnlichem zu tun hat. Für ein neues Lebensgefühl war ursprünglich die Durchsetzung des kapitalistischen Systems, das den freien Markt der mitmenschlichen Beziehungen ermöglichte, symptomatisch. Das Versagen der alten traditionellen Mechanismen forderte eine Neuorganisation. Für diese neue Organisation war der Markt freier mitmenschlicher Beziehungen zentral, und zwar für den Bürger, das heißt für eine bestimmte größere, aber beschränkte Gruppe. Die kapitalistische Ideologie hatte damit die Funktion der Abwehr nach oben und nach unten, das heißt jene Doppelbödigkeit, an der sich auch Marx abgearbeitet hat.

Das Besondere am System des Kapitalismus ist nun, daß in ihm von Anfang an Tendenzen zur Selbsterschöpfung angelegt waren, zum Beispiel die Gefahr der Monopolisierung und der Vernichtung des Marktmechanismus als des tragenden Organisationsmechanismus. Diese Selbsterschöpfung des Kapitalismus, die Gefährdung seiner Organisationsfähigkeit, ist in den letzten zwanzig Jahren dramatisch erkannt worden. Dafür könnte man Fourastier und andere anführen. Gleichzeitig ist klar, daß neue Organisationsprinzipien notwendig sind.

Das Stichwort Lebensqualität als Organisationsorientierung halte ich nun für eine außerordentlich geschickte ideologische Abwandlung des Begriffes "Gebrauchswert" zugunsten des kapitalistischen Systems. Heißt Lebensqualität künstlicher Rasen, den Sie heute schon bei Woolworth kaufen können, also die Verwertung von fixen Bedürfnissen, aber in einem vorprogrammierten Sinne? Und wenn frische Luft gemeint ist und echter Rasen, erschöpft sich darin die eigentliche gesellschaftliche Forderung?

Selbstverständlich gibt es eine Dimension der Probleme der Lebensqualität im Hinblick auf durchaus erwünschte Produktivität und ihre negativen Konsequenzen. Man sollte also neben den Begriff der Lebensqualität einen kritischen Begriff stellen - vielleicht den des Gebrauchswertes, obwohl sich auch da die Frage nach den Indikatoren aufdrängt.

Was nun die tatsächlichen strukturellen Veränderungen heute angeht, so gehört es zur Realität der Bundesrepublik, daß wir eine Art von neuem Mittelstand vorfinden, den die linken Klassentheoretiker mehr oder weniger bewußt nicht zur Kenntnis nehmen. Ich denke an das deutsche Beamtentum und

die Angestelltenschaft im öffentlichen Dienst, also an den Halo-Effekt in BAT-Ordnungen, Anrechtsvorstellungen und so weiter. Das umfaßt bei uns rechtlich abgesichert mit Angehörigen schon einen Kreis von zehn Millionen Menschen. Ich habe den Eindruck, daß es noch sehr viel mehr sind, die fasziniert dahin starren.

Das ist ein neuer Mittelstand des "Anrechtsrentiers", und was den höheren Beamten anbetrifft, des "Anrechtsmillionärs". Wenn man 5000,- DM im Monat bezieht, kann man sich ausrechnen, wieviel an Kapital oder an sonstigen Investitionen man benötigt, um ein solches Einkommen gesichert bis ins hohe Alter beziehen zu können. Daß das mit der politischen Entwicklung des Staates zusammenhängt, bedarf wohl keines Kommentars. Wohin diese Gruppe tendieren wird, weiß ich nicht zu sagen. Wenn man optimistisch ist, so würde das auf einen sozialistisch gefärbten Verwaltungsstaat hinauslaufen. Aber es kann auch anders kommen.

Sontheimer

Die alte Mitte hat früher die CDU zur Macht gebracht. Jetzt hat ein Teil der Mitte SPD und FDP gewählt. Das ist die 'neue Mitte', eben jene Wählerschicht, die sich anders orientiert hat.

von Bismarck

Hat sich nach Ihrer These gewissermaßen der Mittelpunkt der Mitte etwas nach links verschoben?

Sontheimer

Wenn man die Mehrheit gewinnen will, muß man zumindest das zentrale Stück der Mitte haben.

Pirker

Sie dürfen doch Wahlanalyse und gesellschaftliche Strukturanalyse nicht durcheinander bringen.

Sontheimer

Welche Gründe haben zu dieser Umorientierung geführt? Zunächst ist deutlich geworden, daß gewisse Ansprüche des demokratischen Systems der veränderten Wirklichkeit nicht mehr genügen. Das hängt mit einer geistigen Bewegung zusammen, die in einer radikaleren Zuspitzung als bislang die Grundfrage nach der Ordnung stellt. Die Frage nach der Freiheit, die bisher dominiert, wird durch die Forderung nach Gleichheit und Gerechtigkeit ergänzt. Alle Begriffe werden auf ihre Stimmigkeit abgeklopft und neu definiert. Die Verbindung von Demokratie und Emanzipation zum Beispiel hat es in der Situation der fünfziger Jahre nicht gegeben. Damals verstand man Demokratie mehr im Sinne des Mehrheitsprinzips und der Gewaltenteilung. Nun treten neue Elemente hinzu, die eine andere Orientierung zur Folge haben.

Diese Neuorientierung wird insbesondere durch Entwicklungsprobleme des Kapitalismus und der sozialen Marktwirtschaft hervorgerufen. Die Marktwirtschaft ist mit dem Slogan von Ludwig Erhard angetreten: "Wohlstand ist für alle da." Man hat dabei aber übersehen, daß die Anhebung des allgemeinen Wohlstandes zu erheblichen internen Differenzierungen führte, auf die man erst jetzt stärker aufmerksam wird. Hinzu kommt das neue Problem der Ökologie, des Umweltschutzes.

Dem daraus resultierenden Problemdruck wird jetzt mit einem sehr viel schärferen begrifflichen Instrumentarium begegnet. Begriffe wie Demokratie oder Gleichheit werden so radikal definiert, daß man sogleich nach ihrer Realisierungschance fragt, beziehungsweise diese Definitionen sind so zugespitzt und utopisch, daß sie gar nicht realisiert werden können.

Im Universitätsbereich, aber auch im Bereich der Wirtschaft, tritt immer stärker die Forderung nach Mitbestimmung des einzelnen auf. Wo man Demokratie ernst nimmt, wollen die Menschen über ihre eigenen Angelegenheiten mitbestimmen. Deshalb kann man die Bereiche Gesellschaft und Staat nicht mehr trennen. Die repräsentative Demokratie läßt sich nicht nur auf den Staat beschränken; sie muß auch in den gesellschaftlichen Bereichen Eingang finden. Es ist deutlich geworden, daß man mit traditionellen Vorstellungen und Konzeptionen den Problemen nicht mehr beikommen kann. Diese Erkenntnis hat die Veränderungen mitverursacht.

von Bismarck

Herr Sontheimer, Sie haben die Frage nach den Gründen der Umorientierung gestellt und geantwortet, daß sich Grundfragen der Ordnung schärfer stellen, daß Gleichheit und Gerechtigkeit gegenüber der Freiheit gewonnen haben, daß Probleme des Umweltschutzes und der Mitbestimmung

hinzugekommen sind. Hat aber nicht der wachsende Problemdruck, den Sie skizzierten, auch mehr Angst ausgelöst, weil man eben nicht weiß, wie man all diesen Problemen beikommen soll? Gibt es nicht einen Zusammenhang zwischen einem radikaler werdenden politischen Engagement und zunehmendem Angstdruck?

Sontheimer

Ich glaube es nicht. Ich weiß, daß Psychologen und auch Theologen das manchmal behaupten. Wenn ich mir aber meinen 18jährigen Sohn ansehe, so hat der überhaupt keine Angst und ist doch links.

Pirker

Seitdem das Zeichen der 'neuen Mitte' aufgepflanzt wurde, befällt mich ein Grausen und ein Entzücken zugleich. Was zunächst das Grausen angeht: Als politisch denkender Mensch mit bestimmten politischen Traditionen stimme ich Herrn Mayer zu. Es handelt sich hier um eine politische Stereotype mit bestimmten Intentionen. Solche Stereotypen können aber weder logisch noch inhaltlich interpretiert werden.

Glitz

Sie können aber analysiert werden.

Pirker

Warum schlägt das Zeichen der 'neuen Mitte' auf einmal so ein? 1967 hat der amerikanische Soziologe Daniel Bell seine Thesen über das Ende der Ideologie im politischen Leben aufgestellt. Das war ein Jahr vor dem Debakel des Jahres 1968, in dem sozusagen wieder eine Reideologisierung stattgefunden hat.

Auch nach 1945 wurde mir immer wieder gesagt: "Wir sind eine pluralistische Gesellschaft, da gibt es kein links und kein rechts mehr. Wir befinden uns jenseits der Ideologien." So konnte man es 1955 oder 1960 überall lesen. Nach dieser Zeit, die ich einmal die Periode der "Ideologie der Ideologielosigkeit" genannt habe, wurde die politische Ideologie beinahe von allen wieder in ihr Recht eingesetzt, und zwar ganz massiv durch die Aktionen der 'neuen Linken'. Heute stehen wir vor einer Ideologie der Mitte, wo alles wieder genauso grau wirkt wie in der Ideologie der Ideologielosigkeit.

Andererseits befinden wir uns als Politologen und Soziologen aber in einer glücklichen Situation. In einer bestimmten, nachweisbaren Konstellation wurde ein politisches Stereotyp aufgepflanzt. Wir kennen vielleicht sogar den Erfinder, was in der politischen Geschichte sehr selten ist. Wir kennen die Prozesse der Adaption, des Streites um dieses Zeichen. Wir haben eine Experimentalsituation vor uns, wie das in der Soziologie und in der politischen Wissenschaft selten der Fall ist.

Unter Praktikern wie Theoretikern besteht ein Konsensus, daß dieses Stereotyp der 'neuen Mitte' nicht sehr lange wirksam bleiben wird. Herr Mayer sprach vom Greshamschen Gesetz.

Warum werden solche politischen Stereotypen aufgestellt? Hier von Etikettenschwindel zu sprechen ist falsch, weil damit das Instrumentale der Stereotype nicht getroffen wird. Wir wissen um die Effizienz politischer Stereotypen. In den Medien und in der politischen Propaganda zum Beispiel werden bestehende Urteile und Vorurteile durch Stereotype verstärkt. Wenn aber die SPD diese Stereotype verwendet, dann verzichtet sie auf ihren aufklärerischen und partizipatorischen Anspruch. Sie kann nicht auf der einen Seite macchiavellistisch mit einer politischen Stereotype instrumental operieren und auf der anderen Seite gegen den politischen Gegner Demokratisierungs- und Partizipationskonzeptionen entwickeln.

Wir wissen auch, daß man mit Stereotypen die politische Bühne bestimmen und arrangieren kann. Das ist eindeutig beim Bundeskanzler der Fall. Wir wissen weiter, daß politische Stereotypen strukturierend in die gesellschaftliche Entwicklung eingreifen können. Das zeigt sich zum Beispiel in den großen Entwicklungsländern. Stereotype des radikalen Nationalismus finden sich nicht nur im Bewußtsein der Leute, sondern sie haben bestimmte Strukturierungen und Differenzierungen der Entwicklungsgesellschaften zur Folge gehabt, die unter anderen Stereotypen in dieser Art nicht entstanden wären.

Im übrigen sollten wir uns in der Diskussion davor hüten, Wahlanalyse, politische Analyse und Gesellschaftsanalyse zu vermengen. Die gesellschaftliche Situation, in der wir uns befinden, ist mit linearen oder zweidimensionalen Skalen überhaupt nicht mehr angemessen zu charakterisieren, wenn wir auch nur einigermaßen verstehen wollen, was in unserer Gesellschaft passiert.

Altmann

Wohin tendiert heute die Sozialdemokratie? Während der Bundeskanzler eine philologisch teilweise stark konservativ getönte Regierungserklärung abgegeben hat - sentimental mit Bibelsprüchen und ähnlichem;- , hat sich in Hannover die wachsende Macht des linken Flügels gezeigt. In diesem Zusammenhang wird die Aussage des Bundeskanzlers von der 'neuen Mitte' - da gehe ich weiter als Sie, Herr von Weizsäcker - zu einer Alibifunktion innerhalb der Koalition selbst. Brandt hält sich an der Koalition mit den Freien Demokraten gegen seinen wachsenden linken Flügel fest.

Hier entsteht ein neues Gleichgewicht der Regierung, das auch dadurch an Bedeutung gewinnt, weil das Parteizentrum - die innerparteiliche 'neue Mitte' - stark an Gewicht und Ansehen verloren hat. Das neue Gleichgewicht, das sehr labil ist, wird zwischen dem Block der Gewerkschaften und der 'neuen Linken' gebildet. Die Gewerkschaften werden ja von vielen Linken fälschlicherweise für ganz links gehalten; bekanntlich sind sie viel konservativer - im Rahmen dieses Lagers natürlich. Die Regierung beruht keineswegs nur auf einer Koalition mit der FDP, sondern auch auf einem Kartell mit dem DGB, ein Linkskartell, das weite Kreise zieht. Wieweit das bei wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten dieser Regierung halten wird, ist ungewiß. Zum erstenmal war aber der DGB in einem Wahlkampf der erklärte Partner einer Partei, was den Satzungen des DGB widerspricht. Ich will das aber nicht kritisieren, sondern nur feststellen, daß es so ist.

Hinzu kommt, daß in der SPD eine weitere Distanzierung von der Marktwirtschaft erfolgt. Das ist ein tiefer Eingriff in unsere Wirtschaftsordnung, der nicht mit gewissen Widersprüchen im kapitalistischen System erklärt werden kann. Wichtig ist dabei - und das halte ich für eine Schwäche;- , daß diese Regierung zur Abkehr von der Marktwirtschaft tendiert, ohne ein neues Konzept in Händen zu haben. Sie hat kein planwirtschaftliches Konzept. Falls die Regierung nicht den Mut findet, Politik gegen die Inflation zu machen, werden wir wahrscheinlich beim Lohn- und Preisstopp und ähnlichen Dingen landen. Das sind zunächst dirigistische Möglichkeiten, die aber mit Sozialismus nichts zu tun haben.

Die Anerkennung des linken Flügels zeigt sich auch deutlich an der Umwandlung des Langzeitprogramms. Ich habe Herrn Schmidt, den ich persönlich schätze, vor wenigen Jahren noch mit der Formel gehört: Ich bin kein Sozialist, ich bin Sozialdemokrat. Jetzt sagt er: Dieses Programm, das ich mit ausgearbeitet habe, ist nicht rosa, sondern rot. Hier sehen Sie, wie die Opportunitäten sich geändert haben.

Es ist eine neue Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie entstanden, die durch den Wahlsieg nicht gehemmt, sondern eher verstärkt wurde. Der Begriff der 'neuen Mitte' ist ein Haltegriff des Bundeskanzlers, wenn seine Partei, von ihm aus gesehen, nach links wegrutscht. Es ist der Alibibegriff einer Regierung, die in ihrer Substanz viel schwächer ist, als der Wahlsieg aussagt.

Für unsere gesamte gesellschaftliche Struktur ist kennzeichnend, daß die erste Antwort der CDU auf ihre Niederlage war: Wir wollen auf keinen Fall in den Verdacht geraten, eine Unternehmerpartei zu sein. Die CDU geht also auch nach links.

von Bismarck

Wenn der Begriff der 'neuen Mitte' von Brandt für die Regierungskoalition verwendet wurde, so könnte das auch nach meiner Auffassung auf eine Sorge vor einem "Nach- i n k s-Weg rutschen" zurückzuführen sein. Welcher Art Linkstendenzen in der SPD ein Gegengewicht in der Mitte für Willy Brandt wünschenswert erscheinen lassen, müßte näher untersucht werden. Wenn die Analyse einer solchen Absicht des Parteivorsitzenden der SPD richtig ist, so wäre eine gewisse Bremswirkung durch die FDP im Interesse der SPD, der Koalition und der Gesamtgesellschaft ohne Zweifel immer wichtiger.

Glötz

Ihre Beurteilung, Herr Altmann, das Parteizentrum der SPD sei schwächer geworden, halte ich für falsch. Vielmehr hat sich auf dem Parteitag in Hannover ein neues Parteizentrum gebildet. Das hängt mit den Erfahrungen der letzten Jahre und mit den Herausforderungen, die sich ja nicht nur der SPD, sondern der gesamten Gesellschaft stellen, zusammen.

Altmann

Eine 'neue Mitte' hat sich in der SPD gebildet, nicht wahr?

Glötz

Das gewerkschaftliche Element, das es in der SPD immer gab, verbindet sich zur Zeit mit einem großen Teil der sozialdemokratisch sozialisierten ‚neuen Linken‘, die - aus welchen Motiven auch immer - seit 1967 in die SPD eingetreten sind. Sehen Sie sich an, wie etwa Fred Zander, Rudi Schöfberger oder Thomas von der Vring heute Politik machen. Es dürfte kaum gelingen, die Gewerkschaften und diese Gruppen auseinanderzudividieren. Hier hat die SPD ihre Integrationskraft bewiesen.

Altmann

Die Eingangsrede von Helmut Schmidt war von seiten der Parteiführung ein klares Bündnisangebot an die Gewerkschaften und eine Absage an den linken Flügel. Sie können nicht behaupten, daß die SPD heute durch ein Bündnis zwischen dem Gewerkschaftsflügel und dem linken Flügel bestimmt wird. In diesem Falle würden Sie meine These bestätigen, daß die alte Parteimitte zwischen dem Gewerkschaftsflügel und der ‚neuen Linken‘ zusammengedrückt worden ist. Ich gehe indes nicht so weit: Die alte Parteimitte gibt es noch, aber sie ist nicht mehr so stark wie vorher.

Glötz

Gottseidank hat sich etwas verändert, Herr Altmann, aber nicht so, wie Sie es darstellen.

Es hat in der Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen zum Beispiel immer eine pazifistische Unterströmung gegeben. Sehen Sie sich einmal an, wie die Parteilinke, von der Sie sagen, daß sie stärker geworden ist, auf dem Parteitag außenpolitisch agiert hat. Die pazifistische Unterströmung hatte dort überhaupt keinen Boden. So finden Sie bei Karsten Voigt den Hinweis, daß man keine Übermacht der Sowjetunion in Europa dulden dürfe, also eine harte und deutliche Realpolitik, wenn auch unter anderen außenpolitischen Vorzeichen als bei manchen anderen. Weiterhin finden Sie den klaren Hinweis der Mehrheit der Parteilinken, daß sie keine zentrale Verwaltungswirtschaft nach sowjetischem Beispiel oder nach irgendeinem anderen Muster wollen, sondern sie legen auf die Dezentralität der Planung großes Gewicht. Das Problem sei jetzt, wie eine Investitionskontrolle durchgeführt werden könne.

Altmann

Das ist aber keine Erhaltung der Marktwirtschaft.

Glötz

Marktwirtschaft auf der einen und zentrale Verwaltungswirtschaft auf der anderen Seite, diese rohen Alternativen wollen wir doch hier nicht diskutieren, Herr Altmann.

Es hat in Hannover eine interessante Debatte um die Frage gegeben: Welche Konflikte will die Sozialdemokratie in der Gesellschaft selbst anregen, ganz bewußt schüren, und was will sie nicht? Dabei ist zumindest klargeworden, daß sie eine Strategie à la André Gorz nicht will. Das wäre ihr auch gar nicht möglich, so wie sie sozial strukturiert ist. Andererseits will sie aber die bestehende Klassensituation in unserer Gesellschaft nicht mit einer Ideologie der Sozialpartnerschaft zudecken. Was jetzt in Hannover entschieden worden ist, zeigt, daß es zwar keine ‚neue Mitte‘, aber eine neue Mehrheit in der SPD gibt, in die manche Leute, die bisher als linksradikal apostrophiert wurden, miteinbezogen sind.

Ist in der SPD etwas nach links "abgerutscht"? Aufgrund des Problemdrucks ist in der SPD einiges nach links gerückt. Und ich stimme Ihnen zu, Herr Altmann, daß auch die CDU nach links rückt - sie muß nach links rücken aufgrund des Problemdrucks. Von bestimmten Interessenpositionen aus gesehen mag das als ein "Abrutschen" erscheinen, aber von den Interessen der Mehrheit in diesem Lande her muß man das als einen notwendigen Linksruck verstehen.

Sontheimer

Die Koalition muß sich an der Mitte orientieren, damit sie die Mehrheit halten kann. Diese Politik des Sichausrichtens an der Mitte, um den größtmöglichen gemeinsamen Nenner zu erreichen, sehe ich für die entwickelte Gesellschaft als sehr problematisch an. Die Folge könnte sein - so hat es Graf von Krockow kürzlich geschrieben;- , daß unser Dreiparteiensystem, auf dessen Stabilität auch die Stabilität der Bundesrepublik beruht, in verschiedene Richtungen zerfällt. Eine ungeduldige linke Sozialdemokratie, die sich nicht an den Bedürfnissen und Wünschen derer orientiert, die in der Mitte sind, weil sie glaubt, sie müsse kraft ihrer Perspektiven weiter vorankommen, meint möglicherweise, den Immobilismus der Mitte-Politik nicht länger vertreten zu können.

Die Politik des Immobilismus hat immer wieder zu Krisen in der Demokratie geführt. Sie hat eine Krise in der Großen Koalition verursacht, zumindest den Protest der jungen Generation ausgelöst, die das Zusammengehen der beiden großen Parteien bekämpfte, weil es keine demokratische Alternative offenließ. Auch in Frankreich ist de Gaulle ja nur deshalb an die Macht gekommen, weil die 4. Republik unfähig war, aus ihrem "marais du centre", wie es Duverger einmal ausgedrückt hat, aus dem Sumpf der Mitte, herauszukommen. Wir haben zwar keinen solchen Sumpf, aber die Orientierung an der Mitte bedeutet immer eine Art von Immobilität. Diese setzt dann jene Kräfte frei, die in beiden großen Parteien, die bei uns um die Macht kämpfen, vielleicht andere Optionen ergreifen. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, eine Perspektive zu haben und gleichzeitig die Beruhigung der Mitte zu erreichen, läuft das letztlich auf eine Politik der Fragmentierung und der halben Ergebnisse hinaus.

Krause

Wir brauchen die Mehrheit der Arbeiterschaft bei den Wahlen. Wenn man diese durch eine Politik der Anpassung an die Mitte verliert, dann verliert man erst recht die Regierungsgewalt.

Lompe

Die Entscheidung der Sozialdemokratie für eine prinzipiell marktwirtschaftliche Ordnung war keine Anpassung an Vorstellungen der Freiburger-Schule. Das Konzept wurde vielmehr originär in der Weimarer Republik entwickelt - es war bereits im sogenannten Revisionismus enthalten und ist dann durch Keynsehe Elemente erweitert worden. Die Sozialdemokraten, auch die Linken, haben nicht nur kein Rezept für Planwirtschaft, Herr Altmann, sondern sie wollen keine Plan- oder Zentralverwaltungswirtschaft, weil diese Wirtschaftsordnung freiheitsfeindlich ist.

Es gibt in der SPD zwar eine prinzipielle Entscheidung für die Marktwirtschaft - allerdings für einen bestimmten Typ von Marktwirtschaft; es lassen sich ja sehr verschiedene Typen unterscheiden. Instrumenten wird die Marktwirtschaft nur geschätzt, wenn sie wirklich wettbewerblich ist, wenn sie von Diskriminierungen infolge einer ungerechten und nicht mehr zeitgemäßen Originärverteilung des Produktivermögens und der Einkommen befreit wird. Sie wird gutgeheißen, wenn die Wirtschaftsordnung einige lebenswichtige Versorgung aus dem Markt herausnimmt, das freiheitliche Postulat der Vielfalt von Unternehmenstypen nicht durch private Uniformierung der Gesellschaftswirtschaft pervertiert und die ganze Lebenslage der Bevölkerung beachtet wird, also auch die sogenannte Lebensqualität.

Ich greife nur ein Beispiel heraus. Zur Ideologie auch von Erhard gehörte die Vorstellung, daß dem Produzenten das Eigentum am Produkt zusteht. Das ist elementarer Bestandteil der Konzeption der Marktwirtschaft. Da heute aber alle Produktion gesellschaftlich ist, stellt sich die Frage, wieso gewisse Produzenten am Produktivitätszuwachs nicht beteiligt werden, nämlich diejenigen, die lohnabhängig arbeiten. Eine Lösung dieses Problems kann sicher nicht in einer Übertragung der Produktionsmittel an eine anonyme Allgemeinheit bestehen, vielmehr müssen alle Produzenten in einer rechtlich gesicherten Form an dem von ihnen erstellten Produkt beteiligt werden.

Altmann

Das ist kein marktwirtschaftliches, sondern ein sozialistisches Konzept - etwa nach dem Muster Jugoslawiens.

Lompe

Dem würde ich entschieden widersprechen.

Sie bewerten es als ein Element des Linksrucks, daß die SPD immer stärker zu dirigistischen Maßnahmen greife - Sie sprachen von einem möglichen Lohn- und Preisstopp.

Altmann

Ich bin nicht der Meinung, Herr Lompe, daß ein Lohn- und Preisstopp sozialistisch wäre. Er bedeutet lediglich eine Schwäche der Regierung.

Noé

Hier zeigt sich eine weltweite Schwäche und Disziplinlosigkeit der Marktkräfte und nicht eine Schwäche dieser Regierung, Herr Altmann.

Lompe

Die Legitimität des politischen Systems stellt sich heute bei der Frage, ob wir das, was wir die Probleme des magischen Vierecks nennen, zureichend in den Griff bekommen. Diese Frage stellt sich für jede Regierung, sei sie Mitte, linke Mitte oder rechte Mitte. Darin sehe ich kein Abrutschen nach links.

Das Problem liegt doch darin, daß die Instrumente, die wir uns mit dem Stabilitätsgesetz geschaffen haben, gegenüber ökonomischen Giganten nicht mehr greifen.

Altmann

Die Instrumente werden nicht angewendet; von Nichtgreifen kann keine Rede sein.

Lompe

Das wäre im einzelnen zu diskutieren.

Aus der Perspektive, die Sie erwähnt haben, sehe ich jedenfalls keinen irgendwie gearteten Strukturwandel innerhalb der SPD im Sinne eines Abweichens vom Godesberger Programm.

von Bismarck

Lassen Sie mich zum Thema "Strukturwandel" ein paar Fragen in die Diskussion einbringen:

Gab es in der Bundesrepublik in den letzten Jahren einen Strukturwandel in dem Sinne, daß entweder eine Renaissance des Klassenkampfes zu verzeichnen ist oder daß zumindest Bemühungen, das Bewußtsein der Gruppen unserer Gesellschaft im Sinne der marxistischen Klassenkampftheorie graduell zu verändern, sich verstärkt haben?

Lassen sich verschiedene Bevölkerungsschichten unterscheiden, einerseits solche, die für neue Entwicklungen und auch für eine Veränderung der Kriterien offen sind, und andererseits solche, die wie mit heruntergelassenem Visier verbissen für die Bewahrung bestimmter Verhältnisse fechten?

Wie ist der Versuch zu beurteilen, der vom Katzerflügel in der CDU/CSU unternommen wird, den katholischen Teil der Arbeitnehmer stärker zu aktivieren und zur Geltung zu bringen?

Stimmt die These von Herrn von Weizsäcker, in der CDU habe sich nichts verändert? Hat nicht das Aufsaugen von unterschiedlichen, rechtsorientierteren Gruppen (BHE, NPD) in der CDU Veränderungen bewirkt? Hat nicht eine bestimmte psychologische Entwicklung im Unternehmerbereich dazu geführt, daß sich Leute der Wirtschaft heute stärker auch als Parteimitglieder in der CDU engagieren? Welche Wirkungen üben solche Veränderungen auf die Partei aus?

Ist die These von Herrn von Weizsäcker richtig, daß sich auch in der FDP nichts verändert habe?

Eschenburg

Herr von Bismarck fragt nach den Chancen von Herrn Katzer bei der katholischen Arbeiterschaft; das scheint mir für eine künftige Ortsbestimmung der Mitte von Bedeutung zu sein. Das Verhältnis der katholischen Arbeiterschaft zur katholischen Partei hat im Kaiserreich und in der Weimarer Republik eine erhebliche Rolle gespielt. Das Zentrum machte diesem Teil der Arbeiterschaft, um ihn als Wählerpotential und damit für die Kirche zu erhalten, große Konzessionen. Ich erinnere einmal an die Bildung der christlichen Gewerkschaften um die Jahrhundertwende, was im Zentrum und auch im hohen Episkopat stark umstritten war. Das haben wir heute vergessen; für die Geschichte des Zentrums sind diese Vorgänge aber von entscheidender Bedeutung gewesen.

Ich erinnere zweitens an die Erzbergersche Friedensresolution 1917. Erzberger hat parteiintern immer wieder darauf hingewiesen, daß man die katholische Arbeiterschaft nicht verlieren dürfe, sondern eine Friedenspolitik treiben müsse, auch um zu verhindern, daß die Arbeiter zur Sozialdemokratie übergingen.

Denken Sie weiter an die harten Auseinandersetzungen, die Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre auf den Zentrums-Parteitag zwischen Jóos von den christlichen Gewerkschaften, einem Mann der Linken, und dem Prälaten Kaas von der Rechten stattgefunden haben. Da ging es auch um die Frage: Wie halten wir die katholische Arbeiterschaft?

Das gelang nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal durch die konfessionelle Verbindung in der CDU. Es ändert sich aber seit den sechziger Jahren die Wählerdisziplin innerhalb der katholischen Arbeiterschaft. Der katholische Teil der CDU hat eine Hilfe entbehren müssen, die im kaiserlichen Deutschland und in der Weimarer Republik eine entscheidende Rolle gespielt hat, nämlich die ehrenamtliche Wahlhilfe durch die Priesterschaft. Diese war durch das nationalsozialistische Regime unterbrochen. Sie zeigte sich noch einmal, aber in sehr viel schwächerer Form, in den fünfziger Jahren und klingt in den sechziger Jahren ab.

Auf lange Sicht gesehen, scheint aus heutigen berufspolitischen oder auch standespolitischen Erwägungen heraus das katholische Arbeiterelement als sicheres Kader für die CDU in Frage gestellt zu sein. Einmal kann die Kirche organisatorisch der Partei vor allem innerhalb der Arbeiterschaft nicht mehr die Hilfestellung wie früher geben. Zweitens zeigt sich innerhalb der katholischen Kirche eine tiefgreifende Krise. Ich brauche nur an das Wort Pille oder an den § 218 zu erinnern, gegen die es zweifellos starke Widerstände in der Kirche gibt. Sie werden aber von der Arbeiterschaft nicht mehr so ernst genommen, wie das etwa in der Weimarer Zeit noch der Fall war.

Für mich war es seinerzeit erstaunlich, wie der Priester Karl Sonnenschein, den heute kaum jemand mehr kennt, eine der imponierendsten Erscheinungen in der katholischen Priesterschaft der Weimarer Zeit, sich mit seiner Argumentation bei der katholischen Arbeiterschaft für den § 218 im Kampf gegen Sozialdemokraten und Kommunisten durchzusetzen vermochte. Das gelingt heute nicht mehr.

Glötz

Auf welche sozialen Kräfte stützt sich die Sozialdemokratie heute? Das wird niemand genau beantworten können, auch wenn wir dazu die Experten aus den Meinungsforschungsinstituten befragen. Dennoch will ich einmal eine, wenn auch sehr rohe Analyse versuchen. Die Sozialdemokratie stützt sich erstens immer noch auf die Mehrheit der Arbeitnehmer aus dem Bereich der Produktion - Arbeiter und Angestellte. Wenn ich das ganze soziologische Feld betrachte, Herr Mayer, hilft mir der Begriff des Arbeiters, anknüpfend an die Tradition der Arbeiterpartei, allein nicht mehr weiter. Diese erste Gruppe ist die klassische sozialdemokratische Anhängerschaft.

Wir haben zweitens, zumindest in der Wahl von 1972, die Mehrheit des neuen Mittelstandes aus dem Dienstleistungssektor gewonnen. Diese Gruppe ist natürlich heftig umkämpft.

Ein dritter Pfeiler, auf den die Koalition sich stützt, ist die junge Generation aus der Oberschicht und aus der oberen Mittelschicht. Herr von Weizsäcker, wenn ich mit Richard Jäger, meinem Widerpart im Wahlkreis, in eine Gymnasialklasse gehe, kann man sich vorstellen, wer gewählt würde, wenn die zum Schluß abstimmen: Da siege ich mit 90 Prozent. Das mag anders sein, wenn wir beide dort hingingen, aber ich würde immer noch gewinnen.

Ich gebe Herrn Mohler zu, das Bündnis zwischen den Söhnen aus der oberen Mittelschicht und der Funktionselite aus dem Dienstleistungsbereich ist fragil und kann leicht zerbrechen. Das weiß auch die SPD, und zwar aus ihren innerparteilichen Konflikten.

Die Koalition, auf die sich die CDU/CSU stützt, würde ich wie folgt kennzeichnen: Da ist erstens der alte Mittelstand; zweitens das Kapital, vor allem das Familienkapital; drittens die Bauern und schließlich ein großer Teil der Ungelernten. Hinzukommen natürlich jeweils die Minderheiten aus den Schichten, die ich als Mehrheiten für die SPD genannt habe. Selbstverständlich hat die CDU auch Wähler unter den Arbeitnehmern und im Dienstleistungsbereich.

Bisher ging der Streit vor allem - das beweist der propagandistische Kampf um den Begriff Mitte - um einen Teil des neuen Mittelstandes aus dem Dienstleistungssektor. Brandt hat einmal gesagt, wer die Mitte nicht besetzt, hat nicht die Mehrheit. "So einfach ist das", hat er hinzugefügt. Daraus erklärt sich das propagandistische Gedränge von allen Seiten um die Mitte.

Mayer

Bedeutet diese drei Elemente, auf die sich die Sozialdemokratie stützt, eine Stärkung oder eine Schwächung für die SPD?

Glötz

Gegenwärtig ohne Zweifel eine Stärkung. Die SPD hat jetzt eine Million Mitglieder, ist Regierungspartei und hat die stärkste Fraktion. Es muß ihr aber eine Integration der Söhne der oberen Mittelschicht, der Angehörigen des unteren Mittelstandes und des Arbeitnehmerbereiches gelingen. Hier finden Lernprozesse statt, die es mit verschiedenen Wirklichkeiten zu tun haben. Die Frage ist

allerdings, ob die SPD daraus eine dauerhafte Koalition zimmern kann. Hannover war ein Stück auf dem Weg, eine Solidarität zwischen diesen sehr verschiedenen Schichten zu schaffen. Ob es gelingt und wie weit eine Integration möglich ist, weiß ich nicht.

Mayer

Stärkung meine ich im Sinne der ideologischen Geschlossenheit und damit auf Dauer auch der politischen Effizienz. Denn nachhaltige politische Wirkungen sind nur durch eine Partei zu erzielen, die eine Perspektive hat und nicht nur ein Etikett. Wird also die Integration der sehr heterogenen Gruppen in der SPD dazu führen, daß sich die Zielrichtung im Sinne der Kleinbürgerlichkeit verstärkt, oder werden die alten sozialdemokratischen, auch klassenkämpferischen Forderungen stärker zum Tragen kommen?

Glötz

Wir brauchen jenseits von Kleinbürgerlichkeit und altem Klassenkampf neue Etappenziele. Die Entwicklung in der SPD wird sicher in die Richtung einer Pluralität der Lebensstile gehen, Herr Mayer. Die alte Homogenität der Sozialdemokratie und des Arbeitersportvereins, die aus einer bestimmten Klassensituation resultierte, ist in der heutigen ganz anderen Klassensituation nicht wiederzugewinnen, und nach ihr sollte man sich auch nicht sehnen. Die Frage ist allerdings, ob die Pluralität der Lebensstile zu einer tragfähigen Basis werden kann.

Wenn Sie nach einer Renaissance des Klassenkampfes fragen, Herr von Bismarck, dann ist unbestritten, daß es in dieser Gesellschaft einen harten Verteilungskampf gibt. Ob man das nun Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft nennt, macht keinen so großen Unterschied. Das sind nun einmal unsere jeweiligen Kampf begriffe. Entscheidend ist, was von den verschiedenen Kräften in unserem Lande tatsächlich gewollt wird: Anpassung an die heutige Klassensituation oder ihre Änderung. Ich plädiere für Änderung.

Kuhlwein

Der linke Flügel der SPD hat nie geleugnet, daß es in der Bundesrepublik Klassen und Klasseninteressen gibt. Ob auch ein Klassenbewußtsein vorhanden ist, wird unterschiedlich beantwortet. Ohne Zweifel können wir ökonomische Klassen unterscheiden - zum einen die Klasse der privilegierten Besitzer von Produktionsmitteln, zum anderen die Klasse der lohnabhängig Beschäftigten. Die SPD sollte sich nach unserer Auffassung als die Partei der abhängig Beschäftigten verstehen. In diesem Sinne hat Willy Brandt auf dem Parteitag gesagt, wir seien die Partei der arbeitenden Menschen.

Auseinandersetzungen zwischen den Klassen zeigen sich nicht nur in Form der Lohnkämpfe, sondern auch auf anderen Gebieten. So hat es im letzten Bundestagswahlkampf so eine Art Klassenkampf von oben gegeben, der dann zu einer Solidarisierung der Klasse unten führte. Mit Klassenkampf von oben meine ich die geballten Anzeigenkampagnen der versammelten Arbeitgeber im Verein mit der CDU.

Ob die Polarisierung sich verschärfen wird, hängt davon ab, wie die Probleme unserer Gesellschaft gelöst werden. Werden zum Beispiel neue Instrumente zur Planung und Lenkung geschaffen, um den zusehends größer werdenden Problemdruck abzuschwächen? Der Problemdruck resultiert daraus, daß in der Vergangenheit bestimmte Subsysteme wie Verkehr und Bildung vernachlässigt worden sind. Wir werden uns einem zunehmenden Problemdruck in der Frage der Beschäftigung von Gastarbeitern gegenübersehen. Vielleicht erleben wir eines Tages Gastarbeiterkrawalle auf unseren Straßen, weil drei Millionen Menschen nicht integrierbar sind und es an der notwendigen öffentlichen Daseinsvorsorge für sie mangelt. Dann werden sich auch in unserem Land Probleme zeigen, wie sie in den USA schon heute an der Tagesordnung sind.

Dieser Problemdruck hat aber dazu geführt, daß die Bevölkerung, zumindest in bestimmten Bereichen, politisch bewußter geworden ist. Wir haben Lernprozesse feststellen können, wobei die "Lehrer" zum Teil anonym bleiben, zum Teil haben die Menschen anhand von konkreten Problemen gelernt. Wir sehen uns einer zunehmenden Zahl von Bürgerinitiativen gegenüber, die zwar nicht immer Ziele verfolgen, die man uneingeschränkt bejahen kann, die aber doch in weiten Bereichen, denken wir etwa an den Umweltschutz, erkannt haben, daß die Probleme in ihrem eigenen Lebensbereich von den dafür politisch Zuständigen nicht gelöst werden. Das daraus entstehende politische Bewußtsein setzt Prozesse frei, die auch zu Konflikten innerhalb einer Klasse führen können.

Wenn die SPD betont, sie vertrete die Interessen der Arbeitnehmer, so gehört dazu auch der öffentliche Dienst. Es fragt sich allerdings, ob die Interessen der gehobenen und mittleren Beamten mit denen der Arbeiter, die am Hochofen stehen, übereinstimmen. Dieses Problem birgt zunehmend Konflikte.

Noé

Wenn Sie von Klassen sprechen, Herr Kuhlwein, dann meinen Sie offensichtlich nicht den marxistischen antagonistischen Klassenbegriff der Unversöhnlichkeit, der Nichtkompromißfähigkeit. Ist es richtig, wenn ich dies als die überwiegende Position der linken Sozialdemokraten interpretiere?

Kuhlwein

Die linken Sozialdemokraten sind nicht der Auffassung, daß mit der formalen Aufhebung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln alle Widersprüche unserer Gesellschaft gelöst werden können.

Krause

An der These vom Klassenkampf kann man zeigen, daß sich in der Bundesrepublik - und in Westeuropa überhaupt - ein gesellschaftlicher Wandel vollzogen hat. Dazu stelle ich folgende These auf: Ein demokratisch verfaßtes System des Kapitalismus ist durch den Gegensatz von Beherrschten und Herrschern charakterisiert. Dabei wird die Klasse der Herrscher nicht nur durch die Eigentümer an den Produktionsmitteln repräsentiert, sondern auch von denjenigen, die ideologisch und ihrer objektiven Funktion nach die Verfügungsgewalt besitzen. Hinzukommen diejenigen, die in den Agenturen sitzen, also Beamte, Lehrer und so weiter. Diese alle müssen unter dem Gesichtspunkt der Herrschaft zusammengesehen werden. Ihnen steht die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber.

Nun hat Herr von Weizsäcker schon darauf hingewiesen, daß der Anteil derjenigen, die die Produktionsmittel besitzen, immer kleiner wird, während der Anteil derer, die den Agenturen angehören, immer größer wird. Dieser gesellschaftliche Strukturwandel findet seinen entsprechenden ideologischen Ausdruck. So haben Untersuchungen in Italien gezeigt, daß die ökonomischen oder sozialen Absteiger sich aus der Mittelschicht, aus der sie stammen, keineswegs ideologisch lösen. Ich meine Gewerbetreibende, kleine Handwerker und auch proletarisierte Akademiker. Während sie objektiv auf der anderen Seite stehen, neigen sie subjektiv - das hat sich in der Weimarer Republik deutlich gezeigt - den alten Verhältnissen zu, aus denen sie kommen.

Diese sozialen Absteiger - und damit haben alle drei Parteien zu kämpfen - wenden sich entweder, wie in der Weimarer Republik, einer reaktionären Politik zu, oder sie sind, wie in Italien, verstärkt auf Linksparteien ausgerichtet. Einen anderen Weg sehen sie nicht, um das Ziel der Mittelschicht innerhalb der bestehenden sozio-ökonomischen Strukturen wieder zu erreichen. Für sie gibt es also nur die beiden Möglichkeiten: Entweder den Weg des Sozialismus oder den des Antimonopolismus im Zuge eines reaktionären Kapitalismus. In der Weimarer Republik wurde der zweite Weg etwa von der Deutschnationalen Volkspartei vertreten.

Eines ist jedenfalls daraus deutlich geworden: Das Eindringen kleinbürgerlicher Ideologie in die SPD, die ihren Ausdruck etwa in dem Schlagwort der Sozialpartnerschaft findet. Sozialpartnerschaft war ein Programmpunkt der Deutschnationalen Volkspartei und später auch anderer Parteien. Das zielte auf Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital, auf Harmonisierung und Anpassung ab. Alle diese Begriffe nahmen die konservativen Parteien in den dreißiger Jahren in ihr Programm gegen das Monopolkapital auf. Solche Ideologien sind jetzt in die Sozialdemokratie eingedrungen. Es gibt also auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei einen Interessenantagonismus, der zu einer Schwächung der SPD beiträgt, und zwar hinsichtlich der Konsequenz, mit der die SPD Politik macht für das ihr vorgegebene Ziel, den Sozialismus.

von Bismarck

Wenn Herr Krause besorgt darauf hinweist, daß kleinbürgerliche Ideologien in die SPD eindringen beziehungsweise eindringen, und wenn er dies als eine Schwächung seiner Partei ansieht, zu welcher politischen Konsequenz führt diese Einsicht? Welche Folgerung Sie aus Ihrem Hinweis auf die sozialen Absteiger und deren psychologische und soziale Entwicklung ziehen, wird nicht ganz verständlich.

Altmann

Ihre Motivation, Herr Krause, finde ich begrüßenswert, doch was Sie ausgeführt haben, nenne ich Vulgärsoziologie. Die Deutschnationale Volkspartei zum Beispiel hat das Wort Sozialpartnerschaft nie gebraucht; den Ausdruck gab es damals noch gar nicht.

Was die sozialen Absteiger angeht: Mir ist natürlich bekannt, daß in jedem Jahr 10000 Einzelhandelsgeschäfte schließen. Dennoch kann man nicht von einer Schwächung des Mittelstandes sprechen. So ist im Handwerk ein Strukturwandel größten Ausmaßes im Gange. Einige werden sicherlich aufgeben, dafür steigen aber andere auf. Das Handwerk hat zum Teil noch einen goldenen Boden mit großen Verdienstmöglichkeiten.

Wir sollten uns auch vor solchen Kurzschlüssen hüten, daß die Mittelschichten an sich faschistoid sind. Wir machen im Gegenteil die Erfahrung, daß in den etablierten Beamenschichten, bei den Lehrern zum Beispiel, eine Linksbewegung stattfindet, obwohl sie sozial vollkommen abgesichert sind. Das sind keineswegs soziale Absteiger. Sie charakterisieren also die Mittelschichten zu unscharf. Ich rechne zum Beispiel einen großen Teil der Studenten, die heute der SPD angehören, soziologisch gesehen zu den sozialen Absteigern. Der Radikalismus hat viel mit Angst zu tun.

Koch

Welche Funktion hat das Schlagwort von der 'neuen Mitte'? Es betrifft in der Tat die Situation in der SPD. Wer soll hier integriert werden? Die Arbeiterschaft braucht mit ideologischen Schlagworten wie 'neue Mitte' sicher nicht integriert zu werden: ebensowenig wird sie durch Schlagworte wie Polarisierung agitiert. Es ist bisher nicht untersucht worden, inwieweit die Arbeiter vor der Wahl daran glaubten. Darüber haben sich allenfalls die Mittelklassen aufgeregt.

Mohler

Sie wissen, daß es Arbeiterabwanderungen zur CDU/ CSU gibt, die sozusagen der Gegenschlag zu den Abwanderungen aus der Oberschicht und der Schikkeria nach links sind.

Koch

Das hat offensichtlich keine so große Rolle gespielt.

Nun ist gerade von den Vertretern der linken SPD hier - die offenbar so links gar nicht sind - akzeptiert worden, daß der Problemdruck durch die Kinder der Mittelklassen artikuliert wird. Was wird als Problemdruck artikuliert? Darauf wurde hier keine Antwort gegeben. Ein Beispiel wären jene, die durch den Numerus clausus bedroht werden und plötzlich die quer durch die Gesellschaft laufenden Disparitäten zu spüren bekommen. Deshalb politisieren sie sich und agitieren sie.

Auch diese Erklärung reicht allerdings nicht aus, um verständlich zu machen, warum man diese Randgruppen der neu deprivierten Mittelklasse mit solchen Ideologien überhaupt integrieren muß. Eine Folge davon ist, daß sich die SPD mit legitimitätsbeschaffenden Schlagworten wie 'neue Mitte', die nur die Mystifikationen dieser Gruppen zum Ausdruck bringen, selbst mystifiziert. Ich fürchte, daß mit solchen Ideologien die Unfähigkeit zusammenhängt, den eigentlichen Problemdruck wahrzunehmen und zu analysieren.

Wie wird die SPD in etwas kritischeren Situationen reagieren, wenn es darauf ankommt? Dann wird sich zeigen, was sozialdemokratische Politik heißt, die sonst unfähig zur Reform ist, weil die gesellschaftlichen Zwänge zu stark sind. Auch in der SPD besteht eine große Einmütigkeit darin, daß die klassisch-bürgerlichen demokratischen Teilerrungenschaften und weitere Errungenschaften erhalten bleiben müssen. Gerade diese Gruppen müßten aber den Reformwillen artikulieren. Seltsamerweise spricht man darüber in den anderen Parteien überhaupt nicht.

Ich sehe in dieser Selbstmystifikation der SPD mit solchen Schlagworten die Gefahr, daß sie - wie sie es ja heute schon in der Praxis tut - mit den Gewaltmitteln, die sie hin und wieder einsetzen muß, in Zukunft wahrscheinlich härter und skrupelloser umgehen wird.

Meine Frage ist also: Was bedeutet die Ideologie der 'neuen Mitte' einer zu sozialdemokratischer Politik unfähigen Partei, die jetzt an der Herrschaft ist?

Kuhlwein

Als SPD-Linker habe ich einiges dagegen, daß unsere Partei unter den Begriff der 'neuen Mitte' subsumiert wird. Ich verstehe die SPD als linke Volkspartei, die die politischen Interessen der abhängig Beschäftigten vertritt. Wenn man davon ausgeht, daß über 80 Prozent der Bevölkerung zu

den abhängig Beschäftigten zählen, so braucht man dreiviertel davon, um die Mehrheit zu gewinnen. Die Frage ist nur, wie man denen klarmachen kann, daß man ihre Interessen vertritt.

Übrigens meine ich, Herr Koch, daß die Polarisierung im Bundestagswahlkampf bei den sozialdemokratischen Traditionswählern doch durchgeschlagen hat. Es haben sehr viel mehr Arbeiter gemerkt, daß es sich um Interessengegensätze in unserer Gesellschaft handelt.

Koch

Aber mit neuen Issues. Der Wahlkampf ist doch ohne Programm geführt worden.

Kuhlwein

Das war aber von den Sozialdemokraten nicht geplant, sondern kam durch die Anzeigen gewissermaßen als ein Geschenk von rechts. Wir haben in Schleswig-Holstein festgestellt, daß in unseren Traditionsgebieten, wo sonst nur 70 Prozent zur Wahlurne gingen, diesmal an die 90 Prozent gewählt haben.

Krause

Herr Mohler sagt, daß auch Arbeiter zu den Unionsparteien hinübergewechselt seien. Die Arbeiterschaft wird eben nicht primär durch Wahlpropaganda in ihrem politischen Verhalten bestimmt, sondern durch konkrete Erfahrungen. Es kommt zum Beispiel darauf an, wie die am Arbeitsplatz konkret erfahrene Ausbeutung politisch definiert wird. Es ist für die Arbeiterschaft schwierig, solche Erfahrungen auf die Ebene der politischen Parteien zu übertragen. Aus ihrem Erfahrungshorizont könnte es so aussehen, als ob die SPD ihre Probleme politisch nicht durchsetzen kann. Sie kennt ja die Gründe nicht, warum der SPD das nicht gelingt.

Wagner

Je länger ich dieser Diskussion folge, desto mehr frage ich mich, ob die dargestellten Entwicklungen wirklich durch bestimmte Gesetzmäßigkeiten, die hier immer wieder zum Ausdruck kommen, richtig gekennzeichnet sind. So heißt es etwa, die ökologische Krise sei ein Problem des Kapitalismus, was ganz bestimmte Folgen habe. Oder: das Wahlergebnis sei die Folge einer soziologischen Veränderung mit einer entsprechenden Bewußtseinsänderung.

Ich war kürzlich wieder einmal in Amerika, und deshalb drängt sich mir folgende Frage auf: Führen dieselben Probleme in den USA nicht zu ganz anderen Konsequenzen? Während bei uns etwa eine stärkere Einwirkung des Staates für notwendig gehalten wird, zieht sich in den USA der Staat gerade aus bestimmten Bereichen mehr und mehr zurück. Wie ist das zu erklären? Entweder sind die USA ein "stränge animal" und fallen aus der Regel heraus, oder darf man aufgrund dieser Beobachtung manches von dem anzweifeln, was hier an Gesetzmäßigkeiten behauptet worden ist?

Mayer

Die Analyse der Vereinigten Staaten müßte von zwei Tatsachen ausgehen. Einmal haben wir es dort mit einer völlig korrumpierten Gewerkschaftsbewegung zu tun; zum anderen gibt es in den USA keine Arbeiterpartei.

Die konkrete Analyse der amerikanischen Verhältnisse würde die Divergenzen zu unserer Situation erklären. So ist in Amerika das Fehlen einer Alternative, gerade auch in der Studentenbewegung, von großer Bedeutung gewesen. Das ist wohl auch eine Erklärung dafür, daß aufgrund der konkreten Situation von Berkeley bis Madison und bis zu den Institutsbesetzungen in der Columbia-Universität die falsche Theorie von Marcuse entstanden ist.

Marcuse hat erklärt: Wenn die Arbeiterschaft korrumpiert und zu einem Teil der bürgerlichen Gesellschaft geworden ist, dann kann der Klassenkampf nur von den nationalen und rassischen Minderheiten und den Intellektuellen geführt werden. Das war aber keine Sozialanalyse, sondern wishfull thinking. Das hat in der Tat zu dieser ganz anderen Situation in Amerika geführt.

Pirker

Es nützt uns gar nichts, hier die Unterschiede zwischen der amerikanischen und deutschen Situation herauszuarbeiten. Vielmehr sollten wir in unserem Kontext bleiben und diesen mit möglichster Genauigkeit darstellen und von da aus unsere Analysen und politischen Strategien entwickeln.

Wagner

Mir kam es nicht auf einen Vergleich an; ich wollte mit meiner Frage nur andeuten, daß vielleicht manches nicht so gesetzmäßig ist, wie es hier unterstellt wird. Es wird dann immer vorschnell geschlossen: Dies und das müsse zu verstärkter Staatstätigkeit, zu mehr Sozialismus oder wie immer führen. Das scheint mir voreilig zu sein.

Noé

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik hat sich gezeigt, daß die Partei, die in den fünfziger Jahren bis in die Hälfte der sechziger Jahre die wissenschaftliche Debatte im Bereich der Ökonomie bestimmt oder angeregt hatte, aus diesem Feld mehr und mehr ausgeschieden ist. Sie schied deshalb aus, weil sie keine Fragen mehr stellte oder weil ihre alten Antworten schon im voraus bekannt waren. Sie gab zwar vor, daß Eucken im ideologisch-politischen Raum verwirklicht sei, handelte aber in ihrer konkreten Wirtschaftspolitik so produzentenorientiert, daß in manchen Streitfragen der Deutsche Industrie- und Handelstag als ein Unternehmer- und Wirtschaftsverband marktwirtschaftlichere und produzentenfeindlichere Ratschläge an die Bundesregierung gab, als die CDU/CSU-Regierungen und auch die Opposition zu vertreten bereit waren.

Es zeigte sich in der Mitte der sechziger Jahre, daß der Staat stärkere Rahmenbedingungen für den Marktprozeß setzen mußte. Die Debatte um die Globalsteuerung wurde seinerzeit von Erhard im Namen der CDU abgelehnt: das sei Planwirtschaft. Erst mit der Rezession 1966/67 war es möglich, ein globales Planungsinstrument in die naive Marktwirtschaft einzuführen. Das hat die Marktwirtschaft keineswegs beeinträchtigt oder gestört, was auch die CDU heute zugibt.

Das läßt sich weiterführen: Die Opposition beklagt die Inflation, auch die importierte, lehnt aber seit Jahren dringende außenwirtschaftliche Maßnahmen ab.

Altmann

Helmut Schmidt lehnt auch die Aufwertung ab.

Noé

Die CDU/CSU lehnte die Investitionssteuerung ab: das seien Eingriffe in einen Prozeß, den die Unternehmer allein zu bestimmen hätten. Gleichzeitig nahmen die direkten staatlichen Subventionen an die Unternehmen erheblich zu, freilich unter den Konditionen der Empfänger, nämlich derer, die Subventionen nachfragten, und nicht unter den Konditionen derer, die sie aus allgemeinen Steuermitteln zu tragen hatten. Die CDU/CSU fordert den Wettbewerb, lehnt aber die Kartellgesetznovelle und die Fusionskontrolle ab; sie fordert die Konsumentenfreiheit, will aber die Preisbindung der zweiten Hand beibehalten.

Typisch ist auch die Stellungnahme der CDU/CSU zum Orientierungsrahmen der SPD. Der Hauptangriff seitens der Opposition bezieht sich auf die Zunahme der Staatsquote bis 1985. Dazu kann ich nur feststellen: Die dort ausgewiesene höhere Staatsquote unterscheidet sich nur minimal von dem, was autonom sowieso entstünde: Wagnersches Gesetz, Sozialausgaben und so weiter.

Die CDU/CSU fordert qualifiziertes Wachstum, will aber keine Investitionssteuerung. Sie beklagt den Verteilungskonflikt, liefert aber kein vermögenspolitisches Konzept.

Altmann

Die Regierung hat bisher auch keines anzubieten.

Noé

Doch, es gibt eines.

Die CDU/CSU ging praktisch davon aus, daß die Verteilungsstruktur des Sozialprodukts die Verwendungsstruktur präjudizieren müsse; sie trat also nur für Investivlohn, nur für die Erhöhung der staatlichen Sparförderung ein. Es wurde aber nicht die Frage gestellt, ob es, sofern in einem Unternehmen nach Steuern der Betrag X übrigbleibt, überhaupt eine ökonomische Regel gibt, welchem Faktor, Arbeit oder Kapital, dieser Betrag zuzuordnen ist. Es ist doch durch nichts belegbar, daß Investieren hohe Gewinne für die Kapitalseite notwendig mache. Der Gewinn kann auch anders geteilt werden, wenn er nur wie bisher für private Investitionen zur Verfügung steht.

Herr Klein erwähnte das Maklergesetz. Zur Zeit der Großen Koalition lag dem Deutschen Bundestag ein Maklergesetz von der SPD-Fraktion vor. Es wurde eingebracht, weil der klassische Makler kein Makler mehr ist, sondern Agent des Verkäufers oder Vermieters geworden ist. Deshalb müßten hier Preise (sprich Maklertarife) reguliert werden. Wenn heute jemand ein Haus oder eine Wohnung zu vermieten hat, braucht er nur einen Makler zu beauftragen. Welche Kosten dabei entstehen, interessiert ihn nicht. Das hat der Käufer zu bezahlen. Diese Situation denaturiert die Maklerposition. Der damalige Gesetzentwurf scheiterte an der CDU/CSU-Fraktion. Wen wundert es, daß nunmehr dieser denaturierte Markt zur Waffe gegen den Markt überhaupt benutzt wird. Dem hätte man vorbeugen können, aber die Opposition entzog sich damals der Debatte.

Aus all dem wird ersichtlich, daß der wesentliche Wandlungsprozeß im ökonomischen Bereich, der die Ordnungspolitik betrifft, an der heutigen Opposition vorbeigelaufen ist. Die Unwilligkeit, sich geistig fortzubewegen, zeigt sich beispielsweise auch daran, daß der einzige Mann, der innerhalb der CDU auf dem Gebiet einer kritischen Wirtschaftspolitik eine bedeutsame Rolle hätte spielen können, nämlich der saarländische Wirtschaftsminister Schäfer, resignieren mußte. Er hätte bei Wissenschaftlern und in der Wirtschaft das Image, ein moderner Polit-ökonom und Marktwirtschaftler zu sein.

Aus diesen Gründen, Herr von Weizsäcker, habe ich den Eindruck, daß der Strukturwandel an Ihrer Partei vorbeidiskutiert worden ist. Ihre Partei hat sich an dieser Debatte nur eklektizistisch, nur traditional beteiligt, ohne etwas Neues zu bieten; das heißt, sie hat sich überwiegend nicht beteiligt. Die suchende, problemorientierte intellektuelle Mitte fand in der CDU kaum ein Echo, keine Gesprächspartner.

Altmann

Ich will Ihnen zunächst zugeben, Herr Noe, daß sich die Haltung der CDU zur Marktwirtschaft erst allmählich so entwickelt hat, wie die Opposition sie heute zurückschauend sieht. Zur Zeit des Korea-Konflikts war Adenauer zum Beispiel durchaus bereit, zur Zwangsbewirtschaftung zurückzukehren - gegen den Widerstand Erhards.

In den fünfziger Jahren fand aber nicht nur der wirtschaftliche Aufschwung statt, sondern auch der Aufstieg der Gewerkschaften. Am Ende der CDU-Ära hatten wir im Vergleich zu allen anderen westeuropäischen Staaten die zahlenmäßig stärksten, die vermögensmäßig reichsten und die politisch einflußreichsten Gewerkschaften.

Kriele

Und die kompromißbereitesten.

Altmann

Zugleich fällt auf, daß es in der CDU - wie Sie an einem nicht ganz überzeugenden Beispiel andeuten - nach Erhard keinen Wirtschaftspolitiker von Rang gegeben hat. Von Herrn Schmücker, den man heute fast vergessen hat, nahm niemand an, daß er in der Lage sei, das Wirtschaftsministerium sachverständig zu leiten. Diese Misere hat im Lager der Unionsparteien bis heute angehalten. Man kommt nicht umhin festzustellen, daß die CDU die Wirtschaftspolitik, die sie seinerzeit mit Erfolg geführt hat, nicht fortsetzen konnte; in dieser Hinsicht hat sich ein Abstieg vollzogen, und zwar in einer grotesken Weise.

Damit komme ich zur Entwicklung der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Das Stabilitätsgesetz, auf das Sie anspielen, ist unter dem Einfluß des Rats der Sachverständigen erstmals von der CDU vorgebracht und dann nicht unerheblich durch die Opposition, nämlich durch Herrn Schiller, verändert worden. Ich setze aber gleich hinzu: 1970 hat Herr Schiller als Wirtschaftsminister es nicht mehr gewagt, den Gewerkschaften Orientierungsdaten für die Lohnpolitik zu setzen. Das Stabilitätsgesetz ist nicht durch die Einwirkung der Opposition fast zugrundegegangen, sondern durch die mangelnde Bereitschaft der Regierung, es anzuwenden. Über die mittelfristige Planung und Konjunkturpolitik sind zwei Minister gestürzt. Wäre die CDU nicht so schlecht, wie sie ist, hätte sie daraus wahrscheinlich vor dem Wahlkampf des letzten Jahres mehr Erfolge verbuchen können.

Die Regierung war nicht in der Lage, den Zielkonflikt zwischen langfristigen Maßnahmen und kurzfristigen konjunkturellen Notwendigkeiten zu lösen. Heute steht sie vor demselben Dilemma. Es ist eben nicht möglich, daß ein sozialdemokratischer Minister wie Helmut Schmidt in einer Lage wie der im Jahre 1972 sagt, das wichtigste Ziel sei die Vollbeschäftigung. Die Schwierigkeiten der heutigen

Regierung werden nicht durch eine schwache Opposition hervorgerufen, sondern durch ihre eigene Schwäche.

Das steht sicher in einem Zusammenhang mit dem Problem der 'neuen Mitte'. Die Regierungserklärung vom 18. Januar sagt ganz offen: Diese Koalition ist nicht in der Lage, sich auf ein Vermögenskonzept zu einigen, das sie dem Bundestag und der Öffentlichkeit vorlegen wollte. Da hat nicht etwa die CDU versagt, sondern dieses ist das Spiel der Regierung. Sie hat mit ihren Kompromissen, die mit dem Begriff 'neue Mitte' durchaus zusammenhängen, keinen Erfolg gehabt und wird ihn auch in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach nicht haben.

Sie sprachen dann von der Vermögensverteilung. In den fünfziger Jahren ist die Umverteilung nicht etwa vergessen worden. Das war keine List von Erhard und der CDU. Vielmehr ist es der deutschen Gesellschaft insgesamt gelungen, mehr Menschen, als Schweden oder Österreich Einwohner haben, zu integrieren, die nichts als einen leeren Koffer hatten. Wenn Sie darin keinen Erfolg der Umverteilung sehen, müssen Sie mal ein wenig mehr Geschichte betreiben.

Das Nichtgelingen einer rationalen Wirtschaftspolitik schien seinen Höhepunkt unter Schiller erreicht zu haben. Die Tatsache, daß die Herren Erhard und Schiller beide gestürzt sind und sich in Freundschaft fanden, hat doch einen tieferen Grund. Ich sehe ihn nicht in der Schwäche von Brandt oder der SPD, sondern in der bange Frage, ob die Gesellschaft ihren hohen Leistungsstandard aufrechterhalten kann, ob sie die Kraft aufbringt, die Notwendigkeiten der Gesellschaftspolitik zu berücksichtigen. Kann in einer Situation, die weitgehend von der weltwirtschaftlichen Lage und Entwicklung bestimmt wird, eine hochrationale Wirtschaftspolitik beibehalten werden? Das ist in der heutigen Situation, in der Herr Schmidt nach wie vor eine gruppenorientierte Konjunkturpolitik betreibt, das große Problem.

Ich sehe die Gefahr, daß auch in dieser Legislaturperiode alle Gelder, die für große Reformen vorgesehen waren, im inflationären Sog verschwinden. Wiederum wird man die Bevölkerung auf die nächsten Jahre vertrösten müssen. Dies ist keine Frage der Gesellschaftsstruktur oder der Stärke der Opposition, sondern von Schwächen, die in unserer Gesellschaft selbst liegen. Die Vermutung liegt nahe, daß die Schwächung der Gesellschaft in Zukunft nicht mehr der CDU, sondern der SPD zugeschrieben wird.

von Bismarck

Ich empfehle - ungeachtet dessen, ob wir eine sozialliberale Regierungskoalition oder eine CDU-Regierung haben - die Frage festzuhalten und zu erörtern, wie weit die Notwendigkeit in einer parlamentarischen Demokratie, ständig nach der Mehrheit bei einer nächsten Wahl schießen zu müssen, verantwortlich ist für die Schwäche, bestimmte, für die Gesamtheit notwendige Entscheidungen nicht mit der nötigen Festigkeit und Autorität durchziehen zu können.

Pirker

Sie sagen also, Herr Altmann, daß eine fortschreitende Schwächung der zentralen Staatsentscheidungen eine der charakteristischen Strukturveränderungen schon vor der Großen Koalition gewesen ist.

Altmann

Ja.

Lompe

Aus Ihren Äußerungen, Herr Altmann, kann man den Eindruck gewinnen, als ob die Schwächen der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik allein auf dem mangelnden Durchsetzungswillen der Politiker beruhen. Unterschätzen Sie zum Beispiel allein die technisch methodischen Schwierigkeiten heutiger Wirtschaftsprognosen nicht. Wir verfügen noch nicht über das technische Instrumentarium, um in einer verflochtenen Welt die adäquaten Orientierungsdaten geben zu können.

Sie sehen ja, wie der Sachverständigenrat innerhalb kürzester Frist seine eigenen Daten variieren muß. Das wirkt sich dann auch auf die mittelfristige Finanzplanung aus, die hochgradig konjunkturabhängig ist. Zentrales Hindernis einer konsistenten Aufgaben- und Finanzplanung der Regierung ist heute die hohe Eigendynamik ökonomischer Konjunktur und Wachstumsprozesse.

Altmann

Zum Teil stimme ich Ihnen zu.

Eschenburg

Hier ist immer nur von Strukturegebenheiten und von Strukturwandel die Rede. Die Nachgiebigkeit Erhards in der Monopolpolitik der fünfziger Jahre ist aber kein strukturelles, sondern ein personales Problem. Erhard wäre mit seiner großen Popularität und Autorität in den fünfziger Jahren in der Lage gewesen, sich gegen die starke Abschwächung der Kartellaufsicht durchzusetzen, wenn er nur gewollt hätte. Ein Mann, der diese Autorität besaß, hätte auch gegenüber Adenauer antreten können. Da fehlte es einfach an politischer Energie.

Reiser

Aber Erhard brauchte eine Mehrheit, und es wäre keineswegs sicher gewesen, daß er sie bekommen hätte. Insofern handelte es sich hier doch um ein strukturelles Problem.

Eschenburg

Wenn Erhard 1959 als Kanzlerkandidat gesagt hätte: "Ich gehe", dann wäre die CDU in die Knie gegangen. Die Angst der Hinterbänkler, die Wahllokomotive zu verlieren, war außerordentlich groß.

Reiser

Das bezweifle ich. Ich glaube, Adenauer hätte ihn gehen lassen.

Eschenburg

Nein. Vergessen Sie nicht, daß die Krise um Adenauer 1959 einsetzte. Man war in der CDU damals der Ansicht, daß er zu alt wäre, um die nächste Wahl zu gewinnen. Ich zweifle also, ob Adenauer sich gegenüber Erhard hätte durchsetzen können.

Krause

Es hängt eben nicht an Personen, Herr Eschenburg, sondern an den gesellschaftlichen Pflöcken, die von den Großunternehmen eingeschlagen worden sind. Herr Erhard hätte seine Politik sicher weiterverfolgt, wenn es in der CDU nicht so mächtige Interessenvertretungen des Großkapitals gegeben hätte.

Altmann

Es ist mit Sicherheit falsch, was Sie sagen, Herr Krause.

Kuhlwein

Gibt es etwa keinen Wirtschaftsrat der CDU, Herr Altmann?

Reiser

Ich meine, wir haben das Thema unserer Diskussion verfehlt. So gehörte die parteipolitische Polarisierung, auch innerhalb der SPD, eher in eine öffentliche Veranstaltung.

Wenn man den Dialog zwischen Herrn Noé und Herrn Altmann verfolgt, so haben beide recht. Es wäre aber ausdiskutieren, warum beide recht haben und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Das ist bei der vorgegebenen Themenstellung nicht möglich.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß sich die .neue Mitte¹ von der Mitte, die wir vor zehn oder zwanzig Jahren hatten, unterscheidet. Es ist nicht nur ein Schlagwort in einem politischen Werbefeldzug, sondern darin drückt sich auch ein Strukturwandel aus. Für einen großen Teil der Bevölkerung hat sich nämlich das Spektrum der politischen Möglichkeiten verbreitert und weiter nach links geschoben. Franz Josef Strauß nennt das nicht ganz zu unrecht sarkastisch "die Wanderdüne" oder "das bewegliche Koordinatensystem". Die Mitte der Bevölkerung ist in ihrem politischen Denken tatsächlich nach links gerückt. Das ist in der Diskussion nicht deutlich geworden.

Freiherr von Weizsäcker

Ich kann Ihrer Kritik nicht ganz folgen, Herr Reiser, wenn Sie beklagen: Jetzt kommen die Parteien und fangen wieder an, sich zu streiten; das sollten sie lieber vor dem Fernsehen machen, aber nicht

hier. Es ist nun einmal ein Fernsehthema, so wie es in der Politik eingeführt worden ist, und wir dürfen ihm nicht aus dem Wege gehen.

Koch

Unser Gespräch erscheint mir über weite Strecken wie eine zeitgemäße Version jener Diskussion im Salon der Diotima in Musils "Mann ohne Eigenschaften". Diotima, jene Dame im Kern der Gesellschaft von Kakamen, versuchte im Jahre 1913 die höhere Gesellschaft auf das imaginäre Datum einer Parallelaktion zu einigen. Es ging um das 70jährige Jubiläum des Kaisers Franz Joseph. Musil schildert auf über tausend Seiten Diskussionen, in denen nach lauter solchen Dingen gefragt wurde, wie wir es hier tun - damals kulturkritisch, wir fragen ein wenig mehr analytisch und haben ein anderes Vokabular. Aus diesen Diskussionen, in denen man nach so etwas wie der Mitte, nach dem Integrierenden, nach dem Band für den Völkerstaat suchte, wurde die Idee der Tat geboren. Das war im Jahre 1913.

Ich befürchte, daß aus Diskussionen, die keinen konkreten Gegenstand haben und keine Kampffronten bilden, mit der Zeit Ideen für die Tat geboren werden, vielleicht nicht hier, aber woanders. Das war genau die Situation der linksliberalen Intelligenz nach Bildung der Großen Koalition. Aus diesem Grunde werde ich mich in Zukunft an Diskussionen über die Mitte nicht mehr beteiligen.

Kriele

Der rote Faden, der unser ganzes Gespräch durchzieht, scheint mir in der Frage zu liegen, wie es zur Wahlniederlage der CDU kam. Die Antwort lautet, daß sich die Wechselwähler, die Mitte, anders orientiert haben. Wir haben zu analysieren versucht, was diese Wechselwähler motiviert und wie die CDU die Mitte zurückgewinnen kann. Um wieder an die Macht zu kommen, muß sie genau wissen, was die Mitte will. Für die Funktionsfähigkeit der Demokratie ist es wichtig, daß die Regierungsmehrheit durch eine demokratische Alternative immer herausgefordert und gefährdet ist.

Was motiviert die bewußte, argumentierende, mitdenkende Öffentlichkeit, die die Mitte ausmacht, zum Wechsel? Die Antwort, auf die wir uns weitgehend geeinigt haben, ist, daß sich die gesellschaftliche Situation durch neue Herausforderungen verändert hat. Im wesentlichen handelt es sich dabei um wirtschaftspolitische Probleme, um die ökologische Krise und um Mitbestimmungsbedürfnisse. Die Mitte vermutet nun, daß die SPD diesen Problemen besser gewachsen ist. Das alles steht unter dem Gesichtspunkt der Qualität des Lebens, der gegenüber der Quantität der Waren Priorität erlangt. Damit ist eine gewisse Erwartung an die SPD verbunden, die ihr zum Wahlsieg verhelfen hat.

Nun sind die einen der Meinung, daß die SPD diese Probleme möglicherweise zwar anpacke, das gehe aber auf Kosten der Freiheit. Darin könne eine Chance für die CDU liegen. Freiheit sei jedenfalls ein Faktor, der nicht vor lauter sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Demokratisierung außer acht gelassen werden dürfe. Dagegen behaupten andere, die SPD werde es auch nicht schaffen, was sich über kurz oder lang zeigen werde.

Die einen argumentieren mit der Freiheitsideologie, der Staat werde zu stark durch die SPD, die Freiheit sei bedroht, die Macht des Staates erdrücke uns alle. Die anderen behaupten: Im Gegenteil, der Staat verfüge nicht einmal über die Kraft, um die Probleme, die die SPD sich selbst gestellt hat und um deren willen sie das Vertrauen genießt, zu lösen. Die Alternative bleibt offen: Wird der Staat durch die 'neue Mitte' zu stark oder wird er zu schwach?

Altmann

Unser Thema hat für mich im Laufe der Diskussion an Gewicht gewonnen. Es hat sich als interessanter erwiesen, als ich zunächst dachte. Es ist in der Tat ein Schlagwort, trifft aber auch einen Strukturwandel. Der Sache nach scheint es mir ein Kompromiß zu sein. Als Kompromißformel gilt es zunächst für die Regierungskoalition und nicht für die Sozialdemokratie als Partei. Es bedeutet für mich das Signal für das Bündnis einer nach links tendierenden Sozialdemokratie mit der FDP. Die Debatte hat für mich deutlich gemacht, daß dies kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche ist.

Es zeigt sich eine beachtliche innere Schwäche der Sozialdemokratie als der führenden Regierungspartei. Dahinter steht, von uns hier viel zu wenig gesehen, auch die Schwäche der CDU, die das Ergebnis ihrer Wahlniederlage ist. Dahinter steht auch die wachsende Macht der Gewerkschaften.

Überhaupt meine ich, daß die 'neue Mitte' ein Zeichen der Schwäche unserer Gesellschaft ist. Das wird in der Formulierung ihrer politischen Ziele deutlich. Ich sehe in der 'neuen Mitte' - um Otto Bauer,

den alten Austro-Marxisten zu zitieren - keinen Kompromiß der Klassenkräfte, also von FDP und von Sozialdemokratie, auch nicht den Ausdruck eines Sozialkonflikts, der durch einen Kompromiß beruhigt wird, sondern eine merkwürdige Art von ideologischem Kompromiß über die Ziele und den Charakter dieser Gesellschaft.

Im "Kursbuch" hat vor kurzem eine italienische Kommunistin in einem Aufsatz zu zeigen versucht, daß es in den sozialistischen Ländern nirgendwo gelungen ist, die Basis der kapitalistischen Produktionsweise zu verändern. Vielmehr seien nur gewisse Veränderungen im Überbau geschaffen worden. Das wurde auch in unserer Diskussion deutlich.

Es handelt sich hier offensichtlich um Probleme des Überbaus, um Sekundärfragen, wie Bildungswesen, Krankenhausbetten und so weiter, nicht aber um Probleme der Basis, für die es anscheinend keine Alternative gibt. Auch diejenigen, die von sehr weit links her debattierten - ob sie nun die 'neue Mitte' bejahen oder nicht;- , haben deutlich gemacht, daß sie im Rahmen der Marktwirtschaft bleiben wollen. Es mag fraglich sein, ob das, was sie anstreben, noch Marktwirtschaft ist. Auf jeden Fall zeigte sich aber, daß sie keine andere Art von Wirtschaft sehen, daß sie also keine radikale Alternative wünschen.

Klein

Auch ich bin zu der Überzeugung gelangt, daß sich Mitte inhaltlich nicht allgemeingültig definieren läßt.

Der Terminus 'neue Mitte' scheint mir, wenngleich er kurzfristig wirksam sein kann, langfristig nur tragfähig zu sein, wenn er eine Politik deckt, die das, was hier Mitte genannt worden ist, anspricht. Ich nenne das lieber die kritischen Wechselwähler. Dies ist nur dann der Fall, wenn es einer solchen Politik zumindest im staatlichen Bereich gelingt, über die Parteigrenzen hinweg ein gewisses Maß an Integration zu bewirken. Eine Politik der Mitte muß also nicht nur Freiheit, sondern auch Frieden stiften.

Hier setzen meine Besorgnisse im Hinblick auf Entwicklungen ein, die auf Konfrontation, Politisierung und Polarisierung abzielen. Es ist behauptet worden, daß die Antworten, die die SPD - in übrigens vielfach abgewandelter Form - auf die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit gibt, wahlentscheidend waren. Längerfristig kommt es aber darauf an, ob eine Partei Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit auch in Taten zu geben weiß.

Der Erfolg der CDU in den fünfziger und sechziger Jahren beruhte darauf, daß sie damals den elementaren Bedürfnissen nachgekommen ist, nämlich den außenpolitischen Sicherheitsbedürfnissen einerseits und den aus der wirtschaftlichen Not der Nachkriegszeit erwachsenen Bedürfnissen andererseits. Das hat bis in die sechziger Jahre nachgewirkt, aber heute seine Wirksamkeit beziehungsweise Werbekraft weithin eingebüßt.

Die Schwierigkeiten, vor denen meine Partei in der gegenwärtigen Situation steht, sehe ich unter anderem in folgendem: Sie mag noch so willig und bereit sein, den Bedürfnissen der Zeit entsprechend Veränderungen an dem vorzunehmen, was sie maßgeblich in den fünfziger Jahren geschaffen hat; die gegenwärtige Bewußtseinslage neigt dazu - ganz im Gegensatz etwa zu 1957, wo man mit der Parole "Keine Experimente" Wahlen gewinnen konnte;- , Veränderungen um ihrer selbst willen gutzuheißen. In einer solchen Situation muß die CDU bei aller Reformbereitschaft, die sie haben oder entwickeln mag, doch in der Substanz das verteidigen, was in jener Zeit aufgebaut worden ist. Dies bedeutet, in gewissem Umfang gegen das, was man oft mißverständlich den Zeitgeist nennt, anzulaufen.

Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn Herr Krause vorhin sagte, Lebensqualität könnte mit Sozialismus gleichgesetzt werden, oder wenn der Bundeskanzler in seiner Rede zum 20. Todestag von Kurt Schumacher sagt, Demokratie erfülle sich nur im Sozialismus, so bedeutet das, daß eine Partei in unserer politischen Gemeinschaft Werte für sich zu monopolisieren und authentisch zu interpretieren sucht, auf die wir alle gemeinsam verpflichtet sind. Die CDU wird so erneut in eine Defensivposition gedrängt - unter Umständen zusammen mit der FDP-, nämlich in die Rolle des Verteidigers der offenen Gesellschaft.

Ich ziehe daraus die Folgerung: Wir müssen angreifen, um den Kern dessen, was nach 1945 aufgrund der Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Tyrannei einerseits und mit der totalitären Diktatur des Kommunismus im anderen Teil Deutschlands andererseits hier in der Bundesrepublik an freiheitlicher Ordnung entstanden ist, zu bewahren und zugleich sichtbarer und wirksamer zu machen.

Eschenburg

Die meisten von Ihnen werden wissen, daß die Begriffe rechts und links aus der französischen Nationalversammlung stammen. Adel und Klerus saßen rechts, der dritte Stand links. Diese Sitzordnung hat säkulare Bedeutung erlangt.

Die Frage nach der Mitte stellte sich in Deutschland zum erstenmal in der Frankfurter Nationalversammlung: Das Wort linkes Zentrum, eine Partei der Liberalen, kommt nicht von ungefähr. Wenn sich die große katholische Partei im Deutschen Reichstag Zentrum nannte, so deswegen, weil sie sich nicht katholisch nennen wollte, wobei sie das Glück hatte, zwischen links und rechts zu sitzen. Die Zentrumspartei ist die Mitte im parteisystematischen Sinn, aber weder soziologisch noch wählermäßig gewesen. Sie war eine programmlose Partei, eine Volkspartei, in der sich alle Schichten des Volkes vereinten, allein verbunden durch die intensive Glaubens- und Kirchendisziplin. Sie war im Grunde eine Fraktion ohne Partei, weil sie sich der Wähler dank des Glaubens sicher war.

Deshalb konnte sie mit rechts und links, je nach ihren politischen Bedürfnissen taktieren: Sie war die einzige Partei, die, wenn wir den Zeitraum von 1870 bis 1933 überblicken, entweder gestiegen oder sich weitgehend gehalten hat, weil nicht ihre Handlung, sondern ihre konfessionelle Haltung als Verteidiger der katholischen Kircheninteressen in Deutschland für ihre Wähler maßgebend war.

Parlamentarisch war sie die Mitte, und sie war die einzige Partei, die nach 1919 an allen Regierungen des Reiches, Preußens, Württembergs, Hessens, Badens und Bayerns beteiligt gewesen ist. Aber soziologisch kann man sie keineswegs als Mitte bezeichnen. Im Kaiserreich war sie bürgerlich-agrarisch mit einem sozialen Flügel, der in der Weimarer Republik zugenommen, aber niemals eine beherrschende Rolle gespielt hat. Alle Gesetzgebungskoalitionen von 1870 bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten waren, mit ganz wenigen Ausnahmen, von ihrer Beteiligung abhängig. Sie konnte mit rechts oder mit links koalieren.

Die Programmlosigkeit des Zentrums war nur formaler Art; wenn wir auf den sozialen Hintergrund sehen, so gab sie sich als bürgerlich, antikulturliberal, agrarpolitisch-konservativ mit langsam zunehmender sozialer Note zu erkennen. Die Parlamentstaktik des Zentrums kann man deutlich daran erkennen, daß sie einmal mit rechts, einmal mit links koalierte, um auf jeden Fall ihre Mittelposition zu erhalten.

Solange wir deutsche Parteien, seit 1848, über die Landtage und den Reichstag kennen, hat jede Partei ihr eigenes Koordinatensystem gehabt. In jeder Partei gab es Rechte, Linke und eine Mitte, in jeder fanden sich entsprechende Kombinationen, die die Möglichkeit zu Koalitionen boten. Gerade in der Weimarer Republik gab es verschiedene Mitten: die kulturpolitische, die außenpolitische, die sozialpolitische und die verfassungspolitische, und die Parteien, auch das Zentrum, nahmen dabei jeweils unterschiedliche Positionen ein. Die Angst, sich als rechts zu bezeichnen, setzt in der Weimarer Republik ein. Man wollte nicht mehr konservativ sein, obgleich man es sehr schnell wieder geworden ist.

Nehmen Sie als Beispiel nur die frühere Frankfurter Allgemeine Zeitung oder das Berliner Tageblatt von Theodor Wolff zur Hand, und sehen Sie sich etwa an, wie damals die Position Philip Scheidemanns in diesen Zeitungen beurteilt wurde. Heute sagt jeder Historiker, Scheidemann sei Angehöriger des rechten Flügels der SPD gewesen. In der damaligen Tagespresse der liberalen Linken finden wir das nicht. Die wußten kaum, was rechte Sozialdemokratie war. Die ganze SPD war ihnen schon störend genug. Die Mitte, sicherlich mit einzelnen sozialen Reformtendenzen, war gesellschaftspolitisch gesehen konservativ und hat auch als solche gewirkt.

Nach 1945 war das Wort rechts nicht nur verpönt, sondern es war alliiertenseits auch nicht erlaubt. Die Parteienbildung nach dem Lizenzsystem begann in der Mitte, nämlich mit dem Zentrum und den Linksliberalen. Theodor Heuss war ein Anhänger des Zwei-Parteien-Systems und wollte die Liberalen zur CDU schlagen. Er stieß aber bei Reinhold Mayer auf den stärksten Widerstand aufgrund des kultur- und wirtschaftsliberalen Interesses. Wo war die FDP von 1947/48 anzusiedeln, wenn man sie etwa mit dem Ahlener Programm der CDU vergleicht? Eindeutig rechts.

Ich bin vorhin meiner persönlichen Überlegungen wegen attackiert worden. Ich wiederhole sie in streitbarer Einfalt: Erhard war eine Erfindung der FDP. Er hat gegen den harten Widerstand eines großen Teils der CDU - nicht nur der linken - sein währungspolitisches Programm durchgesetzt. Die CDU war von ihm gleichsam überrumpelt worden. Man braucht sich das nur einmal an der Resonanz in der damaligen Publizistik anzusehen. Nicht Erhard hat sich an der CDU, sondern die CDU hat sich an Erhard orientiert.

Heuss und Adenauer waren sich völlig einig in der Koalition gegen die SPD, ebenso wie Schumacher im Dürkheimer-Programm gegen die CDU Stellung bezog. Erst langsam, in der Opposition nach 1953, entwickelt sich die FDP zu einer Mittelpartei. Viel stärker tritt das bei der FDP in den Ländern auf, wo

sie aufgrund ihres Kulturliberalismus einerseits und ihres Wirtschaftsliberalismus andererseits zu einer Mittelpartei zwischen CDU und SPD wird.

Ich möchte damit nur feststellen: Die Mitte ist in Deutschland niemals etwas Einheitliches gewesen. Ihr Charakteristikum war, daß sie je nach den politischen Möglichkeiten taktierte. Eine Mitte mit einem einheitlichen Programm hat es in Deutschland bis zum heutigen Tage nicht gegeben. Aus all diesen Gründen eignet sich das Wort weder zur Propaganda noch zu einer politischen Ortsbestimmung. Nur der Historiker hat ein Recht zu suchen, wo die Mitte jeweils lag.

Mayer

Zunächst eine persönliche Reminiszenz als Ergänzung zu dem, Herr Eschenburg, was Sie über die Programmlosigkeit der alten Mitte, des Zentrums und die Anfänge auch der CDU gesagt haben. 1946/47 war ich in Frankfurt Chefredakteur des Hessischen Rundfunks. Ich führte damals eine Reihe von Gesprächen mit einigen führenden Politikern: mit Kurt Schumacher, sodann, was damals ohne weiteres möglich war, mit Pieck und Grotewohl und schließlich mit Konrad Adenauer.

Ich hatte Adenauer damals die Frage vorgelegt, wie er sich grundsätzlich zu einer Planwirtschaft, das heißt zur Frage der Sozialisierung stelle. Zu der Zeit wurde in Hessen über die Frage der Verstaatlichung der Grundindustrien gesprochen; es hatte darüber ein Volksbegehren gegeben, in dem man das akzeptierte. Es war die Zeit noch vor dem Ahlener Programm. Die Antwort Adenauers war eindeutig positiv: Selbstverständlich werde die Entwicklung dahin gehen, und sie müsse auch durchgeführt werden.

Für Adenauer stellte sich also überhaupt nicht die Alternative einer freien Marktwirtschaft. Für ihn war das ein Hohlraum, in dem diese Antwort sich ebenso empfahl wie später bestimmte Formulierungen im Ahlener Programm. Daß die konkrete Politik dann zu ganz anderen Haltungen in der Praxis führte, wird ihm allerdings nicht die geringste ideologische Schwierigkeit bereitet haben.

Es ist merkwürdig, daß wir heute nicht von der DDR gesprochen haben. Immerhin sollte die Tatsache bedacht werden, daß sich bei uns nicht mehr, wie in der Weimarer Republik, das Problem der Linken zum einen in Form einer reformistischen Arbeiterpartei, zum anderen in Form einer kommunistischen Arbeiterpartei stellt. Die DKP ist kein reales politisches Problem für die Bundesrepublik. Sie wird im allgemeinen Bewußtsein mit SED und DDR gleichgesetzt. Sie hat allenfalls durch einzelne kommunistische Funktionäre in den Betriebsräten eine gewisse Bedeutung.

Man muß sich also an den Gedanken gewöhnen: Links von der SPD steht heute niemand. Die DKP ist in diesem Sinne keine linke Partei. Die Frage nach Kapitalismus oder Sozialismus stellt sich in der Bundesrepublik nur als interne Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie dar. Deshalb habe ich keine Sehnsucht nach der SPD von 1895, Herr Lübke, sondern was ich ausdrücke, ist die Sorge und die Warnung vor ideologischer Verschleierung, vor dem Verkennen entscheidender Perspektiven.

Ich habe am 1. Mai in Wien die großen Demonstrationen der SPÖ und auch der KPÖ gesehen. Die KPÖ führte ihre Demonstration mit klugen Losungen. Das geschah nicht mit dem Lob der großen Sowjetunion oder den üblichen Dingen. Die Transparente bezogen sich auf Sorgen der arbeitenden Klasse in Österreich. Sie waren damit eindeutig gegen die Kreisky-Regierung, die sozialliberale Koalition, gezielt und auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in Österreich gemünzt. Ich hatte den Eindruck, daß sie bei den Teilnehmern, die sicherlich nicht alle Kommunisten waren, eine durchschlagende Wirkung hatten.

Dann eine machtvolle Demonstration der SPÖ, fast ausschließlich unter roten Fahnen, sehr viel Jugend dabei. Ich fragte mich: Ist das die 'neue Mitte', die da demonstriert? Das waren gut gekleidete, gut genährte, heitere Menschen. Es waren nicht die Verdammten dieser Erde, die man stets noch zum Hungern zwingt. Glück, Lebensqualität, wenn Sie es in einem formalen Sinne nehmen, waren vorhanden. Es war aber produktive Klasse: Werk tätige, lohnabhängige Menschen im weitesten Sinne, und sie demonstrierten für reale soziologische Sonderinteressen, nicht für irgendein ideologisches Amalgam.

Die SPD ist im weitesten Sinne nach wie vor, aus Gründen, die mit der DDR und der DKP zusammenhängen, die Repräsentantin der Arbeiterschaft. Ich habe in meiner Jugend noch erlebt, wie das rote Hamburg durch die KPD repräsentiert wurde. Das war die Stadt Ernst Thälmanns. Die Sozialdemokratie war hier eine opportunistische, eine tief kompromittierte Partei. Die Arbeiterschaft dieser Stadt gehörte eindeutig der Kommunistischen Partei. Heute dagegen ist die Hamburger Arbeiterschaft zweifellos, wenn sie sich politisch organisiert und wählt, der Sozialdemokratie zuzurechnen.

Hinzu kommt in der SPD, wie Peter Glotz darlegte, die neue Mittelschicht, die Bürokraten, die Technologen und so weiter. In der DDR setzt sich diese Schicht übrigens soziologisch ähnlich zusammen. Auch dort gibt es das Problem der neuen technischen Intelligenz. Daher rührt die ideologische Sorge von Honecker und der SED, daß sich hier eine Konvergenzbewegung zwischen Kapitalismus und der Entwicklung im Osten vollziehen könne. Schließlich, sagte Glotz, gäbe es die jungen Intellektuellen in der SPD.

Ich stelle nun noch einmal die Frage, die gewissermaßen im Raum stehengeblieben ist: Bedeutet dieser Zuwachs, genannt 'neue Mitte', für die SPD eine Stärkung oder eine Schwächung? Meiner Ansicht nach ist er in jedem Fall eine Schwächung. Ich sehe vor allem zwei Widersprüche, die allerdings auch produktiv sein können. Einmal den Widerspruch zwischen Regierung und SPD. Es ist unvermeidlich, daß der Regierungskurs, der in Richtung auf die 'neue Mitte' verlaufen wird, und der Kurs der Sozialdemokratie nicht ohne weiteres identisch sind. Hinzu kommt der Widerspruch zwischen SPD und DGB, der zu noch größeren Spannungen führen wird. Die Gegensätze, die sich daraus ergeben, hängen mit der ökonomischen Situation zusammen.

Ich vermute ferner, daß wir einer Dialektik von parlamentarischer und außerparlamentarischer Betrachtung und Aktion entgegengehen. Die APO ist bisher einseitig abgestempelt worden. Dabei wird übersehen, daß sie als eine außerparlamentarische Aktionsmöglichkeit Realität geworden und damit auch ins allgemeine Bewußtsein getreten ist. In den nächsten Jahren werden wir erleben, daß die Widersprüche zwischen der Regierung und ihrem Konzept der 'neuen Mitte' und der SPD, die dieses Konzept ideologisch immer weniger wird akzeptieren dürfen, auch zu einem Dualismus von außerparlamentarischer und parlamentarischer Aktion führen werden. Das kann sich zu Konflikten mit der linken Opposition in der Gewerkschaft entwickeln. In der SPD kann sich das auch gegen die sozialliberale Koalition und einzelne, aus ihrer Sicht notwendige Maßnahmen richten.

Was wird die Perspektive sein, wenn man die 'neue Mitte' nicht akzeptiert? Hier stellt sich die Frage nach der Systemveränderung. Inwieweit läßt sich eine Systemveränderung im Rahmen der bestehenden ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik herbeiführen? Ich glaube nach wie vor, daß sie auch legal möglich ist. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält viele uneingelöste Bestandteile; es ist eine Fülle des utopischen Denkens darin enthalten, was heute nur Buchstabe und noch nicht Realität ist. Ich meine, daß mit Hilfe des Grundgesetzes wesentliche ökonomische, strukturelle Veränderungen möglich sind. Wer aber wird sie durchführen? Die Frage kann sicher nicht von der 'neuen Mitte' beantwortet werden, sondern allein von einer Vertretung der realen Interessen der produktiven Mehrheit der Bevölkerung.

Auch bei der Lebensqualität geht es um eine Frage der Perspektive. Herr Sontheimer sagte, Lebensqualität, das sei im Grunde wieder Jeremy Bentham: das größtmögliche Glück einer größtmöglichen Zahl. Das ist also alte liberale Theorie des frühen 19. Jahrhunderts. Ich frage: Sind die Bedingungen der Möglichkeit für Bentham heute überhaupt gegeben? Im liberalen Kapitalismus jener Zeit mögen sie vorhanden gewesen sein, aber doch nicht heute. Worin soll denn Glück heute bestehen angesichts des gegenwärtigen Verfremdungszustandes? Ist Glück in einer bürgerlichen Leistungs- und Freiheitsgesellschaft denkbar? Ist diese Gesellschaft zu einer Lebensqualität fähig? Ist Lebensqualität überhaupt als reine Konsumtions-, als reine Genußgesellschaft konzipierbar?

Ich habe den Eindruck, daß Herr Krause darauf zielt, wenn er vielleicht überspitzt sagt, Lebensqualität sei Sozialismus. Ich würde es vorsichtiger ausdrücken: Es gibt in einer antagonistischen Gesellschaft - und auch die Gesellschaft der Bundesrepublik ist eine antagonistische - auch antagonistische Glücksvorstellungen. Es gibt einerseits die Glücksvorstellungen einer rein rezeptiven, konsumtiven und im Grunde quietistischen Gesellschaft. Es gibt andererseits die Glücksvorstellung im Sinne von Sinnerfüllung des Daseins. Diese Sinnerfüllung des Daseins - auch das wird unter Lebensqualität verstanden - ist aber nur als gesellschaftliche Perspektive denkbar, die über die individuellen Glücksvorstellungen hinausgeht.

Lübbe

Die Religionen dürfen Sie nicht vergessen.

Mayer

Doch, die möchte ich vergessen.

Was den Gedanken der Lebensqualität in einer Leistungs- und Genußgesellschaft angeht, so möchte ich folgende ernste Frage stellen: Ist es denkbar, daß Menschen, die in einer solchen Gesellschaft aufwachsen, sich so verhalten, wie sich manche Widerstandskämpfer gegen den Faschismus in

Konzentrationslagern und in Prozessen verhalten haben? Glauben Sie wirklich, daß Lebensqualität, wie sie hier angesteuert wird, Menschen dazu bringen könnte, in extremen Situationen eine Haltung einzunehmen, wie sie viele dieser Menschen damals eingenommen haben? Das ist doch nur möglich, wenn neben der unmittelbaren Lebensqualität auch eine große Perspektive steht. Wenn es nicht gelingt, der Arbeiterbewegung und ihrer Repräsentanz diese Perspektive der zukünftigen Sinnhaftigkeit eines allgemeinen gesellschaftlichen Daseins zu geben, dann kann von Lebensqualität kaum mehr als taktisch und werbend gesprochen werden. Das erfüllt mich mit großer Sorge.

Freiherr von Weizsäcker

Wenn ich im Licht dieser Diskussion das Referat noch einmal zu halten hätte, würde ich es sicher in vieler Hinsicht anders halten. Allerdings habe ich hinsichtlich der wachsenden Freude von Herrn Altmann an dem Thema den Verdacht, daß er sich die Chancen der Regierung, mit dem Begriff der 'neuen Mitte' Politik zu machen, größer vorgestellt hat, als sie in der Diskussion dann deutlich wurden.

Über den Problemdruck und über die Art der Aufgaben haben wir aus Zeitgründen nicht viel gestritten. Mir ist deshalb nicht ganz klar, ob sich dieser Kreis eigentlich über die Aufgaben und über die Gegenstände dieses Problemdrucks hinreichend einig ist. Sollte aber diese Einigkeit bestehen, dann stellt sich die Frage, ob allein die Existenz dieses Problemdrucks ein Grund dafür sein kann, daß wir den Sozialismus zu seiner Lösung brauchen. Bedeutet der zutreffende Nachweis, die CDU habe zu wenig Ecken bedacht und weise auch andere Fehler und Schwächen in ihrer Wirtschaftspolitik auf, daß deswegen die Lösung in der Art von Sozialismus liegt, von dem Herr Steifen sagt, 70 bis 80 Prozent in seiner Partei würden ihm darin folgen?

Ist überhaupt die Argumentation, es gäbe eine gesellschaftliche Problementwicklung, mit der die CDU nicht recht mitgehalten habe, die Begründung für eine politisch relevante 'neue Mitte'? Gerade diesen Teil der Beweisführung halte ich für besonders schwach. Damit will ich mich keineswegs dem Gespräch über die Schwäche der CDU entziehen, ganz im Gegenteil. Diese Begründung sagt aber über die Stärken der SPD und über einen tragfähigen Begriff der 'neuen Mitte' erstaunlich wenig aus, viel weniger, als das einige hier annehmen.

Der Begriff der 'neuen Mitte' übt zweifellos weitgehend eine Alibifunktion aus: Beschwichtigung des Koalitionspartners; Beruhigung der Wähler, die gewissermaßen mit Vertrauensvorschuß dafür gestimmt haben; Warnung an die eigene Linke und Versuch der Integration, vielleicht auch die Beruhigung manchen Bündnispartners in der Außenpolitik. Es wird sich schon bald zeigen, daß insbesondere der Vorsitzende der SPD von allen in der eigenen Partei gebraucht wird, nicht weil er der Produzent dieser Richtung ist, in der die Politik weitergehen soll, sondern weil er das besonders gut darstellen kann. Er kann gerade diese Alibifunktion auf eine unnachahmliche Weise ausfüllen. Das ist für alle Beteiligten und Interessierten wichtig. Der Streit innerhalb der SPD, den wir auch hier erlebt haben, wird nicht abnehmen, sondern sich verstärken.

Vor allem wird diese Regierung die gleiche Erfahrung wie alle Regierungen vor ihr machen - und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern: Unter den heutigen Bedingungen ist das Regieren vom ersten Tage an ein Kampf ums Überleben. Es bedeutet bei weitem nicht die Möglichkeit zur Verwirklichung großer Entwürfe, die im Grunde jede Regierung verspricht, diese Regierung aber im Jahre 1969 in einem besonders großen Umfang versprochen hat.

Der politische Begriff der 'neuen Mitte', der heute noch ein gängiges Markenzeichen ist, wird vermutlich relativ schnell zu einem Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke für die SPD, vielleicht auch für die Koalition. Ich komme also zum gleichen Ergebnis wie Herr Mayer, wenn ich es auch etwas anders begründe. Die zukünftige politische Entwicklung wird uns wahrscheinlich nicht mehr, sondern weniger an Dispositionsfreiheit des einzelnen bringen. Dadurch werden zwar die Staatsfunktionen, keineswegs aber die Stärke des Staates zunehmen.

Ich bin aber anderer Meinung als Herr Mayer, daß man das Glück nur in der gesellschaftlichen Dimension formulieren kann, wenn man die Sinnfragen, um die es immer mehr gehen wird, so beantwortet, wie er es getan hat. Darüber wird es eine Auseinandersetzung geben, wie wir sie in der Bundesrepublik bisher noch nicht erprobt haben. Hinzukommt eine zunehmende Ideologisierung der Außenpolitik, also ein härterer Kampf gegen den Primat der Außenpolitik und eine stärkere innenpolitische Begründung jedweder außenpolitischer Handlungen, auch der Bündnispartnerschaft. Schließlich besteht eine Tendenz zur Parteimonopolisierung von Grundwerten.

Aus allen diesen Gründen gehen wir meiner Meinung nach einer Entwicklung entgegen, bei der diejenigen, die ich als Mitte bezeichnet habe und die ihrer Definition nach niemals Eigentum einer Partei waren, wahrscheinlich recht unglücklich werden. Ob diese Mitte in der Lage sein wird, aus

diesem Unglück nicht nur eine Änderung der Regierungsverhältnisse herbeizuführen, sondern auch eine Besserung der politischen Verhältnisse beziehungsweise bessere Lösungsmöglichkeiten für die vor uns liegenden Aufgaben zu bewirken, weiß ich nicht.

von Bismarck

Gerade als ein Mann des Rundfunks und im besonderen des Fernsehens bin ich dankbar dafür, daß es Gespräche dieser Art im geschlossenen Kreis gibt, Herr Reiser. Das Gespräch wäre sicher ganz anders verlaufen, wenn wir sogleich der Versuchung einer Multiplikationswirkung durch irgendwelche Medien ausgesetzt sein würden. Niemand von uns kann sich von einer solchen Versuchung freimachen. Es gibt dann erfahrungsgemäß auch viel mehr Rücksichten auf die den jeweiligen Sprechern verbundenen Gruppen, die unser Gespräch in einer nicht wünschenswerten Weise beschnitten hätten.

Ich habe nicht den Eindruck, daß unser Gespräch unter einer falschen Harmoniesehnsucht gelitten hat. Ich weiß nicht, ob wir alle in "streitbarer Einfalt" geredet haben, Herr Eschenburg, wir haben vielmehr in "unbekümmertem Streitbarkeit" geredet und nicht versucht, irgendwelche Probleme zu verschleiern. Deshalb danke ich Herrn von Weizsäcker dafür, daß er mit seinem Einleitungsreferat und Schlußbeitrag einen Stil gesetzt hat, als er mit bemerkenswerter gedanklicher Klarheit und einiger Schärfe dennoch nichts kaschierte, so daß diese Aussagen dann erheblichen Widerspruch auslösten und in der Folge auch unter den sozialistisch gesinnten Gesprächspartnern zu einer besonders interessanten Debatte führten.

Wir würden unser Thema nach meiner Überzeugung verfehlt haben, wenn wir den Versuch unternommen hätten, vornehmlich auf der Ebene wissenschaftlicher Analysen - also zum Beispiel der Soziologie oder der politischen Wissenschaften - unsere Argumente auszutauschen. Der kräftige Einschluß offener oder zum mindesten deutlich spürbarer politischer Auseinandersetzung war unvermeidlich. Wir haben nicht über die geistigen Kräfte philosophiert, die unsere Gesellschaft in ihrer Weiterentwicklung prägen. Aber diese Kräfte wurden im Laufe des Gesprächs bewußt oder unbewußt ein wenig mehr erhellt, so daß wir wohl alle Anlaß zum weiteren Nachdenken haben.

Körper

Lassen Sie mich am Schluß nur einige Eindrücke formulieren, die ich aus dieser, wie ich meine, inhaltsreichen Debatte gewonnen habe: Es war der Versuch, eine Ortsbestimmung der innenpolitischen Szenerie in der Bundesrepublik vorzunehmen. Daraus ist ohne Zweifel ein differenziertes Bild unserer politischen Landschaft entstanden, dem - und das ist für mich wichtig - keine Schwarz-weiß-Malerei gerecht wird.

Die Mitte, ob alt oder neu, ist in einem politisch relevanten Sinn nicht nur eine Frage der Parteien im Parlament, sondern sie betrifft, wie wir gesehen haben, vor allem den Wähler und seine Bereitschaft, für Maß und Mitte zu optieren. Es ist ein bestimmtes politisches Bewußtsein, ein ausgewogenes politisches Kräfteverhältnis, das unsere gesellschaftliche Ordnung im Gleichgewicht hält, tragfähige Kompromisse ermöglicht und die Chance garantiert, Konflikte zu begrenzen und zu rationalisieren.

Dieser optimistische Eindruck vermag allerdings nicht darüber hinwegzutäuschen, daß diese Mitte nach links offen geworden ist, vielleicht auch wehrloser. Auch die Neigung zur Polarisierung hat sich in unserer Gesellschaft verstärkt. Der Wind weht vielleicht noch nicht so stark in diese Richtung, und noch ist kein Sturm gemeldet. Aber man kann nicht übersehen, daß die Strömung spürbarer geworden ist.

Trotzdem bin ich befriedigt darüber, daß wir weniger über die antagonistischen Züge unserer Gesellschaft und den neuen Radikalismus als über die Mitte gesprochen haben. Wir waren uns klar darüber, daß dies kein wissenschaftliches Thema gewesen ist. Mir kam es auch mehr auf die politische Rationalität dieses Gesprächs als auf wissenschaftliche Formulierung an. Man könnte noch weitergehen und einschränkend sagen, dieser Aspekt der sogenannten Mitte habe nur eine Momentaufnahme unseres politischen Lebens erbracht. Aber solche Bilder gehören ins Album der politischen Geschichte. Auch die Wissenschaft kann auf solche Dokumente nicht verzichten.

Nicht von ungefähr hat sich in dieser Diskussion gezeigt, daß, unabhängig von gesellschaftspolitischen Standorten, die Frage der "Lebensqualität" eine zentrale Problematik für die Zukunft unserer Gesellschaft ist. Wie kontrovers die Ansichten dazu auch immer sein mögen: Daß diese Thematik für alle politischen Parteien und Gruppierungen in unserem Lande - aber nicht nur bei uns - zunehmende Bedeutung erlangt hat, ist unbestritten. Damit wird die Frage nach der Notwendigkeit und den Möglichkeiten des politischen Einwirkens auf die industriegesellschaftlichen

Prozesse immer drängender. Deshalb wollen wir die "Umsteuerung der Industriegesellschaft" zum Thema des nächsten Bergedorfer Gesprächskreises machen.